KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 211 September / Oktober 2020 3,– €



Die Auseinandersetzung zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und der türkischen Besatzerarmee kulminieren zurzeit im südkurdischen Gebiet Heftanîn.



Im südkurdischen Silêmanî protestieren Frauen gegen die türkischen Besatzungsangriffe. Zu der Demonstration hatte die Frauenorganisation RJAK aufgerufen.



Wasser als Kriegswaffe: Der Hesekê-Stausee in Rojava ist so gut wie trocken. Mit seinen Staudämmen kappt das türkische Regime die Wasserversorgung für die Bevölkerung.

Liebe Leserinnen und Leser,

die bisherigen Entwicklungen in Kurdistan im Jahr 2020 bringen deutlich zum Ausdruck, dass die türkische Staatsführung sich für eine absolute Vernichtungsstrategie auf allen Ebenen durch eine totale Eskalation entschieden hat. Der türkische Staat führt insbesondere eine umfassende Operation gegen die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), wodurch der Krieg in drei Teilen Kurdistans – Süden, Norden und Westen – einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Das umfangreiche Liquidationskonzept, welches gegen die PKK und die Freiheitsbewegung umgesetzt wird, ist nicht erst seit Kurzem in die Wege geleitet worden. Die kurdische Gesellschaft vergleicht die gegenwärtige Situation in Kurdistan mit der Zeit des »internationalen Komplotts«. Damit wird die Zeitspanne vom 9. Oktober 1998 bis zum 15. Februar 1999 zusammengefasst, in dessen Verlauf Abdullah Öcalan, Vordenker und wichtigster politischer Repräsentant der Kurdinnen und Kurden, zunächst in Syrien zur persona non grata erklärt wurde und anschließend eine Odyssee durch verschiedene Länder Europas durchlebte, um schließlich aus der griechischen Botschaft der kenianischen Hauptstadt Nairobi verschleppt und völkerrechtswidrig an die Türkei übergeben zu werden. Ziel des gegen Herrn Öcalan organisierten internationalen Komplotts war es, einen kurdisch-türkischen Krieg zu provozieren – ohne Ausweg und ohne Hoffnung auf eine Lösung – und die beiden dadurch geschwächten Parteien in eine abhängige Position unter Kontrolle der internationalen Mächte zu drängen.

Sowohl die Besatzungsangriffe auf Nordsyrien (Besatzung des Kantons Efrîn im Frühjahr 2018 und die Besatzung der Regionen Serêkaniyê (Ras al-Ain) und Girê Spî (Tall Abyad) infolge der Operation vom 9. Oktober 2019), als auch die andauernde türkische Invasion in Südkurdistan (Nordirak) sind als Fortsetzung dieses internationalen Komplotts zu bewerten. Es geht darum, der kurdischen Gesellschaft ein weiteres Mal die bisherigen Errungenschaften des seit Jahrzehnten andauernden Kampfes für politische Anerkennung zu entziehen und das politische Zentrum des Widerstands, die PKK, mit militärischem Zwang und der langwierigen Isolations- und Kriminalisierungsstrategie entweder komplett auszuschalten oder wenigstens in die Unbedeutsamkeit zu schicken, und das, was überbleibt, den eigenen Interessen gemäß zu assimilieren zu assimilieren.

Die Auseinandersetzung zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und der türkischen Armee kulminieren zurzeit im südkurdischen Gebiet Heftanîn. Die Angriffe haben im Kern das Ziel, die Architekten des demokratischen Konföderalismus zu vernichten und so die Perspektive einer alternativen Gesellschaftsordnung im Mittleren Osten auszulöschen. Aus diesem Grund kann die einzige Antwort darauf lauten, eine internationale Solidarität gegen den Krieg der Türkei in Kurdistan und ihrer weltweiten staatlichen Unterstützer aufzubauen. Denn der Widerstand in Heftanîn und überall in Kurdistan steht symbolisch für den globalen Kampf für eine andere Welt ohne Krieg und Unterdrückung.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Neokoloniale Annexion und Besatzungsdiplomatie

Mako Qoçgirî, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von Civaka Azad e.V.

Die kurdische Frage hat sich zu einer Kurdistan-Frage gewandelt. Dass die Entwicklungen in einem Teil Kurdistans Rückwirkungen auf andere Teile Kurdistans haben, ist zwar nicht neu, doch gegenwärtig trifft diese Feststellung wohl mehr denn je zu. Die Covid-19-Pandemie ist weiterhin weltweit das bestimmende Thema. Doch der durch Corona geschaffene Ausnahmezustand wird mittlerweile vielerorts zu einem Normalzustand. Neben dem Virus ist insbesondere in Nordkurdistan der alltägliche Staatsterror zum Teil des Alltags geworden: Die Absetzung von Bürgermeister*innen und Abgeordneten, die unzähligen Festnahmen, die Verwüstung von Guerillagrabstätten sind Ereignisse, die uns praktisch tagtäglich begleiten.

Das Grauen kennt keine Grenzen. Exemplarisch sei an dieser Stelle an die Ausgrabung der Überreste von 261 gefallenen Guerillakämpfer*innen auf dem Garzan Friedhof im Dezember 2017 erinnert. Die Knochen dieser Menschen wurden im Kilyos Friedhof unter einem Gehweg vergraben. Die Botschaft, die mit diesem Akt der Barbarei an die kurdische Bevölkerung vermittelt werden soll, lautet: Die Werte der kurdischen Bevölkerung werden vom türkischen Staat jeden Tag mit Füßen getreten.

Ereignisse wie diese sind das Ergebnis einer türkischen Staatspolitik, die mit dem Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates vom 30. Oktober 2014 in Kurdistan ihren Anfang nahm. Die Türkei verfolgt eine neokoloniale Politik in Kurdistan, welche die Grenzen des türkischen Staates längst hinter sich gelassen hat.

So hat die Türkei mittlerweile drei militärische Besatzungsoperationen in Westkurdistan/Rojava durchgeführt. Diese Operationen sind nicht das Ergebnis einer kurzfristig gedachten türkischen Außenpolitik. Die Türkei verfolgt das strategisch-langfristige Ziel, die kurdischen Siedlungsgebiete vollständig zu kolonialisieren. Als am 24. August 2016 die erste Intervention in Nordsyrien ihren Anfang nahm, machte der damalige türkische Parlamentspräsident Mehmet Ali Şahin deutlich, dass diese Operation das Ziel habe, die Bildung eines kurdischen Staates zu unterbinden. Ähnliche Äußerungen kamen von den türkischen Eliten auch 1991, als sich die Bildung einer kurdischen Schutzzone im Nordirak/Südkurdistan abzeichnete. Seither setzt die Türkei in Südkurdistan eine ökonomische und militärische Besatzungspolitik um, die gegenwärtig massiver denn je umgesetzt wird. Wir dürfen also die Kriegspolitik der Türkei nicht als kurzfristiges politisches Manöver abtun. Dahinter verbirgt sich außenpolitisches Kalkül.

Türkische Außenpolitik als Besatzungsdiplomatie

Selbstverständlich kann man die Verletzung der Grenzen eines Staates als Besatzung bezeichnen. Ist das militärische Eingreifen in ein Nachbarland nicht durch gegenseitige Grenzprotokolle geregelt oder fällt es nicht unter die legitime Selbstverteidigung, verstößt ein solches Vorgehen gegen internationales Recht. Und selbst in den oben genannten Ausnahmefällen darf ein militärischer Eingriff nur temporärer Natur sein. Vor diesem Hintergrund stellt die militärische Präsenz der Türkei in den kurdischen Siedlungsgebieten außerhalb der türkischen Staatsgrenzen eine offensichtliche Besatzung dar. Die Türkei will diese Besatzung verstetigen und richtet ihr gesamtes außenpolitisches Bemühen darauf, dieses Vorhaben erfolgreich und dauerhaft umzusetzen. Parallel betreibt sie in den de facto besetzten Gebieten eine Politik des erzwungenen demografischen Wandels, also eine ethnische Vertreibung der Kurd*innen und versucht, Verbrechen wie diese mithilfe der Diplomatie zu kaschieren. Mit seiner permanenten Präsenz in Nordsyrien/Rojava will der türkische Staat außerdem ein Mitspracherecht bei den Verhandlungen über eine Lösung des syrischen Bürgerkrieges erzwingen.

Dynamiken hinter der türkischen Besatzungsdiplomatie

Es gibt zwei zentrale Dynamiken, die es dem türkischen Staat ermöglichen, die Besatzungsdiplomatie in Kurdistan intensiv voranzutreiben.

Die erste Dynamik basiert auf dem internationalen politischen Geschehen. Sie steht im Zusammenhang mit dem Status quo in den internationalen Beziehungen. Diese sind aktuell weder durch eine Blockbildung der Staaten wie im Kalten Krieg noch durch die globale Vormachtstellung der USA gekennzeichnet. Stattdessen bestimmt Ungewissheit die gegenwärtige Situation in einem multipolaren Weltsystem. Das bedeutet zugleich, dass wir kaum noch von festen Bündnispartnern unter den Staaten sprechen können. In der Vergangenheit wurde immer wieder davor gewarnt, dass die Türkei unter der AKP sich vom »Westen« verabschieden und Richtung »Osten« neu ausrichten würde. Das ist eine Fehleinschätzung und führt zu falschen Schlüssen. Die Türkei sucht nach keiner neuen Achse, sondern versucht, sich im Chaoszustand der internationalen Politik von allen Seiten eine möglichst aussichtsreiche Position für ihre Besatzungspolitik zu erkaufen. Der Ist-Zustand in der internationalen Politik macht das möglich und ist somit die erste Dynamik hinter der Besatzungsdiplomatie.

Die zweite Dynamik basiert auf der türkischen Innenpolitik und dem Präsidialsystem des Landes. Dieses System hat alle Checks-and-Balances innerhalb des Staates ausgehebelt. Die alleinige Befehlsgewalt geht vom Palast des türkischen Staatspräsidenten aus. Selbst dem Außenminister kommt lediglich die Rolle eines Befehlsempfängers zu. Gestärkt wird die Rolle des Palastes dadurch, dass die Rüstungsindustrie des Landes in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten technologischen Fortschritt gemacht hat. Die Rüstungsindustrie und der Staatspräsident handeln im völligen Einklang und treiben die Besatzungspolitik voran.

Annexion und demografischer Wandel

Werfen wir nun einen Blick auf die Folgen des Besatzungskrieges der Türkei in Nordsyrien während der vergangenen Jahre. Wie bereits erwähnt, ist der erzwungene demografische Wandel eine der drastischsten Folgen. So wurden aus den von der Türkei besetzten Gebieten rund 400.000 Menschen vertrieben. Die Türkei lässt diese Menschen nicht mehr in ihre Heimatorte zurückkehren und begründet dies mit Sicherheitsbedenken. Gleichzeitig werden insbesondere in den Grenzgebieten zur Türkei die Angehörigen turkmenischer Milizen und die Familien von Dschihadisten angesiedelt. Hier soll ein »türkischer Bevölkerungsgürtel« entstehen. In den Gebieten, die weiter im Landesinneren liegen, werden die Angehörigen arabischer Gruppierungen angesiedelt. Gleichzeitig sollen im Fall eines erneuten Aufflammens der Kämpfe um Idlib mögliche Flüchtlinge von der türkischen Grenze ferngehalten und



»Mit dem Geist des Aufstands von Şeladiz: Wir werden die türkische Besatzung besiegen, das Land schützen und Efrîn befreien!« – Im nordsyrischen Qamişlo protestiert die Bevölkerung gegen die Angriffe der Türkei. Foto: anf



Der kurdische Halbmond Heyva Sor a Kurd hat im nordsyrischen Kanton Şehba ein Corona-Krankenhaus eröffnet. In der wüstenähnlichen Region zwischen Regimegebiet und türkischer Besatzungszone ist – wie in den anderen Regionen ebenfalls – eine deutliche Zunahme der Covid-19-Fälle zu verzeichnen. Foto: anha

in Efrîn und in der Region Azaz untergebracht werden. Die Auswirkung der türkischen Besatzung auf die Bevölkerungszusammensetzung soll hier nochmal mit Zahlen untermauert werden: Rund 90 % der Bevölkerung von Efrîn waren vor der türkischen Besatzung kurdisch, und heute sind es weniger als 35 %. Von der christlichen Minderheit in Efrîn ist sogar niemand mehr übrig geblieben.

Annexion und Institutionalisierung der Besatzungsverwaltung

Natürlich will ein Bevölkerungsaustausch von solch einem Ausmaß gut geplant sein. Hierfür hat der türkische Staat 2013 eigens die türkische Generaldirektion für Migrationsmanagement geschaffen. Die Schaffung dieser Institution fällt im Übrigen symbolträchtig auf den 100. Jahrestag der Gründung einer Institution, die sich alttürkisch »İskân-ı Aşâir und Muhâcirîn Müdîriyyeti« genannt hat. Diese Institution war 1913 damit beauftragt, alle nicht-muslimischen Minderheiten aus dem Osmanischen Reich zu vertreiben und alle nicht-türkischen Minderheiten innerhalb des Reiches umzusiedeln. Die Generaldirektion für Migrationsmanagement knüpft 100 Jahre später an diese Aufgaben an.

Darüber hinaus wurden die annektierten Gebiete verwaltungstechnisch den Gouvernements der Provinzen Dîlok (Antep), Riha (Urfa) und Hatay zugeordnet. Die »Polizeikräfte« in den besetzten Gebieten sind an die türkische Polizei angebunden. An die Bewohner*innen wurden neue Identitätskarten ausgegeben, die türkische Lira wurde als Währung eingeführt, und selbst die türkische Post hat Filialen eröffnet. Zu einer ordentlichen türkischen Besatzung gehört natürlich auch, dass das Unterrichten der kurdischen Sprache in den Schulen verboten und kurdische Straßen- und Dorfnamen in arabische und türkische Namen umbenannt wurden.

Der türkische Staat verfolgt die Strategie einer schleichenden Annexion Nordsyriens. Schritt für Schritt weitet der türkische Staatsapparat seine Einflussnahme auf die besetzten Gebiete in Nordsyrien aus, um einen unumkehrbaren Zustand zu schaffen.

Die Anfänge der türkischen Besatzungskriege in Südkurdistan

In Südkurdistan verfolgt der türkische Staat eine andere Besatzungspolitik. Hier verfügt die Türkei über eine breit

gestreute Militärpräsenz. Im Gegensatz zu Nordsyrien wird allerdings nicht primär eine Politik des erzwungenen demografischen Wandels verfolgt. Die Anfänge der türkischen Besatzung gehen hier auf den Anfang der 1980er Jahre zurück. Unter dem Schleier »grenzüberschreitender Militäroperation«, nimmt die Türkei den Kampf gegen die PKK zum Vorwand, um seit 1983 militärische Besatzungsoperationen in Südkurdistan durchzuführen. Zwar besteht ein auf den 15. Oktober 1984 datiertes Grenzprotokoll zwischen dem Irak und der Türkei, das beiden Staaten für vier Jahre ermöglichte, im Zuge von Militäroperationen bis zu fünf Kilometer hinter die Grenze des Nachbarlandes einzudringen. Doch sah dieses Protokoll zum einen keine dauerhafte Präsenz des einen Staates innerhalb der Grenzen des Nachbarstaates vor. Zum anderen wurde das Protokoll nach Ablauf seiner Gültigkeit im Oktober 1988 nicht erneuert.

Mit der am 5. April 1991 durch die UN verkündete Flugverbotszone über Südkurdistan kam es schließlich zu einem Wendepunkt. Die Flugverbotszone sollte verhindern, dass Saddam Hussein nach der Anfal-Kampagne einen weiteren genozidalen Angriff auf die Kurd*innen verübt. Nach Durchsetzung dieser Schutzzone verlor das Baath-Regime in Bagdad auch weitgehend das Mitspracherecht über die Grenze zwischen Südkurdistan und der Türkei. Die Türkei hingegen münzte diesen Umstand zu ihrem Vorteil um, denn die Aufrechterhaltung der Schutzzone war maßgeblich von der Türkei abhängig. Die humanitäre und militärische Hilfe für Südkurdistan war auf den türkischen Militärstützpunkt Incirlik angewiesen, mit dem Ergebnis, dass die Stärkung der kurdischen Autonomie mit einer verstetigten Präsenz der Türkei in Südkurdistan einherging. Der Beschluss der Unterstützung der kurdischen Schutzzone ging damals vom türkischen Staatspräsidenten Özal aus. Diese Entscheidung führte zwar zu einer handfesten Krise innerhalb der türkischen Eliten, doch Özals Vorpreschen ermöglichte es der Türkei wieder, »grenzüberschreitende Operationen« in Südkurdistan durchzuführen.

Verstetigung der türkischen Präsenz in Südkurdistan

Die Qualität der Operationen in Südkurdistan veränderte sich ab 1991. Nun musste der türkische Staat seinen Grenzübertritt nicht mehr mit Bagdad aushandeln. Zudem konnte die Türkei aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses die südkurdischen Akteure in die Kampfhandlungen gegen die PKK einspannen, was den Grundstein für den »Brudermord« (kurd. birakûjî) in Südkurdistan legte. 1991 errichtete Ankara einen Geheimdienstposten und 1994 die erste Militärstation in Südkurdistan. Damit war klar, dass die Türkei nicht vorhatte, dieses Gebiet bald wieder zu verlassen. Heute verfügt Ankara über knapp 20 Militärstationen in Südkurdistan, türkische Soldaten befinden sich rund 28 Kilometer innerhalb der irakischen Staatsgrenzen, der Luftraum ist praktisch vollständig für die türkische Luftwaffe geöffnet, und der türkische Geheimdienst verfügt über ein ausgedehntes Agentennetz, das bis in die Lokalbevölkerung hineinreicht.

Historische Ängste und Sehnsüchte als Antriebskraft der Annexion

Jede Kritik an ihrer Annexionspolitik in Südkurdistan und Rojava/Nordsyrien beantwortet die türkische Regierung postwendend mit der Gefahr durch die PKK. Doch dass sich mit der PKK keine verstetigte Präsenz der Türkei außerhalb ihrer Staatsgrenzen begründen lässt, bezweifelt eigentlich niemand. Und tatsächlich sind es tieferliegende Ursachen, welche den türkischen Staat dazu antreiben, eine solch aggressive Besatzungspolitik zu betreiben. Es sind seine historischen Ängste und Sehnsüchte.

Die historische Angst der Türkei ist kurz gefasst die Angst vor einer Abspaltung eines Teils ihres Territoriums wie vor rund 100 Jahren am Ende des 1. Weltkrieges. Die historische Sehnsucht ist die Einverleibung der an Bodenschätzen reichen Territorien, die damals »verloren« gingen. Die Angst und die Sehnsucht des türkischen Staates treffen im kurdischen Siedlungsgebiet aufeinander. Und das macht deutlich, dass es Ankara mit seinen Besatzungskriegen um weitaus mehr geht, als der Gefahr durch die PKK zu begegnen.

Der Arabische Frühling als historische Chance

Wie so viele andere staatliche Akteure wusste die Türkei die Chance, die sich durch das Aufbegehren der Völker gegen ihre autoritären Regime im Zuge des im Dezember 2010 entfachten Arabischen Frühlings ergab, zu nutzen, um ihrer historischen Sehnsucht näherzukommen. Zwei Begleiterscheinungen des Arabischen Frühlings boten für die Türkei günstige Gelegenheiten: Zum einen wurde im Zuge der Proteste die künstliche Staatenordnung des Mittleren Ostens als Ergebnis des britisch-französischen Sykes-Picot-Abkommens vor mehr als 100 Jahren so sehr wie noch nie in Frage gestellt. Zum anderen war innerhalb der Staaten, die vom Arabischen Frühling erschüttert wurden, ein Machtvakuum entstanden. Anfangs hatte der ehemalige türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu noch die Vision einer neoosmanischen Hegemonie der Türkei auf der Grundlage von »soft power« und geschickter Diplomatie entwickelt.[1] Doch spätestens nach 2015 wurde die

1 Bereits 2001 hatte Davutoğlu diese Vision in seinem Buch »Stratejik Derinlik« (deutsch: Strategische Tiefe) dargelegt.

Umsetzung des Neoosmanismus mit einer neuen Strategie, die ich als Ankaras »ganzheitliche Kurdistanstrategie« bezeichnen möchte, verfolgt.

Ganzheitliche Kurdistanstrategie – Erster Akt

Auch wenn der türkische Staat nach außen hin die Existenz Kurdistans stets verleugnet, hat Ankara bereits seit 1991 seine Innen- und Außenpolitik entsprechend einer ganzheitlichen Kurdistanstrategie ausgerichtet. Das bedeutet, dass der türkische Staatsapparat hinter verschlossenen Türen Kurdistan durchaus als eine eigenständige geografische Einheit betrachtet und sich dessen bewusst ist, dass seine Politik in einem Teil Kurdistans direkte Auswirkungen auf andere Teile der kurdischen Siedlungsgebiete und die dortigen Akteure hat. Ausgehend von dieser Prämisse verfolgt die Türkei seit Anfang der 1990er Jahre einen politischen Kurs, der ihren neoosmanischen Zielen dient. Erstmals angewendet wurde diese Politik in Südkurdistan, wo Ankara das Ziel verfolgte, die Widersprüche zwischen den kurdischen Parteien auszunutzen und diese von der Türkei abhängig zu machen. Dies hatte, wie oben erwähnt, unmittelbare Folgen auf die kurdische Freiheitsbewegung in Nordkurdistan, die sich in Südkurdistan plötzlich auch gegen die dortigen Akteure militärisch behaupten musste.

Zwischen 2007 und 2015 wurde diese Politik nach einer Übereinkunft zwischen Erdoğan und dem damaligen türkischen Generalstabschef Büyükanıt und einem Treffen zwischen Erdoğan und dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush weniger mit militärischen, sondern verstärkt mit diplomatischen Mitteln verfolgt. Seit dem Arabischen Frühling hat die Türkei ihre ganzheitliche Kurdistanstrategie auch auf Westkurdistan/Rojava ausgeweitet.

Die diplomatische Umsetzung der Kurdistanstrategie verfolgte das Ziel, der Türkei eine Vorbildfunktion in der Region einzuräumen. Teil dieser Methode war es, Südkurdistan wirtschaftlich in die eigene Abhängigkeit zu bringen, in Nordkurdistan Friedensgespräche zu führen und so die Widerstandspotentiale zu schwächen, sowie in Rojava die kurdischen Akteur*innen in die syrische Opposition zu integrieren und damit unter Kontrolle zu halten. Auf diese Weise sollten West- und Südkurdistan zu Satelliten der türkischen Politik werden, ohne dabei die bestehenden Grenzen anzutasten. Mit diesen Mitteln der »soft power« hat Ankara das Ziel verfolgt, die kurdische Bevölkerung als eigenständiges politisches Subjekt, zu einem Objekt der eigenen neoosmanischen Politik zu machen. Ab 2015 wurde diese Methode aufgegeben und stattdessen der zweite, militärische Akt der ganzheitlichen Kurdistanstrategie implementiert.

Ganzheitliche Kurdistanstrategie – Zweiter Akt

Der Grund für das Scheitern der oben genannten »soft power«-Methode liegt darin begründet, dass der politische Islam, mit dem die Türkei zu einem Vorbildstaat in der gesamten Region avancieren wollte, letztlich scheiterte. Ziel war es, mit einer antiisraelischen Rhetorik die Herzen der arabischen Bevölkerung zu gewinnen und gleichzeitig mittels der Lenkung dschihadistischer Gruppierungen kriegerisch die eigenen Ziele zu verfolgen, ohne die eigenen Hände direkt blutig zu machen. Diese Strategie schlug letztlich mit dem Kobanê-Aufstand Anfang Oktober 2014 endgültig fehl. Denn der Widerstand von Kobanê führte zu einem Aufbegehren der Kurd*innen in allen Teilen Kurdistans und weltweit. Das Ziel, die Kurd*innen für die eigene Agenda zu vereinnahmen, war somit gescheitert.

In der Folge kam es am 30. Oktober 2014 zu einer Sitzung des türkischen Sicherheitsrates, auf dem die ganzheitliche Kurdistanstrategie neu justiert wurde. Nun sollte der zuvor entworfene »Çökertme Plan« (zu Deutsch etwa »in die Knie zwingen-Plan«) umgesetzt werden. Dieser Plan sah vor, die Gesamtheit der kurdischen Bevölkerung militärisch in die Knie zu zwingen, nachdem dies mit dem Einsatz von »soft power« nicht gelungen war. Da die Kurdinnen und Kurden sich nicht für die neoosmanischen Sehnsüchte einspannen ließen, sollten sie nun aus dem Weg geräumt werden.

Wie eine Gegenstrategie zur türkischen Politik aussehen könnte

Die Frage, wie eine Gegenstrategie zur türkischen ganzheitlichen Kurdistanstrategie aussehen könnte, muss alle Interessen und die Politik aller regionalen und internationalen Akteure berücksichtigen. Eine solche Diskussion würde allerdings den Rahmen der vorliegenden Analyse sprengen. Aus diesem Grund möchte ich lediglich einige Ansätze benennen, die aus kurdischer Sicht den Rahmen einer solchen Strategie bilden könnten.

Wir haben festgehalten, dass die ganzheitliche Kurdistanstrategie der Türkei auf der militärisch-geheimdienstlichen Organisierung in den verschiedenen Teilen Kurdistans beruht. Hierfür verfolgt der türkische Staat eine Politik, mit der er Nordkurdistan vornehmlich mit politischen, Südkurdistan mit ökonomischen und Westkurdistan/Rojava mit diplomatisch-militärischen Mitteln unter Kontrolle bringen will. Ausgehend von diesem Umstand müssen die kurdischen Organisationen effektive Gegenstrategien entwickeln.

Für Nordkurdistan könnte dies zum Beispiel bedeuten, dass die entscheidende Frage nicht lauten dürfte, ob die Demokra-

tische Partei der Völker (HDP) bald verboten werden könnte oder ob sie sich weiterhin im Parlament engagieren sollte. Im Zentrum sollte die Frage stehen, inwieweit es der kurdischen Politik gelingt, die Bevölkerung Nordkurdistans zu organisieren und effektiv zu aktivieren.

In Südkurdistan ist die alles entscheidende Frage, inwiefern es den politischen Akteuren gelingen kann, sich selbst und ihre Bevölkerung aus dem ökonomischen und somit politischen Würgegriff der Türkei zu lösen.

In Westkurdistan/Rojava konzentriert die Türkei ihre Bemühungen darauf, die von den dortigen politischen Akteuren verfolgte Strategie des dritten Weges zu unterbinden. Einerseits will die Türkei mit allen Mitteln einen kurdisch-arabischen Konflikt vom Zaun brechen. Auf der anderen Seite sollen die kurdischen Akteur*innen dazu gedrängt werden, sich zwischen Russland und den USA im Syrienkonflikt zu entscheiden. Eine Gegenstrategie muss deswegen unbedingt das Ziel verfolgen, diese Absichten der Türkei ins Leere laufen zu lassen und die Strategie des dritten Weges weiterzuentwickeln.

Auch wenn die Türkei in den unterschiedlichen Teilen Kurdistans unterschiedliche Methoden zur Durchsetzung ihrer Strategie verfolgt, sind diese Methoden Teil einer ganzheitlichen Kurdistanstrategie. Vielleicht liegt hierin auch die entscheidende Schwäche der türkischen Strategie. Denn gerät diese Strategie auch nur in einem Teil Kurdistans ins Stocken, so wird das unmittelbare Folgen auf alle anderen Teile Kurdistans haben.

Schlussendlich lässt sich aus dem Gesagten folgern, welche herausragende Bedeutung die kurdische Einheit als Teil einer Gegenstrategie haben kann. Nur so können die kurdischen Akteur*innen ihre Bemühungen konzentrieren, um sich nicht durch die Türkei in die Knie zwingen zu lassen. Welche Wirkung diese Einheit haben kann, wurde beim Kobanê-Aufstand deutlich. Indem sich alle Kurd*innen jenseits der ihnen auferlegten staatlichen Grenzen erhoben, wurde die Türkei gezwungen, ihre bisherige Methode zur Umsetzung der ganzheitlichen Kurdistanstrategie aufzugeben. Es steht außer Frage, dass eine ähnliche Wirkung auch aktuell von einer kurdischen Einheit ausgehen kann. Fast genauso bedeutsam kann eine diplomatische Annäherung zwischen kurdischen und arabischen Akteur*innen in der Region sein. Denn die Türkei richtet ihr Expansionsstreben nicht mehr allein auf Kurdistan, sondern mischt im Kriegsgeschehen in Libyen mit und sucht auch nach Möglichkeiten, sich im Jemen-Konflikt einzumischen. Die Gefahr, die von der Türkei im arabischen Raum ausgeht, kann durch eine kurdisch-arabische Annäherung mit Sicherheit abgemildert, wenn nicht sogar aus dem Weg geräumt werden. ♦



Getarnte Guerillaeinheit der Volksverteidigungskräfte HPG in Südkurdistan. Foto: anf

Die Aufklärung des Mordes an Schwedens früherem Ministerpräsidenten Olof Palme

Der Mord an Olof Palme und das PKK-Verbot in Deutschland

Interview mit Duran Kalkan, Mitbegründer der PKK und Mitglied des Zentralkomitees

Der Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme erschütterte 1986 die Welt. Der Sozialdemokrat ging am Abend des 28. Februar 1986 mit seiner Ehefrau Lisbet von einem Kinobesuch nach Hause, als ein Mann ihn aus nächster Entfernung von hinten erschoss und unerkannt entkommen konnte. Etliche Personen, Regierungen, Nachrichtendienste und Bewegungen galten im Laufe der Jahre als tatverdächtig. Mal war es das südafrikanische Regime, weil Palme das Apartheid-System ächtete, oder der israelische Mossad, da das Verständnis des 59-Jährigen für die Sache der palästinensischen PLO die Regierung Israels verärgerte. Ebenso wurde der Fokus auf rechte Kreise in Skandinavien und auf die schwedischen Sicherheitsbehörden selbst gelegt. Doch der damalige Fahndungsleiter Hans Holmér war besessen von der Idee, die kurdische Arbeiterpartei PKK stecke hinter dem Mord an Palme. Die PKK und Abdullah Öcalan dementierten beharrlich jegliche Beteiligung an dem Mord an Palme. Für sie galt er als »Freund der unterdrückten Völker« – das kurdische Volk eingeschlossen. Und obwohl Hinweise sowohlauf den türkischen Geheimdienst MIT als auch in Richtung der US-amerikanischen CIA wiesen – Palme wurde in Washington wegen seiner Entspannungspolitik gegenüber Russland als »Sicherheitsrisiko« eingestuft[1]– wurde immer wieder die Theorie einer angeblichen »PKK-Verschwörung« gegen den Politiker hervorgeholt, auch wenn es nie Beweise dafür gab. Nun, nach 34 Jahren, wollen die schwedischen Behörden den mutmaßlichen Täter ausgemacht haben. Es sei erwiesen, dass der Grafik-Designer Stig Engström an jenem kalten Winterabend im Jahr 1986 Palme erschossen habe, sagte Staatsanwalt Krister Petersson in Stockholm. Präsentiert wurde die Theorie eines hasserfüllten Einzeltäters: Der Mann sei Waffennarr gewesen, politisch rechtsstehend und habe außerdem Alkoholprobleme gehabt. Engström war der Öffentlichkeit schon bekannt, war er doch 1986 der erste Zeuge am Tatort. Doch das Problem an seiner angeblichen Schuld: Es existieren weder eine Tatwaffe noch DNA-Spuren – also keine Beweise gegen Engström. Auch das Tatmotiv fehlt. Stattdessen sollen im Nachhinein Unstimmigkeiten in seinen Aussagen aufgefallen sein. Da Engström seit 20 Jahren tot ist, kann er nicht erneut vernommen werden. Damit ist der Fall offiziell abgeschlossen.

In einem Interview äußert sich das Mitglied des Zentralkomitees der PKK, Duran Kalkan, zu dem Palme-Mord und der anschließend losgetretenen antikurdischen Propagandamaschinerie in Europa und vor allem in Deutschland. Duran Kalkan selbst war einer der insgesamt 18 kurdischen Politiker, die im Rahmen des »Düsseldorfer Verfahrens« Ende der 80er verhaftet worden und mehrere Jahre in deutschen Gefängnissen inhaftiert war.

Die schwedische Generalstaatsanwaltschaft hat 34 Jahre nach dem Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme erklärt, dass Stig Engström der Täter sei. Da Engström im Jahr 2000 Selbstmord beging, ist der Fall offiziell abgeschlossen, heißt es. Wie bewerten sie diese Erklärung nach 34 Jahren?

Dass die schwedische Staatsanwaltschaft entschieden hat, die Ermittlungen zum Fall Olof Palme mit Hinweis auf den Selbstmord der als Täter benannten Person abzuschließen, bringt die Kurzsichtigkeit und Ratlosigkeit des schwedischen Staates zum Ausdruck. Wie kann es sein, dass der schwedische Staat, die internationale Staatengemeinschaft, samt ihrer Geheimdienste in den vergangenen 34 Jahren solch einen Mord nicht haben aufklären können?

Wie ist die Generalstaatsanwaltschaft zu dem Entschluss gekommen, dass ein Mensch, der vor Jahrzehnten Selbstmord beging, nun der Täter sein soll? Welche Dokumente beweisen dies? Wieso konnte dies nicht früher erkannt werden, obwohl diese Person schon vor Jahren festgenommen und verhört worden war? Warum konnte dies erst nach 34 Jahren erkannt werden? Es könnten noch mehr solcher Fragen formuliert werden. Der Palme-Mord kann nicht einfach durch die Benennung einer Person als aufgeklärt betrachtet werden.

1 Ola Tunander, »The Secret War Against Sweden – US and British Submarine Deception in the 1980s«, 2004

Der damalige Fahndungsleiter Hans Holmér hat nach dem Palme-Mord 20 Kurdinnen und Kurden verhört, bei denen auch laut seiner Aussage keine Beweise sichergestellt werden konnten. Was für eine Kampagne wurde in dieser Zeit in Schweden gegen die Kurdinnen und Kurden sowie gegen die PKK geführt?

Nach dem Mord an Palme gab es außer in Schweden auch in allen europäischen Ländern unberechtigte Angriffe auf die PKK und die kurdische Gesellschaft. Wie Schweden hat auch der deutsche Staat den Palme-Mord zum Anlass genommen, gezielte Angriffe auf die PKK und die Kurdinnen und Kurden durchzuführen

Es ist nicht richtig, einfach nur zu erklären, dass 20 Kurdinnen und Kurden verhört wurden und die Sache damit abgeschlossen sei. Wie wurden sie verhört? Wie wurden sie zum Verhör geschleppt? Wie wurden ihre Häuser gestürmt? Wie wurden die Kinder dieser Familien erschreckt? Was waren es für Personen, die nachts mit verdecktem Gesicht in Spezialkriegsuniform die Häuser stürmten? Warum haben sie versucht, damit die Kurdinnen und Kurden in der schwedischen und europäischen Öffentlichkeit zu diffamieren? Diese Fragen stehen immer noch im Raum.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet sehen wir einen professionell geplanten und vorbereiteten Mord, bei dem einerseits kein Täter ausfindig gemacht werden konnte, und andererseits die PKK und die Kurdinnen und Kurden beschuldigt wurden. Der kurdischen Gesellschaft wurde der europäischen Öffentlichkeit gegenüber ein negatives Stigma aufgedrückt. Es wurde Antipathie und Feindseligkeit dem kurdischen Freiheitskampf gegenüber aufgebaut, um damit die von der türkischen Militärjunta seit dem 12. September 1980 in Kurdistan und der Türkei verübten Massaker und Verbrechen zu legitimieren. Darauf basierend wurde in Deutschland der sogenannte »Düsseldorfer Prozess« gegen kurdische Politiker eröffnet und das internationale Komplott organisiert, das nun seit 22 Jahren in Form eines Isolationssystems auf der Gefängnisinsel Imralı gegen Abdullah Öcalan besteht. Die Grundlage all dessen ist der Palme-Mord. Alle rechtlichen, politischen und militärischen Angriffe gegen die PKK und die kurdische Gesellschaft wurden von da an u. a. mit dem Palme-Mord gerechtfertigt.

Das Demokratische Kurdische Gesellschaftszentrum in Schweden hat an die schwedische Regierung appelliert, die Zeit sei gekommen, sich bei den Kurdinnen und Kurden zu entschuldigen. Was erwarten Sie von der schwedischen Regierung?

Die PKK und KCK haben offizielle Erklärungen abgegeben. Wir nehmen den Abschluss des Falls zur Kenntnis und kritisieren zugleich die Art und Weise. Statt eine Erwartung zu formulieren stellen wir fest: Die Aufklärung des Falls war immer die Forderung der PKK und der Kurdinnen und Kurden. Das gilt auch heute noch.

> Wie kann es sein, dass der schwedische Staat, die internationale Staatengemeinschaft, samt ihrer Geheimdienste in den vergangenen 34 Jahren solch einen Mord nicht haben aufklären können?

In der Folge des Palme-Mords stiegen die genozidalen Angriffe auf die kurdische Gesellschaft sehr stark an. Die Kurdinnen und Kurden haben Verluste in Hinsicht ihrer Sprache, Kultur, Geschichte und Lebensrealität erlitten. Die PKK wurde als Schreckgespenst dargestellt. Unberechtigte Anschuldigungen wurden formuliert. Also: Es geht um mehr als eine bloße Entschuldigung. Die kurdische Gesellschaft wird heute von einem Genozid bedroht. Die Kraft für diese Angriffe wurde aus dem Palme-Mord geschöpft; und das ist immer noch so. Diese Angriffe verhindern eine Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei.

Deshalb muss die gegenwärtige Regierung das tun, was Olof Palme für die kurdische Gesellschaft getan hätte. Die erlittenen Verluste der Kurdinnen und Kurden müssen wiedergutgemacht werden. Es muss ein politischer Ansatz entwickelt werden, um der Lösung der kurdischen Frage näher zu kommen. Die PKK muss als Freiheitsbewegung akzeptiert und ihr Freiheitskampf für Kurdistan in jeder Hinsicht unterstützt werden. So wie bislang die faschistische und genozidale Mentalität und Politik gegen die Kurdinnen und Kurden unterstützt wurden, muss dies nun umgekehrt werden. Der schwedische Staat muss sich gegen den Genozid an der kurdischen Gesellschaft durch den AKP-MHP-Faschismus stellen – als Entschädigung für Verluste von 34 Jahren.

Der Palme-Mord war der erste Schritt in Schweden, um die kurdische Freiheitsbewegung zu diffamieren. Hunderte Kurdinnen und Kurden wurden verhört, es gab Festnahmen und Verhaftungen. Dann wurde die PKK als terroristisch erklärt. Die »Kurdenjagd« in Schweden schwappte später auch auf Deutschland über. War die Eröffnung des »Düsseldorfer Prozesses« nach dem Palme-Mord ein Zufall?

Der Palme-Mord war für ganz Europa die Grundlage, um die PKK und die Kurdinnen und Kurden zu diffamieren. Es war kein lokales Ereignis. Der Mord an Palme wurde geplant und verwirklicht, um die PKK und die Kurdinnen und Kurden schuldig zu sprechen und angreifen zu können. Nicht nur der Mord wurde geplant, sondern auch die Zeit danach. Das ist wichtig zu wissen. Denn es ist nicht so, als hätten verschiedene Kräfte nach dem Mord die Situation nur einfach ausgenutzt.

Damit wurde verhindert, dass unsererseits Kontakte nach Europa entwickelt werden konnten. Wer würde schon eine Organisation unterstützen, die mit dem Mord an Palme zu tun hat?

Zudem hat sich nicht nur Schweden auf dieses Ereignis gestützt, sondern alle europäischen Länder haben Repressionen gegen die PKK und die Kurdinnen und Kurden angewandt. Zum Beispiel hat Deutschland stärker als Schweden die PKK und die kurdische Gesellschaft angegriffen. Von Anfang an wurde dieser Mord auf Europa-Ebene geplant und beschlossen, um die türkische Staatspolitik zu unterstützen sowie die kurdische Freiheitsbewegung zu diffamieren. Damit wurde verhindert, dass unsererseits Kontakte nach Europa entwickelt werden konnten. Wer würde schon eine Organisation unterstützen, die mit dem Mord an Palme zu tun hat? So ist es auch geschehen. Gestützt auf den Mord wurde die PKK, die kurdische Gesellschaft und die kurdische Freiheitsbewegung in Europa und weltweit weitgehend isoliert.

Wir können die damaligen Entwicklungen wie folgt darstellen: Den Beginn des bewaffneten Kampfes am 15. August 1984 hatte die damalige Militärjunta von Kenan Evren als eine »Bewegung von einer Hand voll Banditen« bezeichnet. Der Versuch, diese zu zerschlagen, schlug jedoch fehl. Ganz im Gegenteil führte die Guerilla in drei Monaten an die 60 militärische Aktionen durch. Die türkische Armee war gegen die Guerilla erfolglos. Daraufhin hat die Türkei das PKK-Problem im Jahr 1985 an die NATO herangetragen. Sie forderte die Umsetzung von Artikel 5 des NATO-Vertrags, der folgendes besagt: »Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird.« Der türkische Staat forderte die Anwendung dieses Artikels gegen die PKK. Die NATO akzeptierte dies.

Den Krieg gegen die PKK ab dem Jahr 1985 hat in jeder Hinsicht die NATO organisiert, geplant und durchgeführt. Die Praxis des türkischen Staates wurde von der NATO unterstützt. Die Spezialkriegsmethoden wurden immer als Teil der NATO umgesetzt. Der Spezialkrieg umfasst wirtschaftliche, politische, kulturelle und ideologische Angriffe. Auch die Justiz und psychologische Kriegsführung wurden seit dem Palme-Mord eingesetzt. Nachdem der bewaffnete Kampf der PKK in der NATO diskutiert wurde, ereignete sich am 28. Februar 1986 der Mord an Palme. Im Juni 1986 haben die Geheimdienste aller europäischen Staaten eine Sitzung abgehalten, auf der ein gemeinsames Vorgehen gegen die PKK beschlossen wurde. Vor diesem Hintergrund hat der deutsche Staat das Düsseldorfer Verfahren eingeleitet.

Im Februar 1988 begann eine Phase mit dem Ziel, die PKK-Leitung in Europa festzunehmen. Vor den Festnahmen wurden wir über diese Entscheidung informiert. Deshalb ist das Düsseldorfer Verfahren kein Zufall oder kann nicht losgelöst von dieser Phase betrachtet werden. All dies entwickelte sich parallel.

Was sagen sie dazu, dass das PKK-Verbot in Deutschland nach dem Düsseldorf-Verfahren im Jahr 1993 verhängt wurde?

Das von Deutschland am 26. November 1993 erlassene PKK-Verbot wurde nicht nach dem Düsseldorfer Verfahren verhängt. Ganz im Gegenteil wurde es während des Prozesses selbst mit einbezogen. Tatsächlich wurde versucht, das Düsseldorfer Verfahren mit dem PKK-Verbot zu beenden, da es in den Gerichtssälen kein Fortkommen mehr gab. Denn es war ein haltloses Verfahren. Viele Freundinnen und Freunde wurden ohne Grund verhaftet. Die Behörden hatten die Hoffnung, sie geständig machen zu können. Darüber hinaus war beabsichtigt, dies alles mit dem Palme-Mord zu legitimieren. Doch trotz 6 Jahren Auseinandersetzung waren sie erfolglos. Das Gericht konnte die Personen, die sie mit 40.000 Seiten Dokumenten für sechs Jahre inhaftiert hatten, den deutschen Gesetzen entsprechend nicht bestrafen. Das Gericht entschied sechs Jahre lang monatlich die Haftfortdauer und riskierte, sich selbst schuldig zu machen. Es gab einfach nicht genügend belastendes Material, um die Personen festzuhalten.

Im Gericht folgten daraufhin sehr interessante Dinge. Die Richter wollten sich in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft mit uns treffen, um eine Übereinkunft zu erzielen. Wir haben in einem der Zimmer unter dem Gerichtssaal ein Treffen mit der Gerichtsdelegation und unseren Anwälten abgehalten. Sie forderten folgendes von uns: »Akzeptiert einen Schuldigen unter euch. Wir werden diesen dann rechtlich bestrafen und

euch dann freilassen. Das Verfahren hat sich in die Länge gezogen und wir könnten euch rechtlich gesehen nicht bestrafen. Ohne ein Strafe können wir euch aber auch nicht freilassen, denn sonst würden wir in die Rolle der Schuldigen geraten.« Wir lehnten dies ab und erklärten: »Wir haben keinerlei Schuld und können etwas, was wir nicht getan haben, nicht bekennen. Wer schuldig ist, soll seine Strafe bekommen.« So ist das Gericht in Düsseldorf ins Stocken geraten und konnte keine Entscheidung mehr treffen.

Im November 1993 trat dann das vom Bundesinnenministerium verfügte Vereins- und Betätigungsverbot für die PKK in Kraft, um die rechtliche Sackgasse im Düsseldorfer Verfahren zu überwinden. Entsprechend dieser Entscheidung wurden wir als Mitglieder einer verbotenen Organisation verurteilt. Da wir bereits über die Länge des Strafmaßes hinaus inhaftiert waren, wurden wir freigelassen.

Ohne das vom Bundesinnenministerium verhängte PKK-Verbot hätte das Gericht in Düsseldorf keine Strafe verhängen können – dafür war der rechtliche Rahmen des Düsseldorfer Verfahrens zu haltlos. Mit der Verbotsverfügung im November 1993 haben sie die rechtliche Lage der Anklage von 1988 angepasst. Obwohl rückwirkend so etwas rechtlich nicht möglich ist. So wurde das Düsseldorfer Gericht handlungsfähig. Wir haben dagegen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geklagt und Recht bekommen.



PKK-Demo auf dem Münsterplatz in Bonn Mitte der 1980er Jahre. Die Kampagne nach dem Mord an Olaf Palme sollte dafür sorgen, dass so etwas in Deutschland nicht mehr möglich ist. Foto: kr

Warum setzt Deutschland weiterhin auf das PKK-Verbot?

Das PKK-Verbot war und ist eine politische Entscheidung. Es ist infolge einer politischen Bewertung und Diskussion beschlossen worden, und diese Entscheidung wird weiter umgesetzt. Warum? Ihre Politik ist darauf ausgerichtet. Die gegenwärtige deutsche Regierung unterstützt weiterhin den Genozid der Türkei an der kurdischen Gesellschaft. Das Verbot steht nicht für eine Lösung der kurdischen Frage und akzeptiert nicht die Freiheit der Kurdinnen und Kurden.

Natürlich denken in Deutschland nicht alle so. Es gibt diejenigen, die gegen die Politik der Türkei stehen und den Kampf der Kurdinnen und Kurden für ihre Existenz und den Freiheitskampf unterstützen. Es gibt viele politische Kreise, Frauen- und Jugendorganisationen und revolutionär-demokratische Kräfte. Sie sind sehr engagiert, aber die über den Staat bestimmende Mehrheit unterstützt weiterhin die Mentalität und Politik des türkischen Staates. Deshalb bleibt die deutsche Regierung auch beim PKK-Verbot. Sie hat sich auf diese Weise an vielen Verbrechen mitschuldig gemacht. Sie zeigt nicht die Kraft, Selbstkritik zu üben und begangenes Unrecht wiedergutzumachen.

Solange diese faschistische Mentalität und Politik nicht überwunden wird, wird die gegenwärtige Situation in Deutschland andauern. Doch es gibt eine zunehmende Sensibilisierung und Tendenz zur Überwindung dieser Politik und Mentalität. Wir hoffen, dass dies in naher Zukunft deutlicher in Erscheinung tritt und es einen Sinneswandel in Deutschland geben wird. Es wird Bemühungen geben, das PKK-Verbot aufzuheben. Das wird nicht einfach. Es wird aber auch nicht mit einer Entschuldigung enden. Deutschland hat in den letzten 40 Jahren gegenüber der kurdischen Existenz und ihrem Freiheitskampf viel Schaden angerichtet. Wie Schweden hat auch Deutschland an den Kurdinnen und Kurden etwas wiedergutzumachen. Deutschland richtete sogar deutlich mehr Schaden an als Schweden. Denn es war der deutsche Staat, der die Vorreiterrolle innerhalb Europas spielte, die Türkei zu unterstützen und gegen den Freiheits- und Demokratiekampf der PKK vorzugehen. ♦

Die türkische Armee im Ausland

Die »neoosmanische« Türkei und ihr unbeirrter Verbündeter Deutschland

Redar Han, Mitarbeiter von Civaka Azad e.V.

Anfang August äußerte sich der ehemalige deutsche Botschafter in der Türkei, Martin Erdmann, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk[1] über die Entwicklungen in der Türkei und erklärte, dass die türkische Regierung ein »neoosmanisches Denken« geltend mache. Die Türkei unter der Führung ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan versuche eine Rolle einzunehmen, »die das Osmanische Reich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts […] [als] bedeutende Ordnungsmacht in der Region und weit darüber hinaus bis hin zum Balkan« gespielt habe. Eine solche osmanische Region werde es jedoch nie wieder geben.

Tatsächlich versucht Erdoğans Türkei heute, militärische Präsenz im Mittleren Osten, in Afrika und in Kaukasien zu zeigen. Die AKP-Regierung verfolgt seit längerer Zeit das Ziel, die einstige Größe des Osmanischen Reiches wiederzuerlangen. Die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee bringt hierbei nicht nur die Sehnsucht nach dem Kalifat und das Großmachtstreben zum Ausdruck, sondern soll auch die schwerwiegenden Probleme des Landes in den Hintergrund rücken. Dies ist auch der Grund, weshalb sie überall militärische Schlagkraft und Präsenz zeigen will.

Mittlerer Osten und Afrika

Der Krieg in Syrien ist für das Nachbarland Türkei zu einer wichtigen Säule ihrer Außenpolitik geworden. Sie hat die Unklarheiten der USA und Europas in Syrien ausgenutzt und drei Gebiete besetzt. Aus den aufständischen islamistischen Gruppierungen hat sie eine militärische Kraft geformt, die in ihrem Interesse Krieg führt. Die Türkei hat sich in den besetzten Gebieten Syriens institutionalisiert; in den Schulen werden der türkische Islam und die türkische Sprache unterrichtet; auch die türkische Lira wird in diesen Gebieten nun als Währung genutzt.

Das bedeutendste Instrument der türkischen Außenpolitik stellen hier die 3,6 Millionen syrischen Flüchtlinge dar, die als Druckmittel gegen die EU eingesetzt werden. Die wirkungslose Positionierung Europas in der Syrien-Frage hat der Türkei den Weg geebnet, sich im Bürgerkrieg in Syrien einzuschalten.

Um die 15.000 dschihadistischen Söldner, die die Türkei in Syrien rekrutiert hat, kämpfen inzwischen für die Regierung in Tripolis. Die Türkei hat auch Militärfahrzeuge, Waffen und Luftabwehrsysteme nach Libyen geschickt. Spezialkräfte und militärische Berater wurden extra beauftragt. Mit seinen großen Ölreserven nimmt Libyen für die Türkei eine zentrale Rolle ein. Das nordafrikanische Land ist gleichzeitig auch das Schlüsselland für die Flüchtlinge, die aus Afrika nach Europa wollen. Diesbezüglich kann die Türkei nun sowohl in Libyen und als auch in Syrien mitreden.

Die türkische Armee ist zudem 40 Kilometer auf das Gebiet der kurdischen Regionalregierung im Nordirak vorgerückt und hat dort mehr als 30 Militärstellungen aufgebaut.

Auch in Katar verfügt die Türkei über eine Militärbasis; sie wurde im Jahr 2016 aufgebaut. Heute sind dort mindestens 3.000 türkische Soldaten stationiert. Darüber hinaus exportiert sie auch unbemannte Drohnen, Militärfahrzeuge und andere Waffen nach Katar.

Obendrein hat die Türkei über die Hafenstadt Sawakin im sudanesischen Bundesstaat al-Bahr al-ahmar im Roten Meer im Jahr 2017 für 99 Jahre einen Vertrag abgeschlossen, um dort ein Tourismuszentrum aufzubauen. Ägyptische Medien meldeten diesbezüglich, Ziel dieser Vereinbarung sei, auf der der Stadt vorgelagerten Insel eine Marinebasis zu bauen, um den ägyptischen Staatschef Sisi zu stürzen. Seit 2017 hat auch die Zusammenarbeit in der Militärindustrie zwischen dem Sudan und der Türkei an Fahrt aufgenommen. Zwischen den beiden Ländern besteht ein Waffenhandelsvolumen in Höhe von 10 Milliarden Dollar.

1 https://www.deutschlandfunk.de/ex-botschafter-erdmann-zur-tuerkei-die-demokratischen.868.de.html?dram:article_id=481617



Erdoğan und der somalische Präsident Hassan Sheikh Mohamud eröffnen im Januar 2015 das neue Terminal des Aden Abdulle International Airport in Mogadischu, Somalia. Foto: Ilyas Ahmed

Die Türkei verfügt seit 2017 auch über eine Militärbasis in Somalia. Der 400 Quadratkilometer umfassende Stützpunkt ist der größte Militärstandort der Türkei im Ausland. Sie baut in Somalia auch Schulen, Krankenhäuser und Straßen auf.

Am 20. Juli 2020 reiste der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu nach Niger. Zusammen mit dem Präsidenten des Landes, Mahamadou Issoufou, unterzeichnete er ein militärisches Abkommen, das eine Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus vorsieht. Çavuşoğlu sprach außerdem davon, den Handel mit Niger auszuweiten. Insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Energie könne man die Reichtümer Nigers zum Wohle der Gesellschaft einsetzen. Als Nachbarland zu Libyen ist Niger ein wichtiger Partner für die Türkei.

Aserbaidschan

Die Türkei hat direkt zu Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Aserbaidschan und Armenien Drohnen, Munition und Raketen an Aserbaidschan geliefert. Die Land- und Luftstreitkräfte der Türkei und Aserbaidschans haben gemeinsame Militärmanöver begonnen, die bis zum 10. August fortgesetzt wurden. Erdoğan versprach Aserbaidschan, das billiges Gas an die Türkei liefert, jeden Angriff zu vergelten.

Doch wie in Libyen und Syrien kommt die Türkei auch hier den russischen Interessen in die Quere. Die russische Armee verfügt in Armenien über mehrere Militärstützpunkte für ihre Luftstreitkräfte.

Kein Abbruch der deutschen Unterstützung

Auch wenn der ehemalige Botschafter Martin Erdmann von einer »neoosmanischen« Außenpolitik der Türkei spricht und alle Fakten diese Benennung bestätigen, hat Deutschland bislang keinerlei Probleme mit dieser Politik der Türkei. Aus einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag geht hervor, dass die Zahlen der Exporte zwischen dem 9. Oktober 2019 und 22. Juli 2020 nicht abgenommen haben. Stattdessen kamen neue Genehmigungen durch die Bundesregierung für Rüstungsexporte im Wert von 25,9 Millionen Euro hinzu. Bei den Waffen und Militärgütern handele es sich jedoch nicht um Kriegswaffen, heißt es von Seiten der Bundesregierung. Laut Exportstatistik wurden bereits in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 Rüstungsexporte im Wert von 22,8 Millionen Euro von der Bundesregierung genehmigt. Das sind mehr als zwei Drittel des gesamten Vorjahreswertes in Höhe von 31,6 Millionen Euro. Das reale Exportvolumen an Rüstungslieferungen in die Türkei betrug im Jahr 2018 noch 12,9 Millionen Euro. ♦

Die Absetzung gewählter Bürgermeister verstößt gegen alle rechtsstaatlichen Grundsätze

Die Gondeln von Venedig und die Absetzung der Bürgermeister

Rıza Türmen, ehemaliger Richter am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof

Es gibt einige international anerkannte Prinzipien, die einen Rechtsstaat ausmachen. Zu behaupten, die Türkei sei ein Rechtsstaat, reicht allein leider nicht aus.

Wenn wir an Venedig denken, kommen uns die wunderschönen Kanäle der Stadt und ihre Gondeln in den Sinn. Was gibt es Romantischeres, als einen Gondoliere, der auf seiner Mandoline spielt und eine Barkarole, ein venezianisches Volkslied, singt? Doch solche sind längst nicht die einzigen Klänge, die aus Venedig erklingen.

Denn in der italienischen Stadt ist auch eine wichtige juristische Institution beheimatet: Die Venedig-Kommission (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) ist ein zentrales europäisches Justizorgan. Die Gutachten der Venedig-Kommission haben großes Gewicht im Europarat und am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie ist zwar ein Organ des Europarates, doch ihre Gutachten verfügen durchaus auch über eine Tragweite innerhalb der Europäischen Union, insbesondere wenn es um Fragen der Menschenrechte und der Demokratie geht.

Am 18. Juni hat die Venedig-Kommission ein Gutachten zur Absetzung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Südosten der Türkei verabschiedet. Das Gutachten wurde auf Initiative des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats verfasst. Seine Verfasser waren unabhängige Fachleute, das ist in der Venedig-Kommission so üblich. Im Falle dieses Türkei-Gutachtens waren es vier Juristen aus den USA, Spanien, Liechtenstein und Großbritannien. Die ersten drei sind angesehene Juristen in ihren Heimatländern. Der britische Fachmann ist ein bekannter Menschenrechtsverteidiger.

Die Verfasser des Gutachtens reisten im Februar 2020 nach Ankara und führten dort Gespräche mit dem Justiz- und dem Innenministerium, mit dem Verfassungsgericht, dem Hohen Wahlausschuss (YSK) sowie Vertreter der politischen Parteien. Das Gutachten ist ein Ergebnis dieser Gespräche.

Zwei Themen stehen im Fokus des Gutachtens:

Erstens die Tatsache, dass mit der Entscheidung des Hohen Wahlausschusses vom 16. April 2019 sechs HDP-Kandidaten trotz ihres Wahlsieges nicht ihre Wahlurkunden erhielten und in ihr Amt eingeführt wurden, weil sie bereits in der vorangegangenen Wahlperiode abgesetzt worden waren. Anstelle der Wahlsieger wurden damals die jeweils zweitplatzieren AKP-Kandidaten zu Bürgermeistern ernannt.

Und zweitens die Absetzung der gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Amed (Diyarbakır), Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van) und die Einsetzung der jeweiligen Provinzgouverneure als Zwangsverwalter.

Zur Nichtaushändigung der Wahlurkunden

a. Rechtliche Grundlagen: Nach türkischer Rechtsprechung gibt es kein Gesetz, das eine Nichtaushändigung der Wahlurkunde nach einem Wahlsieg zulässt. Laut Artikel 22 des Kommunalwahlrechts wird der Kandidat mit dem größten Stimmenanteil zum Wahlsieger erklärt. Es gibt keine gesetzlichen Ausnahmeregelungen hierzu. Lediglich können vor den Wahlen begründete Einwände gegen eine Kandidatur binnen 48 Stunden nach ihrer Verkündung beim Hohen Wahlausschuss eingereicht werden. Dieser hat in einem solchen Fall eine Entscheidung zu treffen; die ist dann nicht mehr anfechtbar. Bei den betroffenen sechs Bürgermeistern waren vor den Wahlen keinerlei Einwände geäußert worden, somit war ihre Kandidatur rechtmäßig.

b. Hinfälligkeit des passiven Wahlrechts: Der Vorwurf gegen die sechs gewählten Bürgermeister, denen die Wahlurkunde nicht ausgehändigt wurde, lautet, dass sie strafrechtlich verurteilt worden seien. Tatsächlich besagt Artikel 11 des türkischen Kommunalwahlrechts, dass bei bestimmten strafrechtlichen Verurteilungen das passive Wahlrecht eingebüßt werden kann. In unserem Fall ist es allerdings so, dass keiner der sechs Bürgermeister tatsächlich verurteilt wurde.

Darüber hinaus gibt es keine rechtliche Grundlage dafür, dass infolge der Nichteinsetzung der rechtmäßig gewählten Bürgermeister die Wahlurkunde an die zweitplatzierten Kandidaten ausgehändigt wird. Der Hohe Wahlausschuss beruft sich hierbei zwar auf Artikel 16 des Kommunalwahlrechts, doch dieser Artikel sieht eine Einsetzung des Zweitplatzierten nur im Falle des Todes oder des Rücktritts des Wahlsiegers vor.

Zur Absetzung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Amed, Mêrdîn und Wan

Laut Artikel 45 des Kommunalwahlrechts wird im Falle des Abtretens eines Bürgermeisters deren Nachfolger durch den Stadtrat bzw. den Gemeinderat gewählt. Die Venedig-Kommission kritisiert, dass an diesem bestehenden Gesetz per Dekret folgende Ergänzung vorgenommen worden ist: Im Falle der Absetzung wegen Terrorismusvergehens übernimmt der Gouverneur die Funktion des Bürgermeisters (Gesetzesdekret Nr. 674).

Laut Artikel 15 der europäischen Menschenrechtskonvention müssen Gesetzesdekrete (im Türkischen Kanun Hükmünde Kararname, kurz KHK), die während eines Ausnahmezustands erlassen werden, begründet, temporär und verhältnismäßig sein. Sollen Dekrete dauerhaften Bestand haben, wird im Nachgang ihre Bestätigung durch das Parlament erwartet. Im Falle des oben genannten KHK 674 wurde das Dekret ganz ohne Einwilligung des Parlaments zum Gesetz erklärt.

Dass gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihres Amtes enthoben werden, ist nur schwierig mit rechtsstaatlichen Prinzipien unter einen Hut zu bringen. Die Venedig-Kommission fordert daher, dass entweder die rechtmäßigen Bürgermeister wieder in ihre Ämter eingesetzt oder ihre Nachfolger durch den Stadtrat gewählt werden. Außerdem wird in dem Gutachten die Streichung des Gesetzesdekrets Nr. 674 gefordert.

Das Gutachten der Venedig-Kommission macht noch auf eine Besonderheit im Zusammenhang mit dem Dekret 674



»ALLE ZUSAMMEN für Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Arbeit und Brot« – Demonstration der HDP am 17.6.2020 in Istanbul. Foto: anf

> Rechtsstaatlichkeit hat international anerkannte Grundsätze. Nur zu erklären »Die Türkei ist ein Rechtsstaat«, ist nicht gleichbedeutend damit, dass die Türkei ein Rechtsstaat wäre.

aufmerksam: Als dieses erlassen wurde, hätte die größte Oppositionspartei im türkischen Parlament dagegen klagen können. Dieses Recht steht der stärksten Oppositionsfraktion zu. Doch die CHP (Republikanische Volkspartei) hat von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht.

Dem Gutachten zufolge lassen sich eine ganze Reihe von Rechtsverstößen gegen die Bürgermeister der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aufzählen. Wir können diese wie folgt zusammenfassen:

1. Nachdem ihrer Kandidatur nicht widersprochen worden war, haben sechs Bürgermeisterkandidaten nach ihrem Wahlsieg keine Wahlurkunde erhalten und wurden nicht in ihr Amt eingeführt. Dabei war mit ihrem rechtmäßigen Antritt als Wahlkandidaten auch ihre Zulassung zur Wahl gewährleistet.

2. Die Nichtzulassung ins Amt hat keinerlei rechtliche Grundlage.

3. Die gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden nicht rechtskräftig verurteilt.

4. Die gesetzliche Festschreibung des Dekrets 674 im Kommunalwahlrecht verstößt gegen das Prinzip, dass im Ausnahmezustand erlassene Verfügungen begründet, temporär und verhältnismäßig sein müssen.

5. Damit wird gleich gegen mehrere Artikel der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung verstoßen. Über den durch die Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung wird sich hinweggesetzt.

Die Entlassung von Bürgermeistern mithilfe solch schwerer Rechtsverletzungen und die Ernennung von Zwangsverwaltern an ihrer Stelle schafft ein rechtsstaatliches Problem. Ein solches äußert sich auch in der ständigne Erfindung neuer Rechtsverstöße, damit z. B. die Polizei gegen den Sternmarsch der Anwaltskammern vorgehen kann, damit Journalistinnen und Journalisten für die Schaffung von Öffentlichkeit bestraft und inhaftiert werden können oder damit die Freilassung von Selahattin Demirtas und Osman Kavala verhindert wird.

Rechtsstaatlichkeit hat international anerkannte Grundsätze. Nur zu erklären »Die Türkei ist ein Rechtsstaat«, ist nicht gleichbedeutend damit, dass die Türkei ein Rechtsstaat wäre. Wir können diese Prinzipien wie folgt zusammenfassen:

1. Rechtssicherheit: Staatliche Vorgehensweisen müssen eine Rechtsgrundlage haben. Gesetze sollten in einem transparenten, partizipativen, demokratischen Prozess erlassen werden.

2. Gesetze müssen eindeutig, zugänglich und berechenbar sein.

3. Es darf keine Willkür geben.

4. Die Justiz muss unabhängig und unparteiisch sein.

5. Menschenrechte, Grundrechte und Freiheitsrechte dürfen nicht verletzt, sondern müssen geschützt werden.

6. Vor dem Gesetz darf es keine Ungleichheit und Diskriminierung geben.

Die Absetzung gewählter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und deren Ersetzung durch Zwangsverwalter verstößt gegen alle diese rechtsstaatlichen Grundsätze. Das Gutachten der Venedig-Kommission zeigt dies in aller Deutlichkeit auf.

In diesem Fall hat die Regierung zwei Möglichkeiten:

1. Sie kann eine eigene, nationale Position beziehen; das Gutachten wird ignoriert oder aggressiv angegangen.

2. Der Bericht wird ernst genommen, und die Empfehlungen des Gutachtens werden umgesetzt und die begangenen Fehler korrigiert.

Die Wahl zwischen diesen beiden Optionen ist die Entscheidung für oder gegen Rechtsstaatlichkeit und der mit ihr verbundenen Demokratie. ♦

Die Türkei entwickelt ständig neue Pläne zur vollständigen Besatzung Nord- und Ostsyriens

Ziel der Türkei ist es, osmanische Grenzen wiederherzustellen

Interview mit Ilham Ahmed, MSD

Ilham Ahmed, Ko-Vorsitzende des Exekutivausschusses des Demokratischen Syrienrats (MSD), beantwortete unsere Fragen rund um den Krieg in Syrien, die Angriffe der türkischen Armee auf die nordsyrische Selbstverwaltung und die Verhandlungen mit dem syrischen Regime.

In Syrien setzen sich sowohl die Interessenskonflikte als auch die Übereinkünfte vieler Staaten fort. So fand am 2. Juli zwischen Ruhani, Erdoğan und Putin per Videokonferenz der 6. Astana-Gipfel statt. Die Erklärungen dieses Gipfels betreffen vor allem die autonome Selbstverwaltung im Nord- und Ostsyriens. Wie bewerten Sie die Ergebnisse und welche Folgen sind bereits zu beobachten?

Bis zu diesem Zeitpunkt brachte keine der Astana-Konferenzen positive Ergebnisse für die Völker Syriens. Der demografische Austausch und die Umsiedlung der Menschen in andere Teile des Landes sind Ergebnisse der Astana-Konferenz. Sie und die dort besprochenen Übereinkünfte stellen eine Gefahr für die Völker Syriens dar. Das, was die Teilnehmer als »Gebiete in Waffenruhe« bezeichnen, ist die Aufteilung Syriens und ebnet den Weg für demografische Umsiedlung.

Auch der letzte Astana-Gipfel diente diesem Zweck. Und immer nach den Astana-Treffen führt die Türkei neue Besatzungsoperationen auf syrischem Boden durch. Die Besatzung ist langfristig ausgelegt. Beispielsweise werden in den besetzten Gebieten Poststellen, Universitäten und andere Institutionen eröffnet, die direkt mit der Türkei verbunden sind. Diese Orte werden quasi in türkische Provinzen umgewandelt. Die Autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien ist weiterhin Zielscheibe. Ohnehin wurden die Angriffe auf Ain Issa (kurdisch: Bozanê) seit dem Ende der Gespräche intensiviert. Täglich finden Bombardements statt und in letzter Zeit kreisen vermehrt türkische Drohnen über dem Gebiet.

Zu den von den Teilnehmern besprochenen Themen gehört auch Idlib. Putins Bewertung zum Thema Idlib lässt durchblicken, dass die Übereinkunft zwischen Russland und der Türkei vom 5. März 2020 zufriedenstellend für ihn sei. Was denken Sie über die Entwicklungen bezüglich Idlib?

Es geht nicht nur der Türkei darum in Idlib präsent zu sein. Auch die EU und die USA haben großen Einfluss auf die Entwicklungen in Idlib. Es liegt an der Haltung der USA und Europas, dass die von der Türkei sogenannten »Oppositionskräfte« immer noch in Idlib sind und Russland, Iran und das syrische Regime noch keinen umfassenden Vorstoß gewagt haben, vor allem weil auf einen Angriff auf Idlib ein großer Flüchtlingsstrom folgen würde. Diese Flüchtlinge werden ohnehin von der Türkei als Druckmittel gegen die EU verwendet, was die EU schwer belastet.

Die Wiederinbetriebnahme der Schnellstraße M4 setzte eine Einigung zwischen den USA, der EU, Russland und der Türkei voraus. Doch der Streit über die Kontrolle der Ost-West-Verbindung führte zu Kämpfen zwischen den von der Türkei unterstützten Gruppen, der Türkei selbst und der Allianz Iran-Russland-Syrien. Letztendlich führten auch diese Kämpfe zu Intervention und Druck. Die Türkei erlitt dabei einen Rückschlag. Zum Schluss erklärten die USA »neben der Türkei zu stehen« und zwang sie zu einem Waffenstillstand.

Aktuell herrscht in Idlib ein Waffelstillstand, doch es ist nicht abzusehen, wie lange er noch währt. Alle in den Krieg involvierten Parteien haben Vorbereitungen getroffen. Sowohl das Regime mitsamt seinen Unterstützern als auch die Türkei treffen ernsthafte militärische Vorbereitungen. Es besteht somit die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Kriegsausbruchs, ohne allerdings Zeitpunkt und Ort benennen zu können.

Am 23. Juni wurden in Kobanê drei Kongreya-Star-Aktivistinnen ermordet. War dies ein Hinweis für ein neues Angriffskonzept gegen

die Autonome Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien und ihre Vertreterinnen?

Die Türkei entwickelt ständig neue Pläne zur vollständigen Besatzung Nord- und Ostsyriens, die zum Teil umgesetzt worden sind: Einige Teile des Gebietes wurden besetzt. Diese Pläne werden weiterentwickelt und die Türkei versucht, ihre Besatzungsgebiete auszuweiten. Aus diesem Grund führt sie Angriffe auf gesellschaftliche Vorreiterinnen aus. Das Attentat in Kobanê ist ein Produkt dieser Bemühungen.

Der türkische Staat hat alle aktiven Personen, Frauen wie Männer, im Visier, die in der demokratischen Selbstverwaltung Arbeiten übernehmen. Bis jetzt wurden Dutzende Freundinnen und Freunde durch die Türkei bedroht. Natürlich werden vor allem Frauen ins Visier genommen, denn sie spielen eine aktivere und einflussreichere Rolle.

Die Türkei wird ihrerseits von einem männlich dominierten System beherrscht, das die Befreiung der Frau und der Gesellschaft zu verhindern versucht. Deshalb haben sie es in erster Linie auf Frauen abgesehen. Das Attentat in Kobanê ist nicht das erste, das die Türkei in unseren Gebieten ausführt. Auch die Freundin Hevrîn Xelef wurde vom türkischen Staat und seinen Banden vor den Augen der ganzen Welt grausam ermordet. Bis jetzt wurden Dutzende Frauen ermordet. Auch in der Türkei selbst werden vor allem Frauen ins Visier genommen.

Warum wurde dieses Attentat ausgerechnet in Kobanê verübt, einem weltweiten Symbol für den Krieg gegen den IS?

Das Attentat auf die drei Kongreya-Star-Aktivistinnen am 23. Juni fand im selben Zeitraum statt wie das Massaker durch den IS in Kobanê am 25. Juni 2015, bei dem 233 Menschen ihr Leben verloren haben. Das ist kein Zufall. Die Türkei transportiert damit die Botschaft »der IS ist gescheitert, doch mir wird es gelingen«.

Wie Sie bereits erwähnten: Kobanê ist durch den gegen den IS geführten Kampf zu einem Symbol geworden. Die Türkei würde gerne ganz Kobanê besetzen. Zu diesem Zweck zielt sie von Zeit zu Zeit auf herausragende Personen, um die Öffentlichkeit an die Angriffe zu gewöhnen und einen großen Reflex bei noch größeren Angriffen zu vermeiden.



In den türkisch besetzten Städten Girê Spî und Silûk gehen die Menschen gegen die Einführung türkischer Währung, die steigenden Brotpreise und die Repression auf die Straße. Foto: anf

Zwischen dem Demokratischen Rat Syriens und Damaskus wurden die Verhandlungen zur Lösung der syrischen Krise wieder aufgenommen. Bei den militärischen Angriffen gegen die Türkei gab es erneut einen Kompromiss. Warum hörten diese Gespräche auf? Wie geht das Regime mit den Kräften der Demokratischen Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens und der demokratischen Lösung der Syrienkrise um?

Das Regime ist nicht offen für den Dialog. Sowohl bei den Gesprächen in Genf als auch bei sonstigen Initiativen ist das Regime nicht bereit für Dialog und Wandel. Es hat kein positives Verhältnis gegenüber der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens. Beispielsweise propagieren das Regime und seine Medien in Bezug auf das Caesar-Gesetz *[Sanktionspaket der USA gegen das syrische Regime seit Mitte Juni 2020]*, es wäre die Initiative von KurdInnen, der demokratischen Selbstverwaltung oder der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD). Auf diese Art wird eine schwarze Propaganda betrieben. Obwohl das syrische Regime selbst Teil des ökonomischen Würgegriffs beziehungsweise des Embargos ist.

Als das Regime von dem Caesar-Gesetz erfuhr, legte es sofort medizinische Fabriken still. Es verhinderte die Ausfuhr von Medizin in die Gebiete der Autonomieverwaltung. Es stoppte den Handel von Nahrungsmitteln innerhalb Syriens. Vor allem wurde der Handel mit dem Norden und dem Osten Syriens blockiert, also den überwiegend von KurdInnen bewohnten Gebieten des Landes. Das Regime möchte sogar den Eindruck erwecken, KurdInnen hätten den Verkauf von Weizen an das Regime verboten, um mit anderen Handel zu betreiben oder für sich selbst zu unterschlagen.

Wir finden diese Herangehensweise nicht richtig. In der Realität macht es das Regime selbst. Noch nie äußerte die Selbstverwaltung, sie würde keinen Weizen in die Gebiete des Regimes liefern. Ganz im Gegenteil: Auch wir sind gegen das Caesar-Gesetz und gegen alles, was den Völkern Syriens und der Gesellschaft schadet. Doch das Vorhaben des Regimes, den Caesar-Act ausschließlich den KurdInnen und der demokratischen Selbstverwaltung zuzuschreiben, ist nichts als der Versuch, seiner eigenen Verantwortung zu entgehen.

Das Regime schreckt davor zurück, einen Wandel anzustoßen, Schritte zu unternehmen und die Umstände, die seitens der USA das Caesar-Gesetz legitimieren sollen, aufzuheben. Im Grunde tut sie genau das Gegenteil. Der Ansatz verschärft das Embargo und spielt mit dem Brot des Volkes. Aus diesem Grund muss die Wahrheit gesehen werden, wie sie ist.

Wie bewerten Sie die Tatsache, dass das Regime für den Dialog mit der demokratischen Selbstverwaltung nicht offen ist, aber gleichzeitig Kontakt mit der Türkei pflegt, die Syrien aufteilen möchte und aktuell sogar einen Teil Syriens besetzt hält?

Die Beziehung laufen vor allem auf Geheimdienstebene. Beide Staaten haben also Beziehungen aufgrund ihres Wunsches, mit dem Prinzip des zentralistischen Nationalstaates fortzubestehen. Das Regime möchte keine Demokratisierung Syriens, es ist gegen einen demokratischen Wandel und wehrt sich dagegen. Auch wenn das Regime alles sieht, was die Türkei in Syrien macht, ist es dennoch bereit, jede Art von Beziehung zur Türkei zu vertiefen, um eine demokratische Entwicklung der KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen, TurkmenInnen, DrusInnen und sogar AlawitInnen zu verhindern.

Sie führten als Beispiel das Caesar-Gesetz an. Welchen Einfluss hat es bis jetzt in Syrien und in den Gebieten der demokratischen Selbstverwaltung?

Wenn Sie die Artikel des Caesar-Gesetzes lesen, sehen Sie in jedem Artikel, dass das Regime umzingelt ist. Der Punkt, an dem die Gesellschaft leidet, ist der Wertverlust des syrischen Geldes. Die Abwertung der syrischen Währung gegenüber dem Dollar ist ein ernstes Problem, weil das tägliche Einkommen der Menschen niedrig ist, die Kosten für Grundbedürfnisse dagegen sehr hoch.

Wir hoffen, dass es in Syrien bald einen politischen Wandel geben wird, ein demokratisches System eingerichtet wird und dieses Embargo aufgehoben wird. Mögen die syrischen Völker und Syrien gemeinsam gewinnen. An dieser Stelle fordern wir das Regime zum verantwortungsbewussten Handeln auf.

Es ist bekannt, dass die demokratischen Kräfte und die Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien das Angebot der USA ablehnen, irakische Dinar, türkische Lira oder Dollar anstelle von syrischem Geld zu verwenden. Wie ist die wirtschaftliche Situation in den Gebieten der demokratischen autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens im Moment?

Es gibt heute eine tiefe Krise. Sie betrifft nicht nur Syrien, sondern die ganze Welt. Aus diesem Grund ist es ein wichtiges und lebenswichtiges Thema, wirtschaftliche Bedürfnisse und den Nahrungsmittelbedarf der Gesellschaft zu decken. Ob wir es wollen oder nicht, die Menschen in der Region können den Dollar verwenden, um ihre Wirtschaft am Leben zu erhalten. Die Wirtschaft der demokratischen autonomen Verwaltung

basiert auf syrischem Geld. Doch wir leben unter Kriegsbedingungen.

Es gibt jeden Tag Angriffe auf unsere Gebiete und neue Besatzungsvorbereitungen. Wir müssen die Kriegswirtschaft stärker organisieren und suchen diesbezüglich nach Wegen. Andererseits sah der türkische Staat das Caesar-Gesetz sofort als Chance für sich. So wie er versucht, die Gebiete, die er besetzt und in denen er sich aufhält, mit vielen Institutionen an sich zu binden, versucht er, die Gebiete wirtschaftlich mit türkischem Geld einzubinden, indem er es in diesen Gebieten obligatorisch macht. In diesem Sinne verwandelt er die Gebiete in eine Wirtschaftskolonie.

Im Mai begannen Dialoge und Verhandlungen zwischen ENKS und PYD mit dem Ansatz der »nationalen Einheit«. Unter der Teilnahme von 25 Parteien und Organisationen ist der Zusammenschluss »Parteien der geeinten Nation Kurdistan« (PYNK) gegründet worden, der nun weitere Aktivitäten entwickelt. Wie ist der aktuelle Stand dieser Gespräche?

Als dieser Dialog begann, wurde er entwickelt, um die demokratische Selbstverwaltung um andere Völker zu erweitern und daran teilhaben zu lassen. Doch es geht schleppend voran. Es ist im Interesse beider Seiten, ein Bündnis zu schließen und Ergebnisse zu erzielen. Das ist eine gute Sache. In der vor uns liegenden Phase werden alle Völker an den Gesprächen teilnehmen. Allerdings versuchten einige, diese Gespräche auszunutzen.

Einige von ihnen versuchten, den Eindruck zu erwecken, dass die Verwaltung zu 40 Prozent aus den einen Kurden[1], 40 Prozent aus anderen Kurden und die restlichen 20 Prozent aus arabischen und anderen Völkern bestehen wird. Das ist nicht wahr. Es wurde also gesagt, dass die Kurden die Verwaltung unter sich aufteilen und die anderen Völker ausschließen. Jetzt, besonders bei diesen Gesprächen, sind Aussagen wie »die Kurden nehmen das ganze Öl für sich. Wo seid ihr, Araber, wacht auf« als Versuch zu werten, Zwietracht zwischen den Völkern zu säen.

Das Öl gehört nicht den KurdInnen, sondern der demokratischen autonomen Verwaltung und die Ölquellen werden von der Verwaltung betrieben. Darüber hinaus gehört die demokratische Selbstverwaltung nicht den KurdInnen, sie ist die gemeinsame Vertretung der AraberInnen, SyrerInnen, TurkmenInnen, KurdInnen etc. Daher werden die Öleinnahmen nicht nur für die KurdInnen, sondern für alle Menschen in der Region verwendet.

Doch wie oben erwähnt, wird durch die Türkei und den Geheimdienst des Regimes Antipropaganda betrieben. Damit wird versucht, ein aus allen Völkern bestehendes Bündnis zu verhindern.

Bisher gab es in keinem Bereich Ergebnisse bei den Dialogen in Syrien. Es ist das erste Mal, dass sich ein solcher Dialog auf syrischem Territorium entwickelt. Und in diesem Dialog werden die entgegengesetzten kurdischen Kräfte und die verschiedenen Völker zusammenfinden und zu einem Ergebnis kommen. Und das wird im Sinne aller syrischen Völker sein. Es wird ein ganz Syrien umfassendes Bündnis sein. Ob das Regime und die Türkei es wollen oder nicht, wir bestehen darauf, die Gespräche zu einem Ende zu bringen und ein Bündnis in ganz Syrien zu schließen.

Es ist uns bekannt, dass das Regime Antipropaganda betreibt, indem es sagt »Die Kurden wollen den ganzen syrischen Norden und Osten regieren und arabische und andere Völker dabei ausschließen« und als Gesprächspartner am liebsten Kurden hätte, statt die demokratische Selbstverwaltung. Was können Sie dazu sagen? Welchen Ansatz hatte das Regime in den Gesprächen?

Es stimmt, das Regime wollte die Gespräche immer »mit den Kurden« führen. Es befasst sich nicht mit der kurdischen Frage als ein großes Thema und der Tatsache, dass KurdInnen Rechte entsagt werden. Es gesteht KurdInnen das Recht zur Selbstverwaltung nicht zu. Nach dem Ansatz des Regimes sind die Rechte der KurdInnen auf ihre Sprachen beschränkt. Die Annäherung besteht darin, dass es die Sprache in einem Verfassungsartikel als Unterricht in Schulen anerkennen wird. Ansonsten gibt es keine Anerkennung von Rechten.

Es akzeptiert nicht einmal die Gründung einer kurdischen Partei. Es argumentiert, dass es nach syrischer Verfassung keine ethnischen oder religiösen Parteien geben darf. Doch die Baath-Partei basiert ausschließlich auf Ethnie. Aber sie bekommt nicht zu hören, dass sie nicht existieren darf, weil sie eine auf Ethnie basierende Partei ist. Doch genau das geschieht, wenn eine kurdische Partei gegründet werden soll.

Das syrische Regime erkennt keine regionalen Verwaltungen an. Bis heute ist der Name des Staates »Arabische Syrische Republik«. Das ist im Grunde die Leugnung anderer Völker. Alle Menschen, die nicht syrisch oder arabisch sind werden damit unterdrückt. Wenn du einen Staat als »islamisch« bezeichnest,

1 Bei plakativen Ausdrücken wie z. B. »die Kurden wollen das ganze Öl«, wurde auf Gendern verzichtet.

dann schließt du damit ChristInnen und ÊzîdInnen aus. Bezeichnest du den Staat als »arabische« Republik, leugnest du damit andere Völker und Kulturen.

Sie sagen uns Dinge wie »Ihr habt in eurer Geschichte viele Qualen und Unterdrückung erlebt. Euer Anliegen ist legitim, wir werden das Problem lösen«. Doch Floskeln sind keine Lösungen. Im Gegenteil, sie sind der Ansatz einer anderen Form der Leugnung und Marginalisierung. Sie sind nicht offen gegenüber anderen Kulturen.

Beispielsweise sollen KurdInnen, die kein arabisch können, die Baath-Partei auf Kurdisch verstehen, ihre Hymne auf Kurdisch singen. Das ist der Ansatz. Genau wie die Türkei mit der Eröffnung des kurdischsprachigen Staatssenders TRT 6 KurdInnen die eigene Ideologie aufzwingen will und damit die eigentliche kurdische Presse zu liquidieren versuchte, geht auch das Regime die Sache an.

Und weiter heißt es »Ihr habt Unrecht erfahren, Euer Kampf ist gerecht«, dabei wird suggeriert, als hätten KurdInnen einzig in der Türkei Unrecht erfahren. Es sieht sich selbst nicht als Teil des Problems. Ohnehin sagte Assad in einem Interview, dass Türken Kurden unterdrückten und Kurden von außerhalb nach Syrien kamen. Das ist der eindeutige Ansatz des Regimes gegenüber KurdInnen.

Zum Schluss würde ich gerne noch sagen: Genauso wie das Regime keine Demokratisierung und die Einheit der Völker zulässt, zielt die Türkei mit ihren Besatzungsangriffen auf alle Völker Syriens. Das Ziel beschränkt sich nicht ausschließlich auf KurdInnen. Die Türkei möchte durch unterschiedliche Formen der Besatzung zu den Grenzen des Osmanischen Reiches zurückkehren, vom Irak bis nach Syrien, von Libyen bis nach Ägypten. Mit dieser Erkenntnis müssen die Völker Syriens, vor allem in unseren Gebieten, weiter zusammenrücken und sich stärken. ♦



Govend vor dem Parlament in Dêrik im Nordosten Syriens. Foto: anf

Demokratische Architektur oder Stadtplanung in der demokratischen Moderne

Entwicklung der Gesellschaften und die Gestaltung neuen Lebensraums

Dîrok Hêvî

»Die Stadt des Kolonialherren ist eine stabile Stadt, ganz aus Stein und Eisen, eine erleuchtete, asphaltierte Stadt, in der die Mülleimer von unbekannten, nie gesehenen, erträumten Resten überquellen, eine gemästete, faule Stadt. Ihr Bauch ist voll von guten Dingen. Die Stadt des Kolonisierten, das Negerdorf, die Medina, das Reservat ist ein Ort von schlechtem Ruf, bevölkert von Menschen mit schlechtem Ruf. Es ist eine niedergekauerte, hingelümmelte Stadt. Der Blick des Kolonisierten ist der Blick geilen Neides, der Besitzerträume. Aller Arten von Besitz: Sich an den Tisch des Kolonialherren setzen, in seinem Bett schlafen, wenn möglich mit seiner Frau. Der Kolonisierte ist ein Neider. Der Kolonialherr weiß das genau. Wenn er jenen Blick überrascht, stellt er mit Bitterkeit fest: Sie wollen unseren Platz einnehmen.« (aus: Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde).

Wie hunderte kleine Spinnennetze wirken die Kabelansammlungen, die sich über mir zwischen den Häuserwänden der engen Gassen auftun. Mein Blick fällt auf die unverputzten Häuserwände, die halbfertigen Bauten, die man weder Haus noch Ruine nennen kann. Sie sind für mich der Inbegriff des Lebens in Rojava. Dieses Lebens im Übergang zwischen Altem und Neuem. Geprägt von Krieg, Embargo und Vertreibung. Teils in Eile zusammengezimmert, um ein Dach über dem Kopf zu schaffen, stehen in vielen Straßen diese Halbbauten, oft errichtet ohne Plan, einfach dort wo gerade Platz war. Während eine Etage noch immer nur aus Decke und Boden besteht, geht in einer fertig gestellten Wohnung im Stockwerk darüber das Leben seinen Gang.

Oft habe ich in den letzten Wochen über das oben erwähnte Zitat nachgedacht, während ich durch die Straßen von Qamişlo geschlendert bin. Darüber, welche Aktualität diese Worte Fanons auch heute noch besitzen. Während ich auf den Müll blicke, der sich in manchen Ecken sammelt, flimmert auf dem Bildschirm eines Fernsehers in einem Eckladen die blank polierte Glasfassade eines dubaischen Hochhauses über die Mattscheibe. Die glatten, frisch asphaltierten Straßen im TV betrachte ich eindringlich, während ich mich frage, wie viele Schlaglöcher allein die kleine Gasse hinter mir in ihrem Straßenbelag birgt.

Ich habe mich bei dem Gedanken und dem Wunsch ertappt, dass doch Rojava auch so sauber und blitzblank wäre. Mit den Glasfassaden einer modernen Stadt. So wie diese Städte im Fernsehen, halt nur demokratisch und frei. Je länger ich jedoch darüber nachdenke, umso mehr wird mir die Einfältigkeit dieses Gedankens bewusst, einfach nur eine Kopie des Westens aufzubauen, statt etwas auf der Basis der lokalen, historischen Gegebenheit zu erschaffen. Umso mehr begreife ich, wie allumfassend doch die Hegemonie dieses Systems ist und welche Bedeutung es hat, eine Alternative für alle Lebensbereiche zu entwickeln und voranzutreiben.

Die Rolle von Stadtplanung und Architektur im hegemonialen System

Während wir uns dessen oft gar nicht bewusst sind, übt das System mit seiner Art und Weise die Stadt zu gestalten einen immensen Einfluss auf uns aus (besonders in den Ländern des globalen Nordens – dem Raum, in dem die Mehrheit der Bevölkerung in Städten lebt, Tendenz noch immer steigend). Sehen wir uns zum Beispiel den Aufbau einiger Städte an, können wir ganz deutlich erkennen, dass Stadtplanung und Architektur einen starken ideologischen Unterbau enthalten. Betrachten wir etwa Paris oder Karlsruhe, wo die gesamte Stadt bzw. alle wichtigen Straßen wie Sonnenstrahlen auf den Palast ausgerichtet sind. Oder die oftmals breiten Straßen in deutschen Städten, die aus der Erfahrung der Barrikadenkämpfe der 1848er Revolution auf diese Weise gebaut wurden. Städte, in denen die Viertel der Reichen auf der anderen Flussseite gebaut wurden und so, dass sie in günstigerer Windrichtung als die Elendsviertel um die neu errichteten Fabriken standen.



Das Frauendorf Jinwar in Rojava. Foto: jinwar

Schon vor etwa 5.000 Jahren gab es oftmals riesige Bauten, die den Menschen Demut und Respekt einflößen sollten und wie etwa die Pyramiden die Größe des jeweiligen Herrschers symbolisierten. Ähnliches finden wir auch später in der Architektur faschistischer Diktaturen. In der heutigen Zeit ist die »Sicherheitsarchitektur« ein wichtiger Begriff geworden. Wie kann »Sicherheit« in die Architektur eingearbeitet werden, ohne dass es auffällt? Wie kann mit Hilfe der Architektur ein Ziel auf verdeckte Weise erreicht werden? Zum Beispiel durch riesige Betonblumenkübel vor zentralen Gebäuden, die dieses vor Autobomben schützen sollen. Oder durch die »Sicherheit«, die sich gegen Arme und Obdachlose richtet, um sie mit »unauffälligem Zwang« zu vertreiben: von Sprinkleranlagen, die für ein paar Minuten mitten in der Nacht angehen, damit niemand an diesen Orten schläft, über wellenförmige Sitzbänke oder solche ohne Lehne, um ein längeres Verweilen oder Schlafen ungemütlich zu machen. Durch Straßen, die neu gezogen werden, um eine »Grenze« zwischen dem Viertel der Reichen und dem der Armen zu ziehen.

Wenn wir nun also davon sprechen, dass der Architektur und der Stadtplanung eine Ideologie zu Grunde liegt, wie kann dann auf der Grundlage des Paradigmas der demokratischen Moderne – also auf der Basis von Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung – Stadtplanung und Architektur aussehen?

Sicherlich können wir mit Jinwar ein konkretes Beispiel nennen, in dem auf der Grundlage dieser Ideen ein Dorf von Frauen für Frauen errichtet wurde. Was kann dies jedoch konkret für die Stadt bedeuten? Grundsätzlich müssen wir natürlich sagen, dass Stadt nicht gleich Stadt ist; und nicht umsonst spricht Rêber Apo[1] bei Städten mit mehr als einer Million EinwohnerInnen von einer Abweichung. Wir müssen verstehen, dass unter gewissen architektonischen Bedingungen z. B. Demokratie unmöglich gemacht bzw. negiert wird. Wie sollen die BewohnerInnen eines Tausend Meter hohen Wolkenkratzers gemeinsam, demokratisch eine Entscheidung treffen? Wie soll sich zwischen ihnen überhaupt eine nachbarschaftliche Beziehung entwickeln? Etwas, das in einem ein- oder zweistöckigen Haus gar keine Schwierigkeit darstellt. Gleichzeitig wissen wir, dass das Dorf ohne die Stadt, nicht aber die Stadt ohne das Dorf überleben kann. Trotzdem nimmt der Bevölkerungsanteil in den Städten weltweit Tag für Tag zu – eine Entwicklung die wir beobachten können, seit Enkidu[2] seine Wälder verließ und sich in Richtung Stadt aufmachte. Die Stadt als Sinnbild der Moderne. Deswegen wäre im Grunde genommen der wichtigste oder grundlegendste Beitrag zu demokratischer Architektur für Städte, eine Welle der Abwanderung in die Dörfer zu stärken.

Demokratische Architektur muss gleichzeitig ökologisch sein

Nun aber zu unserer eigentlichen Frage. Es gibt hinsichtlich demokratischer Architektur unterschiedlichste Punkte zu bedenken, deren folgende Aufzählung nur einen unvollständigen Einblick geben wird und daher für Ergänzungen viel Platz

1 Rêber Apo ist ein allgemein gebräuchlicher Name für Abdullah Öcalan. Rêber – Kurmancî für rê – der Weg und ber – in Richtung/vor. Rêber bedeutet Wegweiser oder wörtlich »jemand, der den Weg findet und aufzeigt«.

2 Figur aus dem Gilgamesch-Epos, Begleiter des Gilgamesch. Enkidu verkörpert die Entfremdung von der Natur durch das Annehmen der Zivilisation.

bietet. Ein oben schon anklingender Aspekt ist die Höhe der Häuser, die z.B. hier in Rojava bzw. in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien auf meist vier Stockwerke begrenzt wurde. Denn auf diese Weise können NachbarInnen immer noch miteinander Kontakt haben und Nachbarschaftstreffen organisiert werden, um etwa die Probleme in einem Haus zu besprechen. Ein weiterer Punkt – und hier denke ich, ist es wichtig den Zusammenhang von Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung zu begreifen – ist die ökologische Bauweise der Häuser, die ebenfalls ihren Beitrag zu einer demokratischen Architektur leistet. Eine Architektur, die demokratisch aber nicht ökologisch ist, kann es nicht geben. Denn politisch-moralisch verstehen wir die Gesellschaft als eine, die sich selbst als Teil der Natur begreift. Die Betrachtungsweise, wie sie etwa in den Arbeiten von Roger und Francis Bacon mit der Trennung von Subjekt und Objekt entwickelt wurde, mit der der Mensch sich selbst als Subjekt und die Natur als Objekt begreift, teilen wir nicht; sie ist heute eine Grundlage der kapitalistischen Moderne. Besonders hier in Rojava haben wir gute Voraussetzungen für eine ökologische Architektur, gibt es doch in dieser Hinsicht reichhaltige Erfahrung mit der Lehmbauweise. Noch immer findet man besonders außerhalb der etwas größeren Städte in vielen Teilen der Region Lehmhäuser. Nicht nur, dass sie in der Herstellung erheblich günstiger sind, sie besitzen auch aus ihrem Einklang mit der Umgebung und ihren natürlichen Eigenschaften heraus den Vorteil, im Winter warm und im Sommer kühl zu sein. Desweiteren können wir sagen, dass es wichtig ist, wie wir etwa am Beispiel Cubas sehen können, innerhalb der Stadt Gärten anzulegen und auch die Dächer zu bepflanzen. Dies trägt nicht nur dazu bei die Temperatur in der Stadt zu senken und die Sauerstoffanreicherung der Luft zu verbessern, sondern auch dazu, die Gemüse- und Obstversorgung innerhalb der Stadt lokaler und kommunaler zu organisieren. Die Gärten können in jedem Viertel von dessen BewohnerInnen angebaut und gepflegt werden, und dann kann die Verteilung der Ernte nach Bedürfnissen erfolgen. Hierbei sollte versucht werden, besonders in Regionen wie z. B. in Rojava, die unter Wassermangel bzw. einer Wasserblockade durch den faschistischen türkischen Staat leiden, von Anfang an die Wasserversorgung so sparsam wie möglich zu gestalten (z. B. Tröpfchenbewässerung); und jedeR sollte ihre und seine Rolle in der kommunalen Wassersparsamkeit begreifen.

Ein anderer zentraler Punkt für die demokratische Architektur und Stadtplanung muss die Schaffung von Orten des Zusammenkommens sein. Etwa Orte wie ein Amphitheater, wo diskutiert werden kann (z. B. wie in Dêrik), Volkshäuser, Kommunen, aber vor allem auch Orte für Kinder, Jugendliche und Frauen. Hier können wir z. B. an Parks, Spielplätze, Jugendzentren, Frauenhäuser und so weiter denken. Orte, die dem Austausch dienen. Orte, in denen die Gesellschaft zusammenkommt und gemeinsam etwas unternimmt. Ebenso Orte der Bildung, die geschaffen werden müssen, um die Moral der Gesellschaft noch mehr zu entwickeln, wie etwa Bibliotheken, Zentren für Kunst und Kultur, Theater etc.

Demokratische Architektur im Angesicht eines Vernichtungskrieges

Wir diskutieren dieses Thema freilich nicht in einem luftleeren Raum. Es ist für uns nicht nur eine theoretische Abhandlung, sondern eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Gesellschaft und ihrem Lebensraum hier in Rojava. Denn nach dem Umsturz folgt der Aufbau. Doch es ist kein Aufbau, der völlig ungestört vonstatten geht. Er ist immer der Gefahr unterlegen, dass alles Geschaffene im nächsten Augenblick dem Erdboden gleichgemacht werden könnte, teilweise sogar wird. Was für uns hier in Rojava jedoch nicht bedeutet, diese Arbeiten nicht zu machen oder nicht mit vollem Elan und voller Kraft anzugehen. Doch ein Aspekt, der in diesem Rahmen genannt werden muss, der uns vielleicht im ersten Moment nicht unbedingt in den Sinn kommen würde, ist die Selbstverteidigung. Rêber Apo nennt als eine der acht Dimensionen der demokratischen Autonomie die Selbstverteidigung als wichtige Säule. Die Demokratie, die demokratische Gesellschaft ist eine sich verteidigende Gesellschaft. Wie also kommt dieser Aspekt bezogen auf unser hier diskutiertes Thema zum Ausdruck? Für uns bedeutet dies in der Realität Rojavas, dessen Landschaft großteils aus Ebenen besteht, z. B. den Bau von Tunneln, unterirdischen bunkerähnlichen Räumen, aber generell auch bei der Stadtplanung viel mehr den Aspekt der Verteidigung gegen Luftangriffe, Drohnen etc. in Betracht zu ziehen. In seinen Analysen hat Rêber Apo deutlich aufgezeigt, dass der Krieg in dieser Region noch lange dauern wird. Dies kann für uns je nach Vorbereitung und Intervention in der jeweiligen Phase große Verluste oder Erfolge mit sich bringen. Die Erfolge jedoch müssen unbedingt gesichert werden. Weil wir wissen, dass Kurdistan auch in Zukunft immer ein Ziel von Angriffen hegemonialer Mächte sein wird, auf der anderen Seite jedoch besonders mit der Revolution in Rojava auch ein Symbol, ein Ort der Hoffnung für die Unterdrückten dieser Erde wurde, müssen wir seinen beispielhaften Charakter mit all seinen Seiten aufzeigen. Diesbezüglich können besonders die von Rêber Apo in der dritten Verteidigungsschrift[3] gemachten Analysen uns noch einmal Klarheit verschaffen. Wir müssen erkennen, dass die Selbstverteidigung in all ihren Facetten untrennbar mit der Demokratie zusammenhängt, noch mehr als mit allem anderen. Sonst werden wir es nicht schaffen, eine wirklich politisch-moralische Lösung für die Gesellschaft zu schaffen. ♦

3 Abdullah Öcalan, Gefängnisschriften, Soziologie der Freiheit, Manifest der demokratischen Zivilisation, Band III

Ein Einblick in die Geschichte Südkurdistans und der PDK

Die PDK – Handlanger der Türkei

Ismet Kayan

Wir blicken auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg im Mittleren Osten. Die Haltung der Sowjetunion gegenüber dem kurdischen Widerstand war durchaus negativ gestimmt. Die Sowjets orientierten sich am Status quo. Der irakische General Abdulkarim Kasim, der ab 1958 durch einen Putsch im Irak regierte, wurde im Kampf gegen die Kurd*innen durch die Sowjetunion unterstützt. Sie rüsteten die irakische Armee mit zahlreichen Waffen aus. Diese Unterstützung nahm nach den beiden Putschversuchen der Baathisten im Jahre 1963 und 1968 weiter zu. Die Sowjetunion unterzeichnete ein strategisches, wirtschaftliches, politisches und militärisches Kooperationsabkommen mit dem irakischen Baath-Regime. Die von den Sowjets unterstützte Kommunistische Partei des Irak sah den kurdischen Widerstand als Verrat an der Weltrevolution an. Die Sowjets kämpften somit an der Seite der Baathisten gegen die Kurd*innen. Gefallene kurdische Kämpfer wurden als »Konterrevolutionäre« an Autos angebunden und durch die Straßen geschleift. Diese chauvinistische und aggressive Haltung der Kommunistischen Partei des Irak spielte jedoch Barzanîs Demokratischer Partei Kurdistans (PDK) in die Hände. Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan bewertete diesen Prozess mit den Worten: »Die eine Seite des Gehirns des kurdischen Volkes wird durch Barzanî und die andere Seite durch irakische Kommunisten zum Faulen gebracht.«

Der Irak lehnte sich an die UdSSR an. Die PDK bot sich in dieser Zeit anderen ausländischen Mächten an. Barzanî war bereits mit den USA verbunden. Der Schah des Iran und die CIA halfen der PDK, schickten Berater, Waffen, jedoch ohne nennenswerte Erfolge gegen die Baathisten. Im PDK-Hauptquartier befanden sich stets Mitglieder des türkischen Geheimdienstes MIT, des iranischen SAVAK und der amerikanischen CIA. Barzanî erklärte diese Situation mit den Worten: »Der Feind der Araber war mein Freund.« Barzanîs Sicht auf den türkischen Staat hatte sich im Zuge dieser Kooperation ebenfalls geändert. »Der türkische Staat ist uns freundlich gesinnt. Wer auch immer gegen die Türkei steht, steht auch gegen uns«, sagte Barzanî einst.

Kurdistan wurde durch die PDK so zum Handlanger der Türkei und des Iran. Diese Beziehungen waren vielfältig. Die Türkei und der Iran versuchten durch die Intervention in Südkurdistan mögliche Ausbrüche des kurdischen Widerstandes in Nord- als auch Westkurdistan zu verhindern.

Zur Zeit der Republik in Mahabad *[22. Januar bis zum 16. Dezember 1946]*, in welcher Mustafa Barzanî Verteidigungsminister war, gab es die ersten Berührungspunkte mit den USA. George V. Allen, der damalige US-Botschafter in Teheran, sagte einst: »Lasst ja nicht diesen Mann gehen, lasst ja nicht diesen Clan gehen.« Er beschrieb hiermit, dass sich der Barzanî-Clan den Interessen der Amerikaner anbieten würde. Und so kam es auch. In mehreren Briefen Mustafa Barzanîs an den damaligen Sicherheitsberater der USA, Henry Kissinger, schrieb dieser, dass die USA seine letzte Hoffnung sei und er die Unterstützungsversprechen der Amerikaner einfordere.

Die kurdische Frage wog schwer und der kurdische Widerstand war eine Bedrohung für den Status quo. Der anhaltende Widerstand in Südkurdistan kam weder den Regimen in Bagdad, Ankara und Teheran noch den USA oder der Sowjetunion zugute. Am 6. März 1975 kamen der Schah des Iran und Saddam Hussein, der Mann hinter den Kulissen der Regierung von Bagdad, zusammen und sie besiegelten ein Abkommen über den Kampf gegen die Kurd*innen. Demnach sollten die Peschmerga, die aus dem ostkurdischen Gebiet heraus operierten, entwaffnet, des Landes verwiesen und ihre Einreise in das südkurdische Gebiet auf bis zu 10 Jahren verhindert werden.

So bat der Schah des Iran den PDK-Führer Barzanî, seine Bewegung aufzulösen, indem er sagte: »Wir haben unsere Beziehungen zum Irak aufgebaut. Von nun an ist es uns nicht mehr möglich, die kurdische Bewegung zu unterstützen.« Die PDK unter Barzanî akzeptierte dies ohne weitere Einwände.

Die PDK-Regierung hatte der Öffentlichkeit zwei mögliche Optionen vorgestellt: Sie wird sich entweder Saddam ergeben oder ins Exil gehen. Die PDK hatte sich jedoch bereits für die zweite Option entschieden. Für einige Peschmerga war dieser

Vorstoß Verrat und begingen in Folge dessen Selbstmord. Obwohl Barzanî Zehntausende von Peschmerga, Millionen von Dollar und Hunderttausende Waffen besaß, liquidierte er die Bewegung eigenhändig, nur weil der iranische Schah darum gebeten hatte.

Ganz nach amerikanischer Tradition wurde Barzanî, der »Freund« der Amerikaner, nicht sofort fallengelassen. Sie brachten ihn in ihr Land und kümmerten sich um ihn. Er könnte ja eines Tages wieder nützlich werden. Am Vorabend seiner Niederlage gegen Saddam schrieb er Nixon, Kissinger und später dann Carter Briefe, dass »er wegen der Versprechen der Amerikaner und des Schahs von Persien in den Widerstand gezogen« sei. Mustafa Barzanî starb am 1. März 1979 in einem Krankenhaus in Washington, weit entfernt von seiner Heimat.

Kämpfe zwischen den Clans

Länder, die Kurdistan kolonisierten, schufen ständig neue Allianzen gegen die kurdische Gesellschaft. Die Politik sowohl der USA als auch Russlands und ihre Unterstützung für die Kolonialverwaltungen waren ein bestimmender Faktor im Kampf gegen die Kurd*innen. Das kollaborative Verhältnis kurdischer Organisationen zu den Außenmächten – mit der daraus resultierenden Politik und den inneren Konflikten, die die nationale Einheit untergruben – war jedoch immer die Hauptdeterminante für die Niederlagen in Kurdistan.

Das wichtigste Merkmal der in der PDK verankerten Politik war die Zusammenarbeit mit den hegemonialen Kräften. Dazu kamen die internen Konflikte, weil Parteipolitik und der eigene Machtausbau wichtiger war als das Gleichgewicht zwischen den jeweiligen Stämmen. Als Ergebnis dieser internen Konflikte war die Führung ständig gespalten und die Konflikte setzten sich fort. Dies schuf die Basis für ausländische Interventionen in innerkurdische Angelegenheiten. Ein weiteres Merkmal war, dass sie dieses kollaborative Modell ganz Kurdistan auferlegten und im Falle eines Konflikts mit anderen kurdischen Parteien sich nicht vor Intrigen und Morden scheuten. Der Geheimdienst des Iran und der Türkei übten ständig Einfluss auf die PDK aus.

Mustafa Barzanî stand beispielsweise der PDK-I, dem iranischen Ableger der PDK, und ihrem Führer Abdurrahman Qasimlo feindselig gegenüber. Tatsächlich war er es, der die PDK-I aufrieb und ihre politische Macht untergrub. Die PDK unter Barzanî versuchte den Widerstand in den anderen Teilen Kurdistans einzudämmen und das Potenzial in den südkurdischen Konflikt mit Saddam zu verlagern. So wurde im Jahr 1965 der Führer der PDK-T, dem Ableger der PDK in der Türkei, Faik Bucak, bei einem Komplott der PDK und der Türkei ermordet.

Nach der Niederlage von 1975 *[das oben erwähnte Treffen zwischen Iran und Irak unter der Führung Henry Kissingers am 6./7.3.1975 in Algerien, in dem Iran und Irak u. a. die gemeinsame Niederschlagung kurdischer Bestrebungen vereinbarten]* wurde unter der Führung von Celal Talabanî die YNK (Patriotische Union Kurdistans) gegründet. Im Jahre 1978 versuchte Talabanî, die der YNK unterstehende Peschmerga nach Behdînan zu schicken. Diese näherten sich der Grenze entlang von Şemzînan (Şemdinli), Gever (Yüksekova) und Çelê (Çukurca), als sie angegriffen wurden. Mindestens 600 Peschmerga wurden dort getötet. Der Angriffsbefehl kam von Sami Abdurrahman, einem der Führer der PDK.

Nach der Niederlage von 1975 in Südkurdistan fanden auch in Nordkurdistan wichtige Entwicklungen statt. Die soziale Spaltung führte zu einer neuen Klassenbildung innerhalb des türkischen Staates, welcher nun die politische Bühne Ankaras bestimmen sollte. Es bildeten sich mehrere kleinbürgerliche, kurdische Organisationen, die allesamt Unabhängigkeit forderten. Keine dieser Organisationen schaffte es jedoch, das kurdische Volk zu mobilisieren, oder überhaupt öffentlich wahrgenommen zu werden. Sie machten ihren Erfolg von der Situation in Südkurdistan abhängig.

Eine neue Ära in Nordkurdistan

Genau zu dieser Zeit begann in Nordkurdistan eine neue Periode. Eine neue Kraft, die sich als Volksbewegung definierte, entstand. Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sich 1973 als Gruppe organisierte, feierte 1978 ihre Gründung als Partei. Die PKK hatte von Anfang an ihre Haltung deutlich gezeigt; sie schuf eine starke Partei, die nationale Befreiungsfront, den bewaffneten und den politischen Kampf. Sie befürwortete den Sozialismus und organisierte sich in finanziell schwachen und studentischen Kreisen.

Im Gegensatz zur YNK/PDK schuf die PKK eine neue Linie, die Linie der Organisation der nationalen Unabhängigkeit. Dies war eine neue und historische Situation in Kurdistan, weshalb die Angriffe gegen die PKK auch massiv waren. Schon als die PKK sich noch als Gruppe organisierte, griffen der MIT und die PDK gemeinsam deren führende Kader an. Es gab darüber hinaus auch starke ideologisch-politische Angriffe der chauvinistischen Linken und primitiven Nationalisten.

Genau in dieser Zeit, im Januar 1979, brach das Schah-Regime im Iran zusammen und die Menschen in Ostkurdistan erhoben sich. Dies Entwicklung beunruhigte nicht nur die



Die Friedensmütter des Flüchtlingscamp Mexmûr haben im Juli/August 27 Tage vor dem PDK-Sicherheitskontrollpunkt gegen das seit über einem Jahr anhaltende Embargo mit einem Sitzstreik protestiert. Foto: anf

Türkei, sondern auch die USA, die daran interessiert waren, den sowjetischen Einfluss im Mittleren Osten in diesen unruhigen Zeiten einzudämmen.

Nach der Islamischen Revolution von 1979 im Iran waren die Beziehungen zwischen dem Iran und dem Irak angespannt. Es kam zu Zusammenstößen, sodass ein Krieg unvermeidlich schien. Der Irak wollte die Artikel des Algerien-Abkommens von 1975 zu seinen Gunsten ändern. Der Iran wollte seine islamische Revolution auf seinen Nachbarn übertragen. Und zwischen all dem stand die kurdische Frage.

Mesûd Barzanî wurde 1979 auf dem PDK-Kongress im Iran zum Parteiführer befördert. Tatsächlich kann man hier jedoch von keiner Wahl sprechen. Die PDK war und ist nämlich im Eigentum der Familie Barzanî. Der Iran wollte ebenfalls die Barzanîs an der Spitze der PDK sehen. Zu dieser Zeit stellte die PDK-I eine Bedrohung für das Khomeini-Regime dar. Als Khomeini erkannte, dass er den Kampf der kurdischen Gesellschaft nicht unterdrücken konnte, mobilisierte er die Barzanîs. Mesûd Barzanî und sein bewaffnetes Personal kämpften gegen die PDK-I Peschmergas in Ostkurdistan. Zusammen mit den Pasdaran – den iranischen Revolutionsgarden – tötete er Kurd*innen aus Rojhilat *[= Osten; Bezeichnung für Ost-Kurdistan, den iranischen Teil]*.

Der im September 1980 begonnene Irak-Iran-Krieg schuf ein Vakuum in Südkurdistan. Die Menschen waren bereit, sich zu bewaffnen und Widerstand zu leisten. Die führenden Kräfte waren jedoch nicht in der Lage, die Erwartungen der Menschen zu erfüllen und den Widerstand zu organisieren. Die Rivalität zwischen YNK und PDK wurde auch in Zeiten des Golfkrieges fortgesetzt. Sie fingen schließlich sogar an, sich mit Waffen zu bekämpfen.

Die irakische Regierung bildete zu dieser Zeit militärische Einheiten mit insgesamt 50.000 Kurd*innen in ihren Reihen, während die PDK interne Streitigkeiten und Bandentum schürte.

Grenzüberschreitende Operationen des türkischen Staates

Die türkische Armee organisierte 1983 den ersten militärischen Angriff gegen die PKK. Zu dieser Zeit wurde das Grenzsicherheits- und Kooperationsabkommen zwischen Ankara und Bagdad unterzeichnet. Mit der Vereinbarung ermächtigte Bagdad die türkische Armee zu Einsätzen innerhalb des eigenen Staatsgebietes. Im Rahmen des Abkommens erhielt die

türkische Armee die Befugnis 10 Kilometer innerhalb des Gebiets des Irak *[Südkurdistan]* zu operieren.

Der erste Angriff gegen die Guerillas der PKK auf der Basis dieses Abkommens erfolgte am 25. Mai 1983. Ungefähr 7.000 türkische Soldaten drangen ca. 5 Kilometer über die Grenze ins Landesinnere ein. Auf der anderen Seite griff auch die irakische Armee PKK-Lager im Süden an. Die türkischen Medien verkündeten, es würde eine Operation gegen »armenische Militante« durchgeführt. Laut der Zeitung Serxwebûn vom Juli 1993 wurden 14 kurdische Dorfbewohner getötet, als die türkische Armee zwei Dörfer bombardierte.

Im Oktober 1984 wurde die zweite Welle der Operationen gegen die PKK gestartet. Hierbei wurden wiederum PKK-Lager ins Visier genommen. Am 12. August 1986 wurde die dritte Operation durchgeführt. Bei der von PKK-Guerillas organisierten Aktion gegen die Gendarmeriestation Çelê wurden im selben Jahr 14 türkische Soldaten getötet. Türkische Kampfflugzeuge bombardierten drei Tage nach der Aktion zahlreiche PDK-Lager in Südkurdistan, 165 Peschmerga kamen ums Leben. Der türkische Staat hatte angekündigt die PDK zu bestrafen, da sie für die Aktionen der PKK mitverantwortlich sei.

Die vierte Operation wurde am 4. März 1987 durchgeführt. 30 türkische Kampfflugzeuge bombardierten am 4. März 1987 viele Gebiete Südkurdistans. Anstatt sich diesmal gegen die türkische Armee zu stellen, richtete die PDK sich erneut gegen die PKK. Zwischen 1988 und 1991 konnte die Türkei keine »grenzüberschreitenden Operationen« durchführen, da Bagdad ihr für diesen Zeitraum keine grenzüberschreitenden Operationen erlaubte.

Mitte der 1980er Jahre organisierte sich die PKK in den Regionen Behdînan und Botan neu. Die PDK war hier zunächst stark vertreten, doch die PKK konnte schnell die Kontrolle über diese Gebiete erlangen. Die Vorbereitungen der PKK auf den Guerillakrieg gegen die Türkei und die zunehmende Präsenz der Guerilla in Botan hatten die PDK, insbesondere jedoch auch den türkischen Staat, ernsthaft gestört.

Die türkische Armee wollte die PKK aus dem irakisch-türkischem Grenzgebiet vertreiben. Sie benutzte dafür die PDK. Die PDK hatte die Grenzregionen, die unter ihrer Kontrolle waren, geräumt und der türkischen Armee übergeben.

Die PKK griff am 15. August 1984 in den Bezirken Dih (Eruh) und Şemzînan Einheiten der türkischen Armee an und erklärte dem türkischen Regime offiziell den Krieg. Die PDK agierte erneut mit der Türkei zusammen. Die PDK drohte mit den Worten: »Wir werden es der PKK nicht ermöglichen, Operationen durchzuführen.«

Tatsächlich begannen fast alle Stammesführer der PDK, von der Türkei Waffen für den Kampf gegen die PKK zu nehmen und sich als Dorfschützer *[paramilitärische Verbände]* zu positionieren.

Der türkische Staat begann Ende 1984 mit der Umsetzung umfassender Maßnahmen gegen die PKK. Die Armee, die Dorfschützer, eine Art Amnestiegesetz, die Spezialeinheiten: das waren die institutionalisierten Formen dieser neuen Ausrichtung an Maßnahmen. Das waren die ersten Schritte eines schmutzigen Krieges gegen die Guerilla und das kurdische Volk. Der PDK kam von Seiten des türkischen Staates eine besondere Rolle zu.

Die PDK hatte die Arbeiten der PKK im Süden für illegal erklärt. Sie erließ sogar Haftbefehl gegen einige PKK-Kader und startete Angriffe auf Lager der Guerilla. Am 17. August 1985 ermordeten PDK-Mitglieder Hamit Avcı, einen der führenden und ältesten Kader der PKK, an der Grenze zwischen Şemzînan und Gever und übergaben seine Leiche der nächsten türkischen Polizeistation. Solche Aktivitäten nahmen im Laufe der Zeit zu. Viele PKK-Kämpfer oder Verwundete wurden dem türkischen Staat übergeben.

Als der Widerstand der PKK in Nordkurdistan Wurzeln schlug, trat die PDK stärker auf Seiten des türkischen Staates auf. Die PDK gab im April 1987 bekannt, dass sie ihre Vereinbarung mit der PKK in Damaskus vom Juli 1983, welche eine gegenseitige Solidarität begründen sollte, einseitig kündige. »Wir sehen die Türkei als Freund, wir brauchen die Türkei. Diejenigen, die sagen, sie sind Mitglieder der PKK, sind unsere Feinde.« Mesûd Barzanî erklärte der Guerilla den Krieg und sagte: »Es ist von nun an nicht mehr möglich, dass die PKK in den von uns kontrollierten Regionen existiert.« Barzanî zielte nun offen gegen die PKK und ihren Vorsitzenden Abdullah Öcalan.

Der Golfkrieg

Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte die Vereinigten Staaten und ihre militärische Allianz der NATO zum alleinigen Wortführer der Weltpolitik. Nationale Probleme flammten in der folgenden Zeit auf und viele Regionen der Welt, wie etwa der Balkan, der Kaukasus und Zentralasien wurden zu Kriegsgebieten. Der Mittlere Osten war eine der Regionen, in denen die neuen Pläne der USA umgesetzt werden sollten. Die Invasion der irakischen Armee in Kuwait am 2. August 1990 ermöglichte es den Vereinigten Staaten, in die Region direkt einzugreifen. Der durch die Entscheidung des Sicherheitsrates gegen den Irak eingeleitete Krieg endete mit der Niederlage Bagdads.

Schon zu Beginn des Golfkrieges war klar, dass Kurdistan sich ebenfalls zum Schlachtfeld entwickeln würde. Der türkische Staat, der aktiv an diesen Entwicklungen beteiligt war, wollte die PKK aufgrund der geschwächten Position Bagdads und im Kontext der kriegerischen Wirren des Golfkrieges vernichtend schlagen. Der Golfkrieg eröffnete jedoch auch neue Möglichkeiten. So wurde im Februar 1991 das Komitee zur Vorbereitung der nationalen Front als Ergebnis der Treffen zwischen Vertretern der PKK, der PDK, der YNK und der PDK-I gebildet. Dieser Schritt stärkte die Hoffnungen des kurdischen Volkes auf Einheit. Aber nicht jede Kraft kam ihrer Verantwortung nach.

Der Zerfallsprozess des irakischen Staates war der Grund für den Beginn des Aufstands (Raperîn) in Südkurdistan im März 1991. Jedoch waren weder PDK noch YNK an der Mobilisierung der Massen beteiligt. Erst nachdem der Aufstand begann Früchte zu tragen, betraten die PDK und YNK die Bühne und kamen von den Bergen herunter.

Der Aufstand nährte den Machthunger sowohl der PDK als auch der YNK, sodass sie schon bald aus der nationalen Front austraten und ihre eigenen Interessen verfolgten. Die USA schienen den kurdischen Aufstand zunächst zu unterstützen, jedoch ließen sie die Kurd*innen schon bald im Stich. Die Initiatoren des Krieges erlaubten es Saddam, sich zu sammeln und das kurdische Volk anzugreifen. Tatsächlich hatten die USA, Saudi-Arabien und der türkische Staat zu Beginn des Krieges eine Einigung erzielt, Saddam nicht zu stürzen, um den Irak nicht auseinanderbrechen zu lassen. Aufgrund der eigenen kurdischen Frage unterstütze der Iran ebenfalls die Wahrung der territorialen Integrität des Irak. Ziel war es also, Saddam zu schwächen und sich in der Region langfristig niederzulassen.

Die Kurd*innen, die vor der irakischen Armee flohen, suchten nun Zuflucht in der Türkei und im Iran. Die Stunde der Türkei war hiermit gekommen. Barzanîs neue Meister waren nicht mehr die USA und der Iran, sondern die USA und die Türkei. Der Einfluss des Iran auf Südkurdistan wurde fortan durch den der Türkei ersetzt.

Die Entwicklungen verliefen so, wie es sich die Türkei vorgestellt hatte. Die PDK und die YNK versuchten, sich in der folgenden Zeit mit Saddam zu arrangieren. Barzanî sagte in Bezug auf die Sanktionen gegen den Irak sogar: »Lasst uns in Ruhe. Wir werden Vereinbarungen mit Saddam treffen.« Selbst Saddam staunte über die Worte. Die irakische Regierung akzeptierte in Folge dessen die am 11. März 1970 erlassene Autonomie Kurdistans wieder.

Daraufhin wurde Südkurdistan mit Wirtschaftsforschern, Unternehmen und Militärexperten überschwemmt. Unter dem Vorwand des Schutzes der Kurd*innen wurde eine Sicherheitszone geschaffen.



Proteste in Europa gegen die Angriffe der PDK auf Şengal. »Nein zur Zusammenarbeit von AKP und PDK! Nein zu Barzanîs Verrat!«, heißt es auf dem Transparent.
Foto: anf

Das Regime in Bagdad sollte ihnen jedoch nichts überlassen. Saddams Taktik bestand darin, sich zu erholen und sich wieder mit den USA zu arrangieren. Die YNK und die PDK entfernten sich wieder vom Regime in Bagdad und machten eine Lösung der kurdischen Frage erneut vom Sturz Saddams abhängig. So suchten sie sich wieder neue Verbündete in der Region.

Als die Führer der PDK und der YNK Ankara zum ersten Mal besuchten, sprach die PKK eine gemäßigte Sprache. Die Führung der PKK warnte sie und forderte sie auf, vorsichtig zu sein, sich nicht von den türkischen Staatsvertretern betrügen zu lassen und ihnen nicht zu vertrauen. Die PDK und die YNK klammerten sich jedoch regelrecht an den türkischen Staat. Die Türkei war zum Schutzpatron der Südkurd*innen geworden. So begann die Politik »guter Kurde, schlechter Kurde«.

Der türkische Staat traf sich nicht nur mit Barzanî, sondern mit allen führenden Politikern der PDK in Silopiya (Silopi) und Amed (Diyarbakır). So kamen zum Beispiel JİTEM-Mitarbeiter *[Informeller Geheimdienst der Jandarma, paramilitärische Einheiten des Tiefen Staates in der Türkei]* mit Nêçîrvan Barzanî zusammen. Alle Gespräche und Verhandlungen hatten dasselbe Thema: die PKK.

1992: Der Weg in den Krieg in Südkurdistan

Das Jahr 1992 neigte sich dem Ende zu, der Winter rückte näher. Die Angriffe der PKK auf den türkischen Staat konnten seitens Ankaras nicht eingeschränkt oder gar gestoppt werden. Die Türkei musste definitiv Ergebnisse erzielen. Die politische und wirtschaftliche Belastung des Krieges brachte die Türkei zum Ersticken. Ankara wollte nun mit kurdischer Hilfe die Kurd*innen bezwingen. Dies war Barzanîs letzte Trumpfkarte. Die YNK- und PDK-Führung boten sich hierbei regelrecht an. Die Fäden waren nun vollständig in die Hände der Türkei übergegangen. Die Guerilla der PKK sollte entlang der Grenze zwischen Behdînan und Bradost umzingelt und liquidiert werden.

Der Plan war wie folgt: Während des Belagerungsprozesses dieser Region wird die Guerilla in einem monatelangen Konflikt festgehalten und zerrieben. Danach werden alternative kurdische Politiker auf die Bühne geladen. Im Anschluss daran wird erklärt, dass die kurdische Frage nicht durch den Ansatz der PKK gelöst werden kann. Die Ölfelder werden mithilfe von kurdischen Vasallen unter eigene Kontrolle gebracht. Die JİTEM-Morde gegen kurdische Aktivisten in Nordkurdistan, die Zerstörung der Dörfer und die Einleitung des Prozesses zur Schließung der HEP [*Arbeitspartei des Volkes; Gründung 1990*] waren die letzten Bemühungen des türkischen Staates.

Die PDK leerte die Dörfer an der Grenze

Türkische Offiziere und Geheimdienstmitarbeiter wurden in Massen in den Süden versetzt. Talabanî und Barzanî, die nach Washington gingen, waren mit einem Befehl zurückgekehrt. Der Angriff bedurfte jedoch nur noch einer Begründung. Sie wollten, dass die PKK »ihre« Region verlässt. Wie sie hierbei von »ihrer« Region reden konnten, lässt sich nicht mit Gründen belegen. Es handelt sich um Kurdistan. Während die YNK und die PDK die Region in den 70er Jahren verließen, widersetzte sich die PKK der Exilpolitik und blieb seit 1982 beständig in der Region.

Bevor der Angriff gestartet wurde, gingen der türkische Generalstabschef, Doğan Güreş, und der Generalkommandant der Gendarmerie, Eşref Bitlis, nach Botan und Colemêrg (Hakkari). Eşref Bitlis sagte noch vor dem Winter 1992, dass die PKK in Zentren wie Şemzînan, Şirnex (Şırnak), Qilaban (Uludere) und Çelê (Çukurca) angreifen würde. Der Zweck dieser Aussage war klar. Die Kräfte der PDK würden aus dem Süden heraus die PKK angreifen, die Guerilla würde versuchen, nach Norden zu gelangen und müsste hierbei die großen türkischen Militäreinheiten angreifen, die dort stationiert waren. Natürlich wäre es für die türkischen Armeeeinheiten, die vorbereitet warteten, kein großes Problem, die PKK militärisch zu bezwingen. So zumindest der Plan der Türkei. Die PDK traf sich persönlich mit Eşref Bitlis zur Planung des Angriffs. Es war kein Zufall, dass der Angriff kurz vor dem Winter begann und mit der Phase der Bildung einer kurdischen Nationalversammlung in Europa zusammenfiel.

Die türkische Armee lässt sich in Südkurdistan nieder

Tatsächlich hatte die türkische Armee seit Ende des Jahres 1991 neue Außenposten entlang der irakisch-türkischen Grenze errichtet. Nach dem Tod des türkischen Präsidenten Turgut Özal, welcher im Gegensatz zu seinen Vorgängern eine diplomatische Lösung der kurdischen Frage in Erwägung zog, hatte Ankara seine Politik gegenüber Südkurdistan drastisch verändert. Die Türkei hatte ihre taktischen Ansätze genau an ihre traditionelle Strategie der Verleugnung und Vernichtung der kurdischen Gesellschaft angepasst. Sie hatte es ebenfalls nicht versäumt, Beziehungen zu Saddam aufzubauen. Der türkische Staat, der das Gleichgewicht der PDK und YNK im südkurdischen Krieg von 1994–1997 zugunsten der PDK zu verändern versuchte, mobilisierte alle Mittel, um Barzanî mit Saddam zu

versöhnen und in Südkurdistan wieder die irakische Souveränität herzustellen.

Und so sollte es auch kommen. Saddam fiel mithilfe von Barzanî in Hewlêr ein und machte den Anspruch der PDK auf die größte Stadt in Südkurdistan deutlich, wohingegen die YNK aus der Stadt vertrieben wurde. Im Jahr 1994 hatte die türkische Armee dann eine Sicherheitszone im Süden der irakisch-türkischen Grenze eingerichtet. Der damalige türkische Außenminister Mümtaz Soysal sagte in dieser Zeit: »Dies sollte nicht als Besatzung wahrgenommen werden, denn es leben keine Menschen in diesen Bergen.«

Im Juli 1995 fand in Dublin unter der Schirmherrschaft der Türkei ein Gipfel statt, welcher die Zukunft Südkurdistan fortan bestimmen sollte. Nach dem Gipfel in Dublin lud Barzanî die türkische Armee offiziell nach Südkurdistan ein. Ein Vierteljahrhundert ist seither vergangen. Türkische Soldaten sind immer noch in Südkurdistan stationiert. Hunderte von türkischen Panzern, Tausende von Soldaten, der türkische Geheimdienst MIT und seine Agenten sind im Süden stationiert. Die türkische Militärpräsenz befindet sich in Amêdî (Amediye), Kanîmasî, Delaruk, Şeladizê und Bamernê, mit dem alten Flughafen aus der Zeit von Saddam Hussein, 60 km südlich von Qilaban. Zusätzlich zu diesen Militärposten setzen MIT-Agenten ihre Aktivitäten in Batîfa (Batufa) und Amêdî fort. Die türkische Armee, die Batîfa und Kanîmasî von Zaxo aus militärisch kontrolliert, hat vor Ort eine geheimdienstliche Infrastruktur gegründet.

Mesûd Barzanî sagte 2011 während eines Besuches in Ankara: »Die Sicherheit der Türkei ist mit der Sicherheit der Autonomen Region Kurdistan verbunden«. Er erklärte, dass der Aufenthalt der türkischen Truppen um weitere sechs Jahre verlängert werde. Laut dieser Vereinbarung sollte das türkische Militär nur bis 2017 in Südkurdistan bleiben. Als der »Islamische Staat« (IS) dann die Gebiete Südkurdistans überfiel und das kurdische Parlament in Hewlêr die türkische Präsenz wegen der offensichtlichen Unterstützung des IS durch die Türkei kritisierte und ihre Ausweisung forderte, wurde die Umsetzung der Forderung von der PDK verhindert.

Die Zukunft der türkischen Stützpunkte in Südkurdistan wurde in dem Treffen zwischen dem damaligen Premierminister Ahmet Davutoğlu und Barzanî während seines Besuchs in Hewlêr in den letzten Monaten des Jahres 2014 erörtert. Hier bestand der Konsens, die Militärbasen zu modernisieren und die Peschmerga durch die türkische Armee ausbilden zu lassen. Die Zeitung Cumhuriyet schrieb, dass der Vorschlag, die Peschmerga durch die türkische Armee ausbilden zu lassen, von der Hewlêr-Regierung, also von Barzanî, stammte. Davutoğlu sagte, dass die Militärbasen nun dauerhafter Natur sein werden. Kurz gesagt: Der türkische Staat bewegt sich mit seinem Militär, seinen Unternehmen, Fernsehserien, Musik- und Gemeinschaftsschulen immer freier in Südkurdistan. Der damals verborgene Kolonialismus der Türkei hat nun offene Formen angenommen.

Die Feindseligkeit der PDK gegenüber Rojava

In der arabischen Region entstand im Jahr 2011 eine Massenbewegung, die gegen die autoritären Herrscher ihrer Länder auf die Straße gingen: der »Arabische Frühling«. Auch die kurdische Freiheitsbewegung ergriff nach den Aufständen in Tunesien und Ägypten Maßnahmen. Im Februar 2011 verlegte die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) ihren Hauptsitz von Garê in Südkurdistan nach Rojava. Die kurdische Bewegung verlegte einige aus Rojava stammende Kader, einschließlich Xebat Derik, nach Rojava. Die PYD begann schnell mit der organisatorischen Arbeit. Sie gründete in der Anfangsphase die jeweiligen Volksräte und legte dann den Grundstein für die ersten militärischen Einheiten.

Am 19. Juli 2012 übernahmen die Menschen in Kobanê und Efrîn, Dêrik, Dirbesiyê und Amûdê die Verwaltungsaufgaben des syrischen Regimes und beendeten den Einfluss Assads auf diese Region. Die Haltung der PDK zu den Entwicklungen in Rojava war erneut negativ. Die PDK startete einen systematischen Propagandakrieg und sagte, dass Assad diese Orte der PYD überlassen habe. Barzanî schloss in der folgenden Zeit auch die Grenzübergänge nach Rojava. Mit Unterstützung des türkischen Staates brachte die PDK diesmal den ENKS (Kurdischer Nationalrat in Syrien) ins Spiel. Trotz der Antihaltung der PDK gegenüber der Revolution in Rojava, fanden in Hewlêr Gespräche zwischen PDK und der PYD statt. In Folge dieser Gespräche wurde der Kurdische Volksrat gegründet. Dieser sollte jedoch nicht lange währen. Der damalige türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu ging nach Hewlêr und griff in den Prozess ein. Der ENKS erklärte in dieser Zeit, dass »die Bedingungen für die Revolution in Rojava nicht gegeben wären«. Sie gründeten eine Gegenstruktur namens Azadî, die ebenfalls von der PDK unterstützt wurde und erklärte in Form dieser Kontraeinheit in Aleppo den Krieg gegen die PYD.

Der türkische Staat, der in der Zeit nach 2013 einen Waffenstillstand mit der PKK in Nordkurdistan einging, verlagerte den Krieg gegen die Kurd*innen nach Rojava. Von Anfang an hat die Politik der PDK versucht, die Revolution in Rojava zu erwürgen und ebnete hierbei den Weg für die Angriffe des türkischen Staates gegen die Menschen in Rojava. Bis heute wird diese Politik fortgeführt. ♦

Der IS ist nicht besiegt, solange die Türkei teils offen, teils verdeckt den IS weiter unterstützt

Schlüpft der IS erneut aus dem Loch?

Hamide Yigit

In den arabischen Medien wird die These aufgestellt, dass die »Rolle des IS im Jahr 2017« zwar einen Rückschlag erlitten habe, die geplante Rückkehr des IS jedoch im Rahmen der türkischen Militäroperationen unmittelbar »zu neuem Leben erwacht«.

»Der IS wurde in Gänze besiegt!«, zumindest war dies die Aussage des US-Präsidenten Donald Trump in Bezug auf den Rückzug amerikanischer Truppen in Syrien. In der letzten Zeit konnten wir jedoch umfangreiche Angriffe des sogenannten Islamischen Staates (IS) beobachten und es sieht so aus, dass wir in den kommenden Tagen wieder sehr viel über ihn sprechen werden, und zwar überall! Denn die imperialen Zentren geben Anzeichen darauf, dass die Völker dieses geographischen Brennpunkts einer völlig neuartigen IS-Seuche ausgesetzt sind. Das Thema, dass der IS »wieder aktiv« wird, ist seit Januar zunehmend in den Medien zu beobachten. Ungefähr im gleichen Zeitraum gelangte auch eine arabischsprachige Analyse in einem Medienbericht der Daily Mail zu dieser Erkenntnis. Laut dieser Analyse steht der Welt eine neue »Terrorwelle« bevor.

Die Angriffe des IS im Irak wie in Kerkûk (Kirkuk), Mûsil (Mossul), Samarra und in Sahaddin, wo seit der Verkündung der »IS-Niederlage« im März 2019 der bisher größte IS-Angriff zustande kam, nehmen seit Februar täglich zu. Lokalen Quellen zufolge, verloren dabei die vom IS angegriffenen Hashd al-Shaabi-Truppen 10 Menschenleben und viele wurden gleichzeitig verletzt. Als Reaktion auf die steigenden Angriffe sind auch die Operationen irakischer Sicherheitskräfte verschärft worden. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass der IS im Irak »reaktiviert« wurde und wiederholt angegriffen und zurückgeschlagen hat, indem er landwirtschaftliche Flächen mit Mörsergranaten in Brand gesteckt hat und damit mehrere Hektar Land unbrauchbar gemacht hat. Mittlerweile haben auch die Geheimdienste wieder damit begonnen IS-Warnungen auszugeben. Den arabischen Medienberichten zufolge, wird in den irakischen, kurdischen und amerikanischen Geheimdienstberichten davor gewarnt, dass der IS erneut versucht ins Feld zu rücken und sich zum Ziel gesetzt hat, die vor zwei Jahren verlorenen Gebiete im Irak und Syrien zurückzuerobern.

Es geht also darum, dass die Gefahr durch den IS nie beendet wurde, sie befand sich lediglich unter der Oberfläche. Mag sein, dass sich seit Trumps »Wir haben den IS besiegt-Hymne« im März 2019, bis er schließlich im Oktober das grüne Licht für die Tötung von Abu Bakr al-Baghdadi freigab, die IS-Zellen wirklich »im Schlafmodus« befanden; aber jetzt werden sie förmlich geweckt! Und dass, obwohl sich Trump doch so sehr damit gerühmt hatte »den IS besiegt und seinen IS-Anführer getötet« zu haben. Aber eigentlich war der Hintergrund dieser »Erfolgsgeschichte« anders. Denn al-Baghdadi hatte seinen Nachfolger schon einige Zeit im Voraus ernannt. Das neue Kalifat des IS war sozusagen vor Trumps »erfolggekrönten« Operationen bereits klar. Nach den in der arabischen Presse veröffentlichten Analysen wies al-Baghdadi bereits selbst auf eine nicht-arabische Person als seinen Nachfolger hin und leitete dessen Wahl zum IS-Anführer ein; dieser Vorschlag wurde innerhalb der IS-Organisation angenommen. Sogar der Name war bekannt.

Nach al-Baghdadis Tod hat der Journalist Hüssam Zeydan geschrieben, dass schon nach den ersten Anzeichen von Machtkämpfen, die auf mögliche Ermordungen von Führungspositionen hinwiesen, frühzeitige Vorkehrungen innerhalb des IS getroffen wurden. In diesem Sinne wurde sowohl die zentrale Macht von Abu Bakr al-Baghdadi als auch die Anzahl der Führungsränge reduziert und stattdessen die lokalen Anführer mit Macht versehen. Der Schwerpunkt wurde darauf gesetzt, den Kontrollapparat horizontal zu verteilen, und dabei gleichzeitig flach zu halten. Die lokalen Anführer haben in diesem Rahmen auch die Erlaubnis und die Macht erhalten, dass sie im Falle von al-Baghdadis Tod und bis zum Zeitpunkt, an dem ein neuer Nachfolger bestimmt wird, zu jeglichen strategischen Entscheidungen befugt sind. Dabei wurden auch schon über Namen für al-Baghdadis Nachfolgerschaft diskutiert. Weil er eine Ausdauer für terroristische Angriffe hatte, war der Name eines Abu Walid al-Sahrawi im Umlauf. Jedoch

gab es Einwände von IS-Anhängern aus dem Mittleren Osten und Nordafrika, nämlich dass der Nachfolger des irakischen al-Baghdadi nicht erneut ein Iraker werden solle. Insbesondere vom IS aus dem Maghreb gab es starke Einwände. Zeitgleich bestimmte al-Baghdadi, dass der als Abu Omar al-Turkmani bekannte Hadschi Abdullah Kardaş al-Afari die Nachfolge übernehmen soll. Abdullah Kardaş ist ein irakischer Turkmene. Es wurde besonders darauf Wert gelegt, dass es ein Iraker, aber kein Araber war. Schon drei Tage nachdem sich Trump mit dem Sieg gerühmt hatte, wurde der Name des neuen IS-Anführers bekannt gegeben; allerdings wusste niemand etwas über diesen Mann. Das war insofern auch selbsterklärend, als dass er mit seinem IS-Kampfnamen verkündet wurde. Als al-Baghdadi zum Führer des irakischen Islamischen Staates ernannt wurde, trat auch er mit seinem IS-Kampfnamen »Abu Bakr al-Baghdadi« (Abu Bakr aus Bagdad) auf, sein richtiger Name war Ibrahim Awad Ibrahim al-Badri. Der neue Nachfolger Abu Ibrahim al-Haschimi al-Kuraschi wurde ebenfalls mit seinem IS-Kampfnamen verkündet.

Man muss an dieser Stelle auf ein Detail hinweisen: Nachdem der Führer der Al-Qaida im Irak (AQI) Abu Omar al-Baghdadi infolge eines US-Angriffs getötet wurde, hat es einen Monat gedauert bis Abu Bakr al-Baghdadi seinen Posten eingenommen hat. Das wichtige Detail an dieser Stelle ist, dass der Führer des IS erst mit einem Monat Verzug seine Nachfolge angetreten hat. Daran gibt es im Grunde nichts auszusetzen. Nur dass dies darauf hindeutet, dass seine aktuelle Nachfolge, die innerhalb von drei Tagen nach seinem Tod den Posten einnahm, schon viel früher festgelegt gewesen sein muss und dass die sich erwähnte flache Umverteilung der Macht hiermit bestätigte. Ebenso sollte man auf das Timing von Trumps grünem Licht für die Tötung von Abu Bakr al-Baghdadi hinweisen. Es gibt die Vermutung, dass eben diese Operation erst verkündet wurde, nachdem die Nachfolgerschaft bereits beschlossen war. Denn bevor al-Baghdadi konkret anvisiert wurde, hatte er seine Pflichten und Aufgaben im Grunde schon 3 Monate vorher an Abdullah Kardaş übergeben. Und dies kann dem amerikanischen Geheimdienst keinesfalls entgangen sein!

Moralvisite von US-Amerikanern in Krisengebieten, in denen sich die IS-Anführer versteckt halten

Wenn wir uns zurück erinnern, hatte damals – nachdem Trump sich fast comicartig mit den Al-Baghdadi-Operationen, die sich an der türkischen Grenze vollzogen, Selbstlob erteilt hatte – jeder damit gerechnet, dass der Druck auf die Türkei nun verschärft werden würde. Warum die USA und al-Baghdadi die türkische Grenze als »sicher« empfunden haben, vielmehr noch, wie und durch wessen Hilfe er bis dorthin gelangen konnte, sollte aufgeklärt werden. Aber das ist nicht geschehen!

Nur fünf Kilometer von der syrisch-türkischen Grenze entfernt, eine Woche nachdem dort al-Baghdadi am 27. Oktober 2019 getötet wurde, hat man in derselben Gegend auch seine



Mitglieder des IS nach ihrer Gefangennahme in Rojava. Foto: anf

Schwester aufgefunden. Am 5. November 2019 wurden Abu Bakr al-Baghdadis 65-jährige Schwester Rasmiya Awad zusammen mit ihrem Ehemann, ihrer Schwiegertochter und fünf Kindern ausfindig gemacht. Wo? Im von der Türkei kontrollierten Gebiet und in der zehn Kilometer von Kilis entfernten Stadt Azas. Somit hat die Türkei ihre »Entschlossenheit gegen den IS-Terror Widerstand zu leisten« unter Beweis gestellt! In einem Twitter-Post des Informationsministers Fahrettin Altun zur Gefangennahme von al-Baghdadis Schwester fielen folgende Worte: »Der Kampf der Türkei gegen den Terrorismus in all seiner Gewalt geht weiter, unabhängig von Herkunft oder Ideologie. Die Gefangennahme der Schwester von al-Baghdadi ist ein weiteres Zeichen für den Erfolg unserer Anti-Terror-Operationen.« Aber wie es al-Baghdadi gelang, zusammen mit seiner Familie in dieses Gebiet vorzudringen und es für sich als »sicher« zu empfinden, wurde nicht geklärt.

Vielmehr noch: Als sich die Ausschreitungen in Idlib auf einem Höhepunkt befanden, sind Trumps Syrien-Berater James Jeffrey und die US-Botschafterin der UN Kelly Craft in die Türkei gereist und haben bei den Dschihadisten »Moralvisite« abgehalten. Sie sind über den Grenzübergang im Landkreis Reyhanli der Provinz Hatay nach Idlib gelangt. Das Dorf Barischa, wo sich al-Baghdadi versteckt hielt, ist von dem erwähnten Grenzübergang fünf Kilometer entfernt. Die Amerikaner haben also die Dschihadisten besucht, in einer Gegend, die die IS-Anführer als »am sichersten« empfunden haben. Sie haben sich also beim Kampf gegen das »Regime« zur Verfügung gestellt, sind aber nicht auf die Idee gekommen, dass sich dort eventuell IS-Anführer versteckt hielten!

Hat Trump den IS wirklich besiegt?

Trump hat sich selbst zum »Sieger über den IS« gekürt, aber die Wahrheit ist, dass der IS nicht mit Trump kam und auch nicht mit Trump endete. Aber Trump ist ein Machthaber, der gerne erklärt, dass er den IS beendet hat, dessen Ende Obama geschworen hatte. Lasst uns daran zurückdenken, als Obama versprach, dass er den Mitgliedern des »Islamischen Staats« hinterherjagen würde: »Wir werden die Gegner unterstützen, die die beste Alternative zu Terroristen und skrupellosen Diktatoren in Syrien bieten.«, also die »Gemäßigten« der Dschihadisten aussortieren, in ein Bildungsprogramm stecken und sich dabei eine Gegenbewegung zum IS erhoffen. Die Ankündigung des Endes vom IS war aber erst für Trump im Jahr 2019 bestimmt! Nach einer gezielten Operation der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) im Dorf Baghuz, in der Nähe der vom IS besetzten und als ihre letzte Festung bekannten Stadt Deir ez-Zor, wurde die finale Niederlage des IS ausgerufen. In dieser letzten Festung war auch al-Baghdadi vor Ort, konnte aber während der Operation nicht festgenommen werden. Und weil sich Baghuz in der Nähe der irakischen Grenze befindet, hielt man in den Medien daran fest, dass sich al-Baghdadi dort versteckt hielt. Nach den arabischen Medien zufolge, habe sich al-Baghdadi auch für längere Zeit im Landkreis Anbar aufgehalten. Aber wie er sich von dort aus an das mit der Türkei benachbarte Idlib begeben hat, wurde bis heute noch nicht öffentlich gemacht; im Gegenzug zum irakischen Geheimdienst, dessen Angaben vieles aufklären. Der aus al-Baghdadis engerem Umfeld stammende Muhammed Ali Sacit al Zubayi wurde vom irakischen Geheimdienst verfolgt und festgenommen. Muhammed Ali Sacit al Zubayi gab bei seinem Verhör im Irak an: »Al-Baghdadi, der sich in Anbar versteckt hielt, teilte mir mit, dass der irakische Geheimdienst Druck macht und dass er zu seinen Verwandten nach Idlib gehen werde, da sei es ruhiger und sicherer, seine Familie und auch einige hochrangige IS-Anführer würden sich dort aufhalten. Ich wollte auch zu ihnen gehen.« Den Angaben von Sacit al Zbayi zufolge, handelt es sich bei einem der sich dort aufhaltenden hochrangigen Anführer um den einige Stunden nach dem Verhör in Cerablus (Dscharablus) getöteten IS-Sprecher Abul-Hasan al-Muhajir sowie der später annoncierte Nachfolger Abdullah Kardaş. Wenn man nun dem zweiten Namen auf den Grund geht, wird auch klar, dass es sich um die exakt selbe Person handelt, die mit dem IS-Kampfnamen als Nachfolger von al-Baghdadi verkündet wurde, nämlich um Abi Ibrahim al-Haschimi al-Kuraschi. Demnach waren sowohl die alte als auch die neue Spitze des IS zusammen in Idlib. Welch ein Zufall! Keiner weiß so recht, wie sich das ereignet haben soll; aber die Frage »ob al-Baghdadi wirklich getötet wurde« hat letztlich die zahlreichen Todesmeldungen wachgerufen, die schon vor dieser Verkündung im Umlauf waren.

Nur das Al-Baghdadi-Kapitel ist beendet, nicht das des gesamten IS

Erinnern wir uns auch daran, wie oft die USA und andere erklärt haben, dass IS-Führer getötet worden seien, aber im Nachhinein keine Rechenschaft für die irreführenden Statements abgelegt wurde, wenn es dann später hieß, dass sie doch noch am Leben seien.

Am 10. November 2014 wurde in den US-Medien berichtet, dass al-Baghdadi verletzt und an den Folgen gestorben sein könnte, worauf sich vier Tage später der IS mit einer Tonaufnahme dazu äußerte; die Nachricht war aus der Luft gegriffen.

Am 19. Dezember 2014 hat eine militärische Instanz des Pentagon verkündet, dass al-Baghdadi am Anfang des Monats bei einem Luftangriff ums Leben kam, jedoch blieb diese Behauptung nur eine weitere »unbestätigte« Meldung.

Ein Jahr später im April berichtete der Guardian, dass al-Baghdadi am 18. März 2015 bei einem Luftangriff in Mossul zum Opfer gefallen sei, aber schwerverletzt entkommen konnte. Kurz danach hat die New York Times alle Fehlmeldungen zu al-Baghdadis Tod als »bloße Behauptungen« entschärft. Die Behauptungen, al-Baghdadi sei getötet worden, gingen jedoch im gleichen Tempo weiter.

Am 11. Oktober 2015 hat die irakische Luftwaffe verkündet, dass sie einen Stützpunkt in Anbar bombardiert habe, an dem sich mehrere IS-Anführer, u. a. auch al-Baghdadi, aufgehalten haben sollen. Es stellte sich jedoch heraus, dass das nicht der Fall war.

Im folgenden Jahr, am 9. Juni 2016, gab das irakische Staatsfernsehen bekannt, dass al-Baghdadi bei einem US-Luftangriff im Nordirak verletzt worden sei. Mehrere Medien behaupteten später, al-Bagdadi sei am 12. Juni bei einem US-Luftangriff in Raqqa gestorben. Der Sprecher der Koalition sagte jedoch, sie könnten diese Informationen nicht überprüfen.

Im Oktober 2016 behaupteten verschiedene Medien, dass al-Baghdadi und drei hochrangige IS-Führer von einem angeheuerten Mörder vergiftet wurden, aber noch am Leben seien.

Am 11. Juni 2017 gab das syrische Staatsfernsehen bekannt, dass al-Bagdadi bei einem von den USA unterstützten Artillerie-Angriff getötet worden sei. Zur gleichen Zeit berichteten russische Medien, dass al-Bagdadi zusammen mit 30 IS-Führern bei einem russischen Luftangriff in der Nähe von Raqqa getötet worden sein könnte. Sie sagten auch, dass sie 330 IS-Kämpfer bei diesem Angriff getötet hätten. Die USA erklärten jedoch später, dass »sie nicht genügend Beweise haben, um diese Behauptungen zu bestätigen«.

Der IS hat alle Meldungen zum Tod von Abu Bakr al-Baghdadi stets abgewiesen, doch die letzte Meldung über seinen Tod, die von Präsident Trump höchst persönlich stammte, blieb unkommentiert. Vielmehr veröffentlichte der IS einfach die Audioaufnahme des neuen IS-Führers Abi Ibrahim al-Haschimi al-Kuraschi. Denn in Wahrheit kümmerte der Tod von al-Baghdadi niemanden mehr. Denn er war schon längst auf dem Rückzug und hat sich zusammen mit seiner Familie einem ruhigen Leben in Richtung der türkischen Grenze zugewendet. Die allgemeine Auffassung ist: ob al-Baghdadi tot oder am Leben ist, hat nichts zu bedeuten. Und mit diesen Operationen wurde nicht das IS-Buch, sondern nur das Al-Baghdadi-Kapitel geschlossen.

Woher kam der »Kuss der Wiederauferstehung für den IS«?

In Wahrheit sind die IS-Militanten weder gestorben noch haben sie sich in Luft aufgelöst. Schon bevor sich die Ausschreitungen in Syrien und im Irak verschärft hatten, ging die Frage um, »wohin sich die bewaffneten Kämpfer des IS wohl verstreut haben«. Heutzutage wird jedoch die Frage, ob der IS wieder erwacht ist, mehr diskutiert. Tatsächlich sehen wir uns in der täglichen Berichterstattung mit wiederkehrenden »Bedrohungen durch den IS« konfrontiert. Auch wenn Trump den »Sieg über den IS« durch seine Federführung mehrfach betont hat, erklärte er abschließend, »dass der IS größtenteils besiegt sei und die restlichen Aufgaben nun bei den regionalen Nationen liege«. Er hat das IS-Problem einfach der Türkei übertragen. Und inwieweit ist die Türkei mit dieser Problematik umgegangen bzw. was hat sie bisher gelöst?

Der einem Britisch Daily Mail-Bericht zugrunde liegende arabische Medienbericht stellt die These auf, dass »die Rolle der IS-Organisation im Jahr 2017 zwar abnahm, aber kurz vor ihrer Wiederauferstehung zusammen mit den türkischen Operationen wieder an Fahrt gewann«. Die Zusammenfassung des Beitrags lautete wie folgt: »Die jüngsten Angriffe der Türkei an der irakischen und syrischen Grenze haben zu einem Chaos geführt. Die türkischen Streitkräfte haben gezielt Orte anvisiert, wo sich viele IS-Gefangene befunden haben. Ankara hat zudem vertrauliche Quellen als auch finanzielle Mittel beigesteuert. Der IS hat bereits jetzt sein Tempo aus dem Jahr 2014 wiedererlangt. Es wird vermutet, dass sich ihre finanziellen Ressourcen um die 300 Millionen Dollar belaufen.«

Die Zahlen sprechen für sich: Die USA hat vor Obamas Beschluss, die Truppen zurückzuziehen, innerhalb von einem Jahr insgesamt 9.540 Operationen gegen den IS (damals »Irakisch-Islamischer Staat«) durchgeführt. Es gab keinen einzigen direkten Angriff des IS gegen die US-Truppen, alle Angriffe des IS waren ausschließlich gegen die irakische Bevölkerung gerichtet. In den Jahren 2014/2015 lag die Zahl der US-Operationen, an denen internationale Koalitionen beteiligt waren, bei insgesamt 3.796. Dass der IS durch diese vielen Operationen eine nennenswerte Schaden davongetragen hat, konnte bis heute niemand bezeugen. Aber für diejenigen, die der Position der USA Glauben schenken, dass der IS besiegt sei, wird es ein schreckliches Erwachen geben: Denn der IS ist nicht besiegt und solange die Türkei teils offen, teils verdeckt den IS weiter unterstützt und fördert, wird es bis zum Sieg über den IS auch noch eine lange Zeit dauern. Wenn die europäischen Medien die Beziehungen zwischen der Türkei und dem IS in den Blick nehmen, wäre es schön, wenn die europäische Bevölkerung und die europäische Politik dies auch täten. ♦

Umweltzerstörung durch die türkische Armee

Der systematische Ökozid in Kurdistan

Roni Aram (Journalist) und Ercan Ayboga (Ökologiebewegung Mesopotamien)

Die türkische Regierung vernichtet im Rahmen des mittlerweile seit 40 Jahren andauernden Krieges in Kurdistan die Umwelt der Region. Ob Brandstiftungen, irrationale Staudammprojekte oder die Ausbeutung natürlicher Ressourcen als politisches Zwangsmittel: Die Republik Türkei hat seit ihrer Gründung bis heute vor keiner Maßnahme Halt gemacht.

Nach dem Şêx-Seîd-(Sheikh-Said-)Aufstand im September 1925 bereitete die türkische Regierung den »Reformplan Ost« (Şark Islahat) vor. Im Rahmen dieses Plans wurde zur ersten politisch motivierten Brandstiftung gegriffen. Hunderte Felder wurden geschädigt, das Vieh getötet und die Wälder in Brand gesteckt. Als sich diese Methode während des Dersim-Massakers im Jahre 1938 als erfolgreich erwies, hat sich die türkische Regierung diese Methode konsequent zu Eigen gemacht. In den 1990ern hat sich die türkische Regierung dieser Maßnahmen dann erneut bedient.

Im Jahr 2015 wurden die Brände erneut entfacht

Die Ökologiebewegung Mesopotamien und die Umweltkommission des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) haben nach den Friedensverhandlungen im Jahr 2015 einen Bericht verfasst, in dem die Zusammenhänge zwischen den militärischen Aktionen und den Bränden dargelegt wurden. Der Bericht beschreibt die damalige Situation wie folgt: »Die ersten Brände wurden aus dem Hinterland der Dörfer Herbol und Silib gemeldet. Mithilfe der Bevölkerung aus Silopiya und dem Umland konnte das Feuer nach vier mühsamen Tagen gelöscht werden. Viele Obstplantagen und andere Nahrungsquellen wurden dennoch vernichtet. In den Nachrichten aber wurde nichts davon erwähnt. Nach dem Cûdî-Berg waren Bagok, Savur und Mazî in Mêrdîn sowie die Wälder in Licê, Fîs, Hezro, Farqîn, Pasûr, Meletî, Dersim, Bidlîs und Çewlîg einfach im Stillen dahingebrannt. Mit Wasserketten und mitgeschleppten Kanistern haben sich sämtliche Dorfbewohner und hinzugeeilte Helfer gegen die Brände gestemmt.«

Auf einer Pressekonferenz der Ökologiebewegung Mesopotamiens und der Initiative zur Rettung von Heskîf (Hasankeyf) im November 2015 wurde erklärt, dass der damalige Abgeordnete der BDP *[Partei für Frieden und Demokratie; fusionierte später mit der HDP]* Hamit Geylani auf seine parlamentarische Anfrage zu den Bränden zwischen 1990 bis 2008 die Antwort erhalten habe, dass »bei insgesamt 300 Bränden bis zu 9.100 Hektar Land zu Schaden gekommen seien«. Auf dieselbe Anfrage im Jahr 2010 hieß es, dass 5.649 Hektar an Waldfläche verbrannt seien. In der Erklärung heißt es zudem: »In der Feldstudie haben wir die Brände untersucht. In Dersim kam es von Juli bis September 2015 zu insgesamt 14 Bränden. Die Gegenden, in denen die Brände stattfanden, waren fast alles verminte Gebiete. Die Brände ereigneten sich ausgerechnet in der Nähe von Polizeistationen und Militärarealen. Trotz der Minengefahr und der somit offenbar eingeschränkten öffentlichen Hilfestellungen haben die Dorfbewohner und Helfenden dennoch die brennenden Felder nicht gescheut. Sonst habe niemand mitgeholfen, berichtete ein Zeuge.«

Die Bilanz des Journalisten Özgür Erdoğan in der Meydan-Zeitung lautete folgendermaßen: »Die Regierung hat in den Jahren 1994 bis 1999 bei insgesamt 102 Bombardements und Brandstiftungen zugestimmt. In einem Jahr wurden 33 Wälder verbrannt und 9.000 Hektar Waldfläche für die nächsten 20 Jahre unbrauchbar gemacht.«

Rojava ohne Wasser und Strom

Der Ökozid verläuft nicht nur mittels der Brände. So wurde auch viel in den Bau von Staudämmen als Mittel zum Kampf gegen die Guerilla investiert. Doch der Bau der Dämme an Firat (Euphrat) und Dîcle (Tigris) hatten auch andere Gründe.

Mittlerweile gibt es fünf Megastaudämme, die den natürlichen Fluss und Ertrag des Firat verändern. Nehmen wir zum Vergleich den Assuan-Staudamm, der am ägyptischen Nil errichtet wurde. Seit Jahren gibt es Auseinandersetzungen darü-



Nach Angaben der Demokratischen Autonomen Region Nord- und Ostsyriens wurden bei gezielten Angriffen durch die Besatzer etwa 400 Morgen Land mit Weizen und andere landwirtschaftliche Flächen verbrannt. Foto: anf

ber, ob ein zweiter Staudamm in der Region zwischen Äthiopien und Ägypten gebaut werden soll – der bisher größte in der dortigen Gegend. Die Meinungen gehen vor allem aus politischen Gründen auseinander, auch wenn Äthiopien mit dem Finger auf die scheinbar vorbildliche Türkei zeigt und dabei behauptet, dass es dort »auch geglückt« und noch zu »keinen Grenzproblemen« gekommen sei. Das stimmt so jedoch nicht. Die Ko-Vorsitzende des Demokratischen Syrienrats (MSD), Ilham Ehmed, hat am 1. Juli 2020 mit einem Twitter-Post über den Firat abwärts der Staubecken für Aufsehen gesorgt und dabei auf neue Dürrezustände aufmerksam gemacht. Kürzlich hat der Vorstand der Tisrin-Staudammanlage bekannt gegeben, dass aufgrund der niedrigen Kapazität des Firat in diesem Jahr die Stromversorgung in Rojava reduziert werden müsse.

»Sicherheits«-Dämme

Doch was bedeuten die Staudammprojekte, wie nutzt sie die Türkei zu sowohl politischen als auch militärischen Zwecken? Im Jahresbericht 2007 des Ministeriums für Forstwirtschaft und Umwelt verkündet das Amt für Wasserversorgung in Bezug auf das Thema »Grenzsicherheit« wie folgt: »Im Namen der Grenzsicherheit wurden Genehmigungen für die Fertigstellung von 11 Staudämmen abgesegnet – die mittlerweile fertiggestellt sind. Die Staudämme liegt hauptsächlich an Flussabschnitten um Şirnex und Colemêrg herum: 1. Şirnex-Silopiya, 2. Şirnex-Vorstadt, 3. Şirnex-Qilaban, 4. Şirnex-Şiwêt, 5. Şirnex-Kavşaktepe, 6. Şirnex-Musatepe, 7. Şirnex-Çetintepe, 8. Şirnex-Çocuktepe, 9. Colemêrg-Gölgeliyamaç, 10. Colemêrg-Bêdawê, 11. Colemêrg-Aslandağı.«

Durch die sogenannten Sicherheitsdämme, die sich entlang der 380 Kilometer langen türkisch-irakischen Grenze befinden, wird auch der Versuch unternommen, Grenzübertritte der Guerilla in diesen Gebieten zu erschweren. Dadurch, dass die nationalen Investitionen in Staudämme seit 2008 immer mehr mediale Aufmerksamkeit erlangten, hat die türkische Architektenkammer (TMMOB) infolge beharrlicher Kritik und öffentlichen Drucks beschließen lassen, dass sieben der im Jahr 2012 noch als »Sicherheitsdämme« eingestuften Projekte zu Wasserkraftwerken umgebaut werden sollen. Staudämme sind zudem ein weiteres Mittel der Umsiedlungspolitik geworden. Es wurden beispielsweise nur wegen des Ilisu-Staudamms knapp 200 Dörfer geräumt und die Bewohner*innen zur Umsiedlung gezwungen.

Natürliche Ressourcen als Waffe

Im Übereinkommen der Vereinten Nationen über Umweltveränderungen vom 5. Oktober 1978[1] wird die Nutzung von militärischen Waffen verboten, die zu schwerwiegenden Veränderungen der Umwelt führen. Die Türkei gehört zu den Staaten, die den Vertrag nicht ratifiziert hat.

Es ist eine Tatsache, dass die Türkei natürliche Ressourcen in Kurdistan als Waffe missbraucht. Seien es Brandstiftungen oder massenhafte Staudammprojekte. Ercan Ayboga von der Ökologiebewegung Mesopotamien legt in folgendem Interview dar, dass dadurch die Umwelt in Kurdistan langfristige Schäden davontragen wird.

Wie groß sind die Auswirkungen des seit Jahrzehnten andauernden Kriegs in Kurdistan auf die Umwelt?

Die Umwelt ist in kriegerischen Auseinandersetzungen von mehreren Faktoren bedroht. Durch die Bombardierungen des türkischen Staats beim Kampf gegen die Guerilla kommen Menschenleben zu schaden und es werden Wälder in Brand gesetzt. Dadurch werden viele Segmente der Erdoberfläche geschädigt. Dabei spielt aber nicht nur das Feuer, sondern auch die Vergiftung des Bodens durch die Entsorgung militärischer Abfälle eine Rolle. Die großflächige Verlegung von Minenfeldern gehört natürlich dazu. Brandstiftung gibt es nicht nur in Wäldern, in denen sich die Guerilla aufhält, sondern auch dort, wo es keine Guerilla gibt. Um sich vor den militärischen Stellungen freie Sicht zu verschaffen, setzten die Militärs durch Beschuss jegliche Hindernisse und potentielle Verstecke in Brand. Die Soldaten vernichten sogar eigenhändig die Bäume, die sich in der Nähe ihrer Stützpunkte befinden. Wir sind der Meinung, dass sich die Türkei dabei einiges von den USA abguckt. Natürlich wird es die Methoden auch schon früher gegeben haben, aber zu Kriegszwecken wurde die Vernichtung der Natur systematisch in Vietnam betrieben, oder auch in Kolumbien.

Es ist also eine Methode gegen die Guerilla?

Ja. Aber natürlich ist im Krieg die Waldbrandgefahr immer hoch. Dabei handelt es sich, wie bereits erwähnt, um eine gängige Methode. Die Praxis richtet sich nicht nur gegen die kämpfenden Guerillaverbände, sondern auch gegen die dort lebende Bevölkerung. Ihnen wird durch die Verbrennung ihrer Felder, Gärten und Lebensräume kein anderer Ausweg als die Umsiedlung gelassen. In den 1990ern waren diese Methoden gegenüber der ansässigen Bevölkerung eigentlich nicht mehr nötig. Viele wurden schon zuvor mit militärischem Druck und allgegenwärtiger Gewalt aus ihren Dörfern vertrieben. 1999 kam es zu ersten, 2015 dann zu systematischen Brandstiftungen. Beispielsweise wurde 2015 in den Mera-Feldern Feuer gelegt. Bei Gesprächen mit den Bauern gaben diese an, dass sie ihr Vieh verkaufen mussten. Eigentlich waren sie zu arm für das städtische Leben, aber es blieb ihnen keine andere Wahl als umzusiedeln.

So wie flächendeckende Brände und Staudämme Auswirkungen in Nordkurdistan haben, so ist auch das Leben auf der anderen Grenzseite davon betroffen. Unter anderem die gekappte Stromversorgung und der wachsende Wassermangel in Rojava. Setzt die Türkei die Staudämme nun als Waffe ein?

Definitiv. Die Türkei hat zwar erst in den 1990ern damit begonnen, aber die Verhandlungen dazu liegen schon viel weiter zurück, bis in die 1930er Jahre. Nicht nur die Türkei, eine Vielzahl autoritärer Regierungen haben aufständische Gesellschaften stets mit den beschriebenen Methoden zu unterwerfen gewusst. Die befreiten Gebiete wurden durch flächendeckende Brände gesäubert und zurückerobert. Bei der Gründung der Republik waren die finanziellen Möglichkeiten sowie das Investitions- und Planungsgeschick noch nicht ausgereift. Es begann in den 1980ern mit dem Inkrafttreten des Südostanatolien-Projekts (GAP); in den 90ern erfolgten weitere Schritte. Die gebauten Staudämme haben durchaus einen wirtschaftlichen und energiespezifischen Nutzen, aber die in Kurdistan gebauten Staudämme bezwecken eine systematische also auch militärisch durchgesetzte Ausgrenzung und Spaltung der kurdischen Gesellschaft. Das darf nicht vergessen werden. Die Regierung kann schließlich überall Staudämme bauen und das mit wohlfeilen Fortschrittsfloskeln durchsetzen; das hat sie am besten an der Schwarzmeerküste demonstriert, sowohl beim Bau von Staudämmen als auch beim Bergbau. In Kurdistan besteht zudem noch eine politische Dringlichkeit. Bei Widerstand gegen diese Art der Ausbeutung der Natur übt die Türkei überall großen Druck aus, doch in Kurdistan setzt sie ausschließlich das Militär gegen die Bevölkerung ein.

Natürlich wirkte sich das auch auf den Kampf um Heskîf aus, die Menschen sind eher zögerlich wegen des Krieges. In diesem Zusammenhang sind vor allem die geplanten Staudämme in Dersim und Ilısu von Bedeutung. Die Regierung will die Projekte um jeden Preis durchsetzen. Und falls die Projek-

1 Die ENMOD-Konvention, englisch Convention on the Prohibition of Military or Any Other Hostile Use of Environmental Modification Techniques (dt.: Umweltkriegsübereinkommen), ist ein von der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken. Die Konvention verbietet den Vertragsparteien gezielte militärische Eingriffe in natürliche Abläufe der Umwelt, aber auch die Nutzung von Einflüssen der natürlichen Umwelt als Waffe in einem Krieg oder bewaffnetem Konflikt. (Wikipedia)

te einmal gerichtlich gestoppt werden, werden einfach neue, passende Gesetze verabschiedet. Die Bauarbeiten des Ilısu-Staudamms wurden fünfmal gestoppt und dann wieder aufgenommen. Der Ilısu-Staudamm spielt eine außerordentliche Rolle; er wird gegenüber dem Irak als Druckmittel verwendet und wird in diesem Zusammenhang u. a. als Quelle wirtschaftlicher Einnahmen genutzt. Dennoch sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass das Ministerium für Wasserversorgung in seinem Jahresbericht von 2007 die 11 Staudämme an der irakischen Grenze als »Sicherheitsstaudämme« eingestuft hat. Diese wurden gleichermaßen in Şirnex und Colemêrg errichtet. Wenn ich mir den Bericht von vor einem Jahr anschaue, werden die Staudämme immer noch so bezeichnet. Sie haben keinerlei wirtschaftlichen Nutzen. Uns sind weltweit keine anderen Beispiele bekannt, bei denen Staudämme offiziell aus militärischen Sicherheitsgründen errichtet wurden. Es gibt zwar einige Beispiele in Lateinamerika, aber auch in der Vergangenheit wurde durch diese offizielle Bezeichnung eine Originalität zum Ausdruck gebracht, die die Türkei von anderen Ländern unterscheidet. Tatsächlich bringt der Ilısu-Staudamm viele verschiedene Dimensionen zum Vorschein.

Worum geht es?

Um ein politisches Druckmittel gegen den Irak; das ist ein wesentlicher Punkt. Gleichzeitig bestehen auch gute Gründe zur Annahme, dass kurdisches Kulturerbe zerstört werden soll. Das ist natürlich auch ein Faktor, aber meiner Meinung nach keiner der Hauptgründe. Vielmehr handelt es sich um eine gezielte Einengung von Bewegungs- und Ausweichgebieten der Guerilla, wodurch der Guerillakampf erschwert werden soll. Ein weiterer Punkt ist die Kontrolle der Bevölkerungszahlen. Dies hilft bei der Assimilation und Kontrolle der Umzusiedelnden. Die Regierung besteht sogar auf der Räumung der entlegendsten Gebiete. Eine Zwischenlösung ist die Konzentration auf einige wenige, dafür gut kontrollierte Städte. Dort wird die Assimilation um einiges beschleunigt. Die Menschen geraten dort unter die Zwänge des kapitalistischen Systems. Deshalb hat die Regierung viele verschiedene Gründe für das Ilısu-Staudammprojekt, das möchte ich betonen. Im Falle von Heskîf sieht das wieder etwas anders aus. Neben dem kurdischen Erbe ist auch das vieler anderer Völker betroffen, u. a. Araber, Aramäer und Armenier.

Auf der anderen Seite – um zu der Frage der toxischen Überreste abgenutzter Waffen zurückkehren – ist es sinnvoll, die ENMOD-Konvention näher zu betrachten, die von Seiten der UN nach dem Vietnamkrieg in die Wege geleitet wurden. Die Konvention verbietet die Verwendung der natürlichen Umwelt als Waffe in einem Krieg oder bewaffneten Konflikt. Diese Konvention wurde nur von wenigen Ländern unterzeichnet. Die Türkei hat ihre Bedenken bezüglich einiger Absätze formuliert. Sie lässt offen, ob sie nach Änderung der Konvention eventuell doch bereit ist beizutreten. Aber passiert ist bisher natürlich noch nichts. Im Grunde war die Türkei schon seit 1978 auf der zögerlichen Seite. In diesem Zusammenhang gibt es sogar eine weitere UN-Konvention aus dem Jahr 1997, bei der die unfaire Wasserverteilung bemängelt wird. Auch dieser Konvention trat die Türkei nicht bei und hat sich angesichts ihrer fortgeschrittenen Staudammpläne sowieso nicht weiter drum kümmern wollen.

In einer Klimakrise ist jede militärisch veranlasste Umweltzerstörung zu viel. Die Industrie, die Staudämme, Kohleabbau, neben all diesen Dingen ist auch der Krieg an sich ein Auslöser natürlichen Ungleichgewichts.

Da derzeit über eine globale Krise diskutiert wird, geraten auch Kriege in ein neues Blickfeld. Was trägt deiner Meinung nach die Türkei zur globalen Krise bei?

In einer Klimakrise ist jede militärisch veranlasste Umweltzerstörung zu viel. Die Industrie, die Staudämme, Kohleabbau, neben all diesen Dingen ist auch der Krieg an sich ein Auslöser natürlichen Ungleichgewichts. Und für die Waffenherstellung bedarf es wiederum natürlicher Ressourcen. Ich habe schon am Anfang von den Vernichtungsmethoden erzählt, den Bränden, den vergifteten Böden, der Auflösung von Nahrungs- und Handelsketten. Neben der Nutzung des Wassers als militärischem Druckmittel ist die Zerstörung des Ökosystems viel bedeutender und langfristig schädlich. Eine genaue Schätzung ist natürlich schwierig, aber die Beeinflussung der Umweltkrise durch den Krieg wird auf ein Drittel geschätzt. Die Türkei spielt bei dem Krieg sowohl vor Ort, als auch bei der Austrocknung des gesamten mesopotamischen Gebiets eine große Rolle. Indem riesige Staudämme das Wasser in den eigenen türkischen Grenzen halten, werden Irak und Syrien davon abgeschnitten. Die dortige Landwirtschaft und Ressourcenverteilung ist deutlich rückläufig. Das Austrocknen der Felder im Westen Kurdistans zeigt dies sehr deutlich. Die Umweltkrise wird dabei nur beschleunigt. Die wachsende Dürre führt zu Wüstenbildung, was dann zu noch mehr Hitzewellen führt. Im Iran wurde 2017 eine Unterschriftenkampagne organisiert und 150.000 Menschen haben tatsächlich unterzeichnet. Aufgrund der Staudämme werden die Felder in Westkurdistan weiter austrocknen; die Hitze wird unerträglich und die Stürme zunehmen. Dies wird ebenso den Süden des Iran betreffen. ♦

Über Zarife, Leyal und Sakine zu Zehra, Hebûn und Mutter Emîne

Freie Frauen – Dornen in den Augen patriarchaler Staaten

Kampagne Women Defend Rojava



Am 23. Juni 2020 führte die Türkei mit bewaffneten Drohnen einen Luftangriff auf das Dorf Helincê bei Kobanê durch. Ein bestimmtes Haus war das Angriffsziel in diesem Ort. Bei dieser gezielten Bombardierung sind drei gemeinsam im Garten sitzende Frauen ums Leben gekommen: Zehra Berkel, Hebûn Mele Xelîl und Emîne Weysî. Alle drei waren Aktivistinnen der Frauenbewegung Kongreya Star in Rojava, die ihr Leben lang für Frauenrechte und eine demokratische Gesellschaft kämpften und eine wichtige Rolle in der Revolution in Rojava spielten.

Die Rojava-Revolution, die eine demokratische, frauenbefreite und ökologische Gesellschaft anstrebt, ist eine Frauenrevolution – Frauen nehmen in ihr eine führende Rolle sowohl in der bewaffneten Verteidigung als auch in der Gesellschaft und der Umsetzung ihrer Werte ein. Sie sind ein aktiver Teil in der Gestaltung aller Lebensbereiche.

Das kurdische Volk kämpft seit Hunderten von Jahren für eine freie Gesellschaft, für Grundrechte, gegen Verleugnung und eine lange Reihe von Genoziden. An all diesen Kämpfen haben sich Frauen immer aktiv beteiligt. Es sind freie Frauen gewesen, die gegen das System, das sie zu unterdrücken versuchte, bis zum letzten Atemzug Widerstand leisteten. Sie haben sich zu keinem Zeitpunkt den Herrschenden, den Unterdrückern, gebeugt. Gerade das macht jene Frauen so gefährlich für die Herrschenden, weshalb sie gezielt angegriffen wurden. In der Geschichte gab es viele solcher Frauen.

Freie selbstbewusste Frauen im Kampf gegen Unterdrückung

Eine dieser Frauen war Zarife, die als eine der ersten Kommandantinnen Kurdistans im kurdischen Widerstand organisiert war. Sie überlebte den Qocgirî-Aufstand (1920) und organisierte den Widerstand in Dersim mit, wo sie 1938 vom türkischen Staat getötet wurde. Leyla Qasim, eine kurdische Aktivistin, die Unterdrückung und Ungerechtigkeit ebenfalls nie akzeptiert hat, wurde am 12. Mai 1974 in Bagdad vom Baath-Regime hingerichtet. Am 9. Januar 2013 wurden Sakine Cansız, Leyla Şaylemez und Fidan Doğan in Paris vom türkischen Geheimdienst hingerichtet − alle drei kurdischen Frauen widmeten ihre Leben dem Kampf für eine bessere Welt. Sakine Cansız hat ihr Leben lang gegen Ungerechtigkeit gekämpft, in Kurdistan, in türkischen Gefängnissen und zuletzt in Europa. 2016 wurden erneut drei Frauen ins Visier genommen: Sêvê Demir (DBP), Pakize Nayır (Ko-Vorsitzende des Volksrates von Silopiya) und Fatma Uyar (Aktivistin des Kongresses Freier Frauen, KJA) wurden gezielt von türkischen Sicherheitskräften in Silopîya in Nordkurdistan ermordet, auch sie konnten sich den Besatzern ihrer Heimat nicht ergeben. Die patriarchalen, kapitalistischen Nationalstaaten sehen freie Frauen und eine freie Gesellschaft als Bedrohung ihrer Existenz und greifen deshalb gezielt dort an, wo Alternativen geschaffen werden.

Die Angst des Staates vor der Frauenrevolution

Das demokratische System in Rojava/Nord- und Ostsyrien ist ein System, in dem alle Teile der pluralistischen Gesellschaft das Recht auf Mitsprache und autonome Organisierung haben. Die faschistische türkische AKP-Regierung fürchtet, dass das Streben nach Demokratie und Freiheit sich bis in die Türkei ausweiten und ihre diktatorische Regierungsweise in

Frage stellen könnte. Deswegen greift die Türkei im Namen der »Terrorbekämpfung« Nord- und Ostsyrien an. Die gezielten Angriffe auf Frauen durch den türkischen Staat und seine dschihadistischen Söldnergruppen, welche die Türkei bei ihrer expansionistischen und illegalen Besatzung in Nordsyrien einsetzt, sind umfassend. Wir können deutlich sehen, wie der türkische Staat Femizide begeht, sowohl an Zivilistinnen in den von ihm besetzten Gebieten als auch an organisierten Frauen, an allen, die Erdoğans Regime nicht akzeptieren. Deutlich wurde dies auch am brutalen Mord an Hevrîn Xelef (auch Havrin Khalaf). Sie wurde am 12. Oktober 2019 getötet, als eine Bande von protürkischen dschihadistischen Söldnern sie im Auto überfiel und brutal ermordete. Dabei machten sie Bilder von ihrem verstümmelten Körper, den sie zuvor geschändet hatten, mit dem klaren Ziel, andere Frauen abzuschrecken. Als Generalsekretärin der Syrischen Zukunftspartei setzte sich Xelef politisch für die Demokratisierung Syriens ein.

Mit seiner aktuellen Politik nimmt der türkische Staat vor allem Frauen gezielt ins Visier, die sich organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen. Dabei verfolgt er das Ziel, den übrigen Frauen Angst zu machen und davon abzuschrecken, sich politisch zu betätigen sowie sich zu organisieren, um patriarchale Gewalt zu überwinden.

Gezielte Ermordungen von organisierten Frauen im Kampf für Frauenbefreiung

Bei seinem letzten gezielten Angriff hat der türkische Staat drei Mitglieder der Frauenbewegung, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Frauen in Nord- und Ostsyrien sowie im gesamten Mittleren Osten einsetzten, getötet. Dies zeigt deutlich die Brutalität und Unmenschlichkeit, mit der die Türkei handelt. Alle drei Frauen stehen mit ihrer Lebensgeschichte symbolisch für die Frauenrevolution in Rojava:

Zehra Berkel kam 1987 als Kind einer aus Kobanê stammenden Familie zur Welt und studierte bis 2013 Jura in Aleppo. Sie war Koordinationsmitglied des Frauendachverbands Kongreya Star für die Euphrat-Region. Schon vor der Revolution in Rojava nahm sie trotz der Repression seitens des syrischen Baath-Regimes an der Organisierung und Bildung von Frauen teil.

Hebûn Mele Xelîl ist 1979 im Dorf Pêndir bei Kobanê geboren und aufgewachsen. Seit 2013 nahm sie an den gesellschaftlichen Arbeiten in Cizîrê teil. Als der sogenannte Islamische Staat (IS) 2014 Kobanê angriff, entschloss sich Hebûn, an der Verteidigung der Stadt mitzuwirken.

Emîne Weysî wohnte in dem Haus, das von der türkischen Drohne angegriffen wurde. Sie ist 1965 im Dorf Helincê bei Kobanê geboren und war Mutter von fünf Kindern. Ihre Tochter ist ebenfalls Mitglied in der Kongreya-Star-Koordination und war während des Angriffes in der Küche des Hauses. Emîne selbst nahm an allen Aktivitäten der Frauenbewegung teil und widmete ihre gesamte Energie der Freiheit von Frauen.

Diese zielgerichteten Drohnenangriffe, bei denen konkrete Angaben von Koordinaten genutzt werden, um punktgenau anzugreifen, zeigen ein weiteres Mal sehr deutlich, dass die Ermordung der drei Frauen vorsätzlich war und Teil des schmutzigen Krieges ist, den die Türkei gegen die Kurd*innen führt.

Die Morde an den drei Frauen in Kobanê und an Hevrîn Xelef reihen sich ein in eine lange Liste getöteter Frauen, die vom türkischen Staat ermordet wurden. Auch auf internationaler Ebene sind diese gezielten Ermordungen von organisierten Frauen im Kampf für Frauenbefreiung Teil einer langen Geschichte von Frauen, die wegen ihres Engagements durch Staaten oder durch eine nationalstaatliche patriarchale Mentalität ihr Leben lassen mussten. All diese Frauen sind Teil einer Geschichte des Widerstandes.

Sei es Rosa Luxemburg, eine Vorreiterin der Arbeiter*innenbewegung, die von Freikorps in Berlin ermordet wurde, seien es die Mirabal-Schwestern, die von der faschistischen dominikanischen Republik wegen ihres Engagements gegen die Diktatur ermordet wurden, sei es Berta Caceres, eine honduranische Umwelt- und Landrechts-Aktivistin, die von staatlichen Kräften ermordet wurde oder die Aktivistin Daniela Carrasco, die von chilenischen Staatskräften misshandelt und ermordet wurde. All diese Angriffe auf Frauen sind keine Einzelfälle und kein Zufall.

Ziel dieser vergangenen und aktuellen Angriffe auf Politikerinnen, Aktivistinnen und Vorreiterinnen der Gesellschaft, damals wie heute, war und ist es, Frauen davon abzuschrecken, politisch aktiv zu werden. Mit diesen Angriffen wollen sie die Gesellschaft ihrer Vorbilder und damit ihres Willens berauben. Aber so, wie sie den Willen dieser freien Frauen zu Lebzeiten nicht brechen konnten, so werden sie auch künftig nicht in der Lage sein, mit den heimtückischen Morden an ihnen den Willen anderer widerständiger Frauen zu brechen. Leyla Qasim sagte schon damals folgende Worte vor ihrer Hinrichtung: »Tötet mich, aber ihr sollt wissen, dass durch meinen Tod Tausende Kurden aus einem tiefen Schlaf erwachen werden. Ich bin sehr glücklich meine Seele für den Weg zu einem freien Kurdistan zu opfern.« ♦

Bericht aus Rojava über ein Jineolojî-Seminar

»Was wir freies Zusammenleben nennen«

Mira Douro

Was ist Gewalt gegen Frauen und wie geben wir das Wissen weiter, um zu einer Veränderung in jeder Familie, als Keimzelle von Staat und Patriarchat, dagegen vorzugehen? Mira Douro berichtet über ein Jineolojî-Seminar in Rojava.

Der 25. November ist der weltweite Tag gegen Gewalt an Frauen. Gewalt ist nichts natürliches, aber sie ist tödlich! Das erleben Frauen seit langer Zeit, egal in welchem Winkel dieser Erde. Die Tötung der Mirabal Schwestern 1960 in der Dominikanischen Republik versinnbildlicht die Gewalt gegen Frauen, denen sie ausgesetzt sind, wenn sie sich gegen sexistische und patriarchale Gewalt zur Wehr setzen. Ihnen und ihrem Widerstand ist der 25. November gewidmet. Genauso, wie wir gelernt haben, patriarchale Gewalt zu akzeptieren, können wir lernen, gegen sie vorzugehen. Wir brauchen ein Bewusstsein und ein Verständnis dafür, wo patriarchale Gewalt anfängt und wo sie sich überall eingenistet hat. Die kurdische Frauenbewegung organisiert in Nord- und Ostsyrien Seminare und Diskussionen innerhalb der Bevölkerung, um das Bewusstsein über patriarchale Gewalt zu schärfen. Eines dieser Seminare konnten wir für das Buchprojekt, »Gelebte Utopien im Widerstand« begleiten und teilen die übersetzte Mitschrift mit euch:

»Eine Methode der Jineolojî ist die Etymologie, also die Lehre der Herkunft der Wörter. Wenn wir uns die Frage stellen, woher die Gewalt kommt, stoßen wir auf das kurdische Wort sulta. Im Türkischen bedeutet es Autorität und Imperium, im Kurdischen beschreibt es Hierarchie. Die Bedeutung im Arabischen ist Stärke, steht aber synonym zur Herrschaft.

Ähnlich verhält es sich mit dem kurdischen Wort für Staat, dewlet, das aus dem Arabischen dewla kommt und soviel bedeutet wie Gewalt anwenden oder Kontrolle ausüben.

Wenn wir also heute vom Staat sprechen, kommt uns direkt Gewalt in den Sinn. Wer übt Gewalt aus?«

Mit diesen Fragen beginnt Heval Şîn ein Seminar für die Bevölkerung in Kobanê zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

»Es ist die Mentalität des Mannes, die an diesem Tag betrachtet werden soll, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wo Gewalt beginnt, denn nur wenn wir das verstehen, können wir mit unserer eigenen Veränderung beginnen und ein freies Zusammenleben fern von Gewalt und Unterdrückung aufbauen.«

Heval Şîn geht von sich als Frau aus und sagt, wie sie mit sich selbst gekämpft hat, um hier vorne zu stehen und ihre Stimme zu erheben und trotz aller Versuche sie zum Schweigen zu bringen, über Gewalt, Unterdrückung und Versklavung zu sprechen. Sie sagt, »unsere Flügel wurden erst gestutzt und dann gebrochen, damit wir nicht frei leben können«. Die Frau sei auf zwei Ebenen versklavt worden. Einmal durch den Staat, der über die strukturelle Ebene des Kapitalismus die Frau zu seinem Eigentum mache, und auf der anderen Seite sei sie über die Religion mit Scham behaftet und dem Mann untergeordnet worden.

»Wenn wir von der Frau als Sklavin des Staates sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass der Staat Gewalt auch gegen den Mann ausübt«, sagt Heval Şîn. „Um von seiner Unterwürfigkeit und dem Leid, das ihm widerfährt, abzulenken, lenkt der Mann die Gewalt auf die Frau, um sie zu unterwerfen. So gesehen ist die Frau die versklavte Sklavin.

Die härteste Gewalt, die gegen die Frau in der Geschichte angewandt wurde, ist, sie wie eine Ware zu vermarkten. Vom Staat wurde sie zu Handelsgut gemacht und über viele Tausend Jahre hinweg wie eine Ware angeboten und verkauft. Wenn ihr die Werbung betrachtet, könnt ihr sehen wie jedes Produkt, das für den Mann als Käufer wirbt, in den Händen einer Frau oder mit ihrem Körper präsentiert wird. Wir bezeichnen dies als einen Spezialkrieg oder als psychologische Kriegsführung. Der Staat hat damit begonnen, aber über die Zeit wurde die Frau immer stärker versklavt bis hin zur physischen Vergewal-

tigung. Der Staat nutzt dich zu seinem Vorteil; in seinem Interesse bist du sein Ertrag. Die Staaten ziehen aus allem und jedem ihren Vorteil. Wie im Geschäft wirst du gehandelt und von Hand zu Hand gereicht und verkauft. Ich frage euch, wenn ihr euren Kindern bei der Hochzeit eine Mitgift gebt, ist das nicht Gewalt? Zum Beispiel das Brautgeld, ist das nicht an sich schon Gewalt? Wenn ich ein Mädchen bin und mein Vater einem Mann sagt, ich sei ihm eine Million, oder sagen wir zwei Millionen wert, wer bin ich dann? Bin ich eine PET-Flasche? Die je nach Wunsch und Bedürfnis verkauft oder gekauft wird? Der Mann hat die Frau zu seinem Besitz, seiner Ehre, seinem Eigentum erklärt.

Wir können sagen, die Familie ist der Staat im Kleinen. Sie ist die Institution, die die Mentalität des Staates im familiären Bereich aufrechterhält und sie den Kindern von klein an anerzieht. Durch die Ehe wird die Frau zum häuslichen Werkzeug; der Mann betrachtet sie als seinen persönlichen Besitz, über den er frei verfügen kann. Er kontrolliert sie, er will wissen, wohin sie geht, er bestimmt, was sie isst, was sie trinkt und mit wem sie spricht oder wann sie mit ihm zu schlafen hat und wie viele Kinder sie ihm gebären soll. Und eigentlich tut er das für den Staat, denn der Staat hat dafür gesorgt, dass die Rolle des Mannes stark und bedeutsam ist. Doch das ist er nur so lange wie er die Kontrolle über seine Familie hat. Dadurch hat sich der Staat den Mann zu eigen gemacht. Und was macht also der Mann? Er nimmt sich Frau und Kinder. Die höchste Gefahr ist es, sich zu unterwerfen. Aber wir merken das nicht, wir sind darüber nie wütend geworden, wir haben gelernt, es so zu akzeptieren und uns unterwürfig zu geben. Aber eigentlich sind wir dadurch alle gewalttätig geworden. Woher kommt diese Gewalt? Wir handeln sie unter uns aus. Es ist ein Wechselspiel von Unterwerfung und Unterwerfen. Dies geschieht häufig bei häuslicher Gewalt. In der Institution Familie findet diese Aushandlung statt, sie funktioniert wie eine Bildung, wird uns von klein auf anerzogen über unsere Sozialisierung. Die Gewalt beginnt an dem Tag, an dem das Geschlecht eines Babys im Bauch der Frau diagnostiziert wird. Egal welches Geschlecht es wird, die Frau sagt: ›Mein Mann mag Jungs.‹ Auch wenn es ein Mädchen wird, ist dadurch klar, es hätte eigentlich ein Junge werden sollen. Und dementsprechend wird es zur Frau oder zum Mann erzogen.

Bei uns ist es verpönt, wenn eine Frauenstimme laut wird. Es gilt als Tabu, dass Frauen in der Öffentlichkeit ihre Stimme erheben. Aber was heißt das, wenn meine Stimme laut wird? Das würde bedeuten, das über meine Stimme jemand von meinem Schmerz erfahren könnte. Ist das verboten oder gar mit Scham behaftet?“, fragt Heval Şîn die Anwesenden.

Sie antwortet selbst darauf: »Wenn ich Schmerz empfinde, werde ich stumm. Dann werden wir stumm gemacht. Im Kurdischen bedeutet qirik Kehlkopf und das Verb qirkirin, schreien, trägt gleichzeitig die Bedeutung eines Massakers. Wie soll, wenn wir angeschrien werden, ein Wort aus unserer Kehle kommen? Angeschrien zu werden, bedeutet also zu verstum-



»Unsere Flügel wurden erst gestutzt und dann gebrochen, damit wir nicht frei leben können«, erklärt Heval Şîn auf dem Seminar. Foto: anf

men und kommt dementsprechend einem Massaker gleich. Wir sollten uns hierbei fragen, was das Problem wäre, wenn der Mann mitbekommt, was die Frau für einen Schmerz empfindet, wenn sie in solchen Momenten sprechen könnte. Oder wenn es unsere Freundin mitbekommt. Ist das ein Problem? Nein, aber es ist ein Tabu und niemand soll davon erfahren.«

Heval Şîn erklärt, dass die Frau gebrochen wurde: »Wenn du fragst, woher die Frau kommt, dann wird dir erklärt, dass sie aus einer abgebrochenen Rippe Adams erschaffen sei. An diesem Beispiel können wir sehen, wie stark unser Rückgrat gebrochen wurde. Unsere Flügel wurden gestutzt, damit wir nicht fliegen können. Die Frau soll ihr Leben lang humpeln und nie aufrecht gehen können. Wenn wir von Gewalt sprechen, können wir sagen, dass sie in der Familie beginnt. Der Staat hat seine Mentalität in die Familie eingepflanzt, sie soll den Staat im Kleinen repräsentieren und die Kinder zu seinen Bediensteten erziehen. Das geht so weit, dass mein Sohn mit mir zusammen raus geht, wenn ich ihm sage, dass ich das Haus verlassen werde. Ein Mädchen oder eine Frau soll nur an der Seite eines Mannes in die Öffentlichkeit gehen, auch wenn es dein jüngerer Bruder oder gar dein Sohn ist.

Es ist aber nicht allein der Mann, der diese Mentalität angenommen hat. Auch die Frau orientiert sich meistens an diesem Denken. Es gibt auch eine Art von Gewalt, die sich über Gestik oder Mimik äußert. Warum lösen zum Beispiel gewisse Blicke Angst in uns aus? Es handelt sich hierbei um Gewalt, die über Mimik und Blicke angewandt wird.

Wenn du deiner Tochter sagst: ›Das gehört sich nicht‹ oder ›Du kannst das nicht machen, und wenn du dich in der Öffentlichkeit aufhältst, kannst du dies und jenes als Mädchen nicht tun‹, ist dass dann Erziehung oder Angst, die du vermittelst?«

Das fragt sich die Freundin Şîn, die anstelle von Erziehung das kurdische Wort perwerde verwendet, was in seiner Übersetzung mehr dem Wort Bildung oder Ausbildung entspricht und die Bedeutung trägt, jemandem Flügel zu verleihen. »Dass ist alles Gewalt, die über Sprache an uns ausgeübt wird. Wir geben dadurch kein Wissen oder Erziehung weiter, sondern wir säen Angst.«

Heval Şîn nimmt sich selbst als Beispiel und sagt: »Stellt euch vor, ich stehe hier vor euch, und bin mir total unsicher, habe Selbstzweifel: ›Werde ich ein Wort sagen?‹, ›Wird das falsch sein?‹ Ja, es kann sein, dass ich falsch liege mit dem, was ich euch sage, aber das macht nichts; davon wird die Welt nicht untergehen. Aber dadurch, dass ich spreche und es versuche, entwickle ich meine Stärke.

Psychische und physische Gewalt sind gleichermaßen als solche zu verstehen, und sie bauen aufeinander auf.

In ihrem Innern ist die Frau wie verstorben, ihre Instinkte sind abgestorben. Sie ist gebrochen. Was bedeutet dass? Wenn du einen Menschen anschreist, weil er ein Glas fallen lässt und es dabei zerbricht, dann ist das, als wenn du durch das Gebrüll innerlich in die Brüche gehst. Wenn deine Handlungen nur aus Angst bestehen, dann zerbrichst du irgendwann selbst daran.

Kein weiteres Mal soll das Leben einer Frau von einem Mann bestimmt werden. Wenn du zu einer Bittstellerin des Mannes wirst oder auf die Gnade wartest, dass er dir auch etwas überlässt, dann ist das sehr gefährlich. Solange unsere Beziehung nicht auf einer freien gleichberechtigten Ebene stattfindet, wird von dir immer eine Gegenleistung erwartet. Wenn du auf den gnädigen Herrn wartest, wirst du schnell zu seinem Eigentum.

Jede Frau, die auf dieser Erde verkauft oder ermordet wird, löst Schmerz in uns aus. Wir mussten miterleben, dass Êzîdinnen aus dem Şengal sogar auf dem Markt angeboten und verkauft wurden.«

»Was ist das für ein Recht«, fragt sich Heval Şîn zurecht, »und was ist das für ein Staat, was für ein Mann, der sich das Recht nimmt über eine Frau zu verfügen und sie wie sein Eigentum zu verkaufen? All das ist die Folge des Patriarchats, diese Mentalität des Mannes, die sich sowohl im Staat als auch in uns wiederfindet, aber im Grunde genommen ist es eine Mentalität, die sich gegen die soziale Kompetenz im Menschen und gegen die Gesellschaft insgesamt richtet. Zum Beispiel werde ich als Frau dazu verpflichtet mich höflich, gesittet und mit Anstand zu benehmen. Es ist meine Aufgabe als Frau mein schönstes Kleid zu tragen, wenn ich das Haus verlasse. Auch wenn wir darunter leiden, tun wir es doch. All unsere Kleidung ist für diese Zeremonie bestimmt, aber die Feierlichkeit gilt nicht der Frau selbst, sondern sie wird dadurch jeden Tag ein weiteres Mal verkauft. Dieser Angriff auf uns findet jedoch nicht nur auf unsere Körper statt. Schauen wir uns an, wie viele territoriale Kriege es auf dieser Welt gibt. Was für ein Recht nimmst du dir raus, wenn du ein anderes Land angreifst und dadurch auch die Natur zerstörst? Auch das müssen wir als Vergewaltigung an unserer Erde und unserer Heimat verstehen. Sie kommen von außerhalb, besetzen deine Erde und nehmen dich gleich mit in Beschlag, als ihre Beute.

Die Gesellschaft wurde auseinandergerissen, sie hat sich von ihrer Verantwortung entfernt. Ähnlich wie die uns gut bekannte Annahme, dass die Kinder von ihrer Mutter ernährt und erzogen werden und der Vater allein für die finanzielle Ver-

sorgung zuständig sei. Das ist eine große Fehlannahme, denn es ist doch auch dein Kind, dann wäre es auch deine Aufgabe, Zeit mit dem Kind zu verbringen, es zu erziehen, ihm deine Werte mit auf seinen Lebensweg zu geben und seine Stärken und Schwächen zu erkennen. An diesem Punkt beginnt Gewalt. Wenn wir also von Gewalt sprechen, sollte sich zunächst der Mann angesprochen fühlen und sich darin erkennen. Er muss sehen, dass er sie nicht nur ausübt, sondern dass ihn die Folgen der Gewalt betreffen. Manchmal sehen wir, dass auch die Mutter ihre Kinder anschreit oder schlägt, dann sollten wir uns fragen, woher die Motivation kommt. Was ist die Ursache davon? Die Frau hat das meistens beim Mann abgeschaut, so wie dieser das vom Staat übernommen hat. Bis heute haben so viele Kinder und Frauen Gewalt durch den Mann erfahren. Wenn er sie abschätzig behandelt, sie mit seinen Blicken in Angst versetzt, dann wird die Frau von ihm getötet.«

Heval Şîn versichert, dass wir ihr in diesem Punkt glauben schenken können: »Die Frau lebt nicht mehr. Vielleicht befindet sie sich physisch noch neben euch, aber ihr Inneres ist abgestorben. Vielleicht sagt sie nicht, was in ihr vorgeht, aber ich kann euch sagen, sie wurde getötet. Wir als Frauen verstehen uns gegenseitig und wir wissen wie sich das anfühlt, wenn wir beim Kochen, beim Sprechen mit unseren Kindern oder bei den Blicken auf unsere Kleidung permanent Angst in uns fühlen.

Damit ich in allen Bereichen meines Lebens keine Angst oder Abhängigkeit entwickle, ist es wichtig, dass ich mich vom Wohlwollen des Mannes unabhängig mache. Es gibt niemanden, der oder die von sich sagen kann, dass er oder sie frei ist. Ein Mensch kann nur über sein Denken, seine Ideologie und die freie Äußerung seiner Gedanken frei werden. Dies ist ein ständiger Kampf um die Frage: Bis zu welchem Punkt akzeptieren wir die Versklavung unserer selbst, und ab wann beginnen wir uns dagegen zu organisieren? Über den Weg der Bildung und der Entwicklung unseres eigenen Denkens und Wissens können wir Kraft schöpfen. Über Bildung wird die Frau ihre Erkenntnisse gewinnen, die sie benötigt, um sich unabhängig und selbstbestimmt zu bewegen und sich zur Wissenden um ihre Persönlichkeit selbst zu erheben. Wir sagen, der Mann hat am meisten Angst vor der wissenden Frau. Und warum hat er Angst? Weil die Frau in sich selbst die Kraft besitzt, eigenständig und frei zu sein.«

Wenn Heval Şîn von der Revolution in Rojava spricht, sagt sie mit klaren Worten, dass es sich dabei um eine Frauenrevolution handelt. Sie weiss, wer uns heute bis hierher gebracht hat, das waren die Frauen. »Die Frau hat mit ihrer Fähigkeit die Gemeinschaftlichkeit entwickelt. Und dies bedeutet, dass wir darin auch eine Verantwortung tragen, indem wir alle zu Vertreterinnen und Vertretern unserer Organisierung und unserer Philosophie werden. Dies bedeutet in der Grundessenz, dass es möglich ist, die dominante Mentalität des Mannes zu überwinden. Der Mann entleert seinen Schmerz, dem er tagtäglich durch das System ausgesetzt ist, auf die Frau. Aber wenn der Mann wirklich stark ist, an sich selbst glaubt und sein Herz erweitert, dann nutzt er nicht Gewalt, um seine Nähe und Verbundenheit auszudrücken. Er wird sich dann mit Gleichberechtigung, mit Verständnis und Mitgefühl der Frau nähern und ihre Verbündete werden. Das ist es, was wir freies Zusammenleben nennen.« ♦



Der Syrische Frauenrat (Region Euphrat) verurteilt Femizide. Foto: anha

Diskussion der Broschüre »Revolutionäre Bildung« des Andrea-Wolf-Instituts

Die Revolution des Denkens als die erste und wichtigste Revolution

Sophia Angel

Am 18. Mai 2019 wurde in Rojava an der Jineologjî-Akademie das Andrea-Wolf-Institut eröffnet. Andrea Wolf war eine Internationalistin aus Deutschland, die sich in den 1990er Jahren dazu entschloss, Teil der kurdischen Freiheitsbewegung zu werden. 1998 fiel Heval Ronahî – so ihr revolutionärer Name – in den Bergen Kurdistans. Das Institut trägt ihren Namen, um das Verständnis von Freiheit, welches Şehîd[1] Ronahî und mit ihr viele hunderte weitere internationalistische Frauen aus allen Ecken der Welt mit der Revolution in Kurdistan verbindet, weiterzutragen. Die Arbeiten, die nun am Institut umgesetzt werden, dienen der Erforschung und der Anwendung des Wissens von Frauen, von alternativen Methoden der Wissenschaft und Bildung, von natürlicher Gesundheit und alternativen Wegen der Reproduktion, von Selbstverteidigung, von revolutionärer Kunst und von der Schaffung von Gemeinschaft.

Zur Eröffnung des Instituts fand eine Bildung statt, die in Erinnerung an Şehîd Malda durchgeführt wurde. Sie fiel am 5. Mai 2019 einem Attentat des sogenannten Islamischen Staat (IS) zum Opfer. Heval Malda war eine der vielen jungen Frauen, die maßgeblich die Gedanken und Arbeiten der Jineolojî[2] in Rojava vorangebracht hat. Die Jineolojî setzt sich unter anderem zum Ziel, eine Quelle des Wissens und des Lernens zu sein, um die Probleme der Frauen und der Gesellschaft zu lösen und die Frauenrevolution zu stärken. So wie jedoch Wissen und Kraft aus den Erfahrungen des Widerstands und der Revolutionen gezogen werden, umfassen die Arbeiten auch Bildungsarbeiten mit den IS-Frauen in den Camps, um zu verstehen, wieso sich so viele Frauen der hasserfüllten Ideologie des sogenannten Islamischen Staates zuwenden. Şehîd Malda befand sich gerade auf dem Weg zum Camp Hol, als sie ums Leben kam.

1 Şehîd – bedeutet in Kurmancî Märtyrer. Die kurdischeFreiheitsbewegung ehrt die Menschen, die ihr Leben im Kampf für die Freiheit gegeben haben und gibt immer wieder ihr Versprechen, deren Kämpfe weiterzuführen.

2 Jineolojî – zusamengesetzt aus Kurmancî für jin – Frau, das gemeinsame Wurzeln mit dem Wort jiyan – Leben hat und dem griechischen Wort logos – Wissen oder Wissenschaft. Es ist die Wissenschaft der Frau und des Lebens. Abdullah Öcalan schlägt die Jineolojî als alternative Wissenschaft und Methode von Frauen vor, die Wissen und Analysen für die Befreiung von Frauen und Gesellschaft erarbeitet.

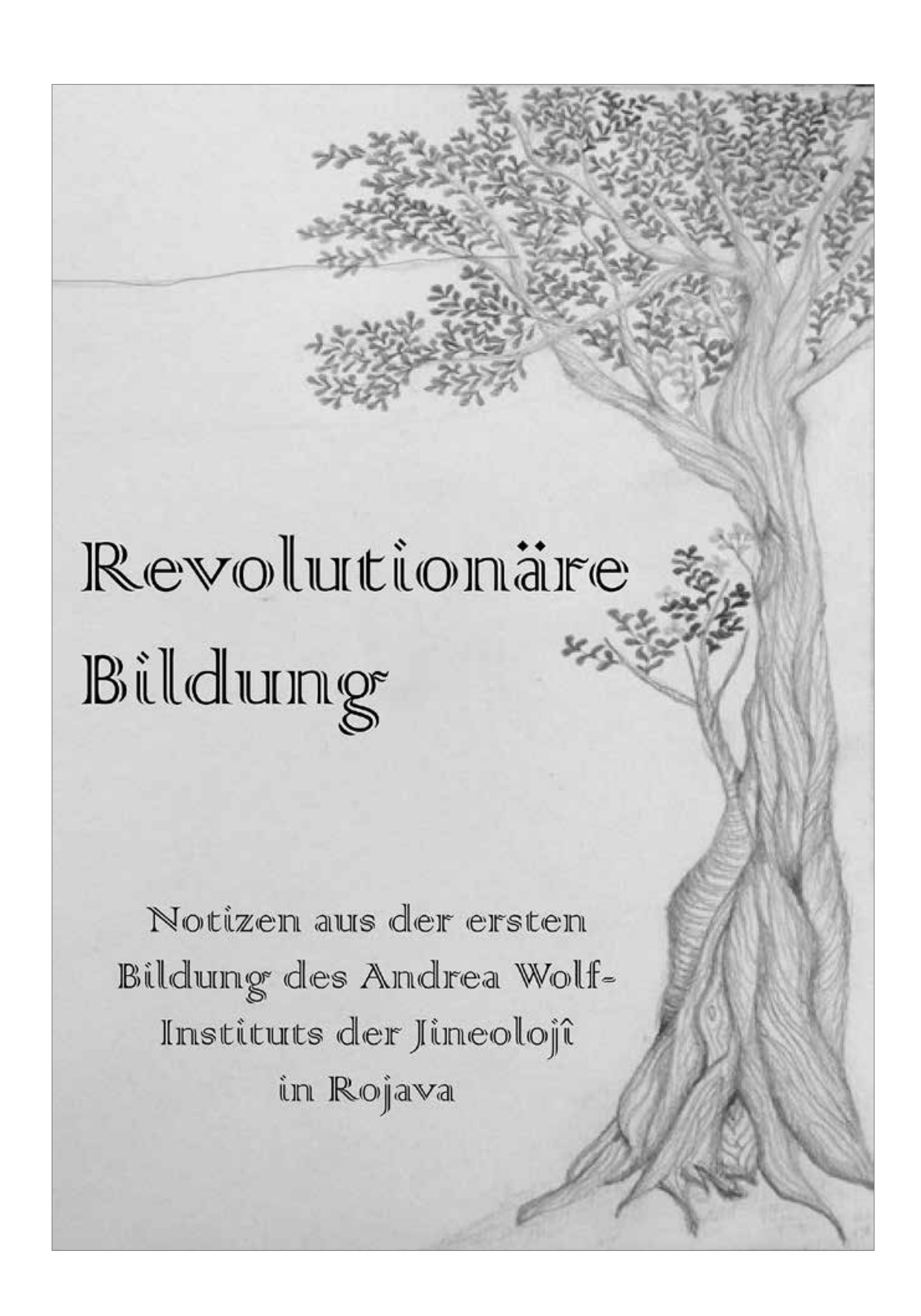
Voneinander lernen

Diese Bildung wurde von den Teilnehmerinnen dokumentiert und als Broschüre veröffentlicht. Deren Inhalt gliedert sich in sieben Teile und umfasst zudem ein Glossar der wichtigsten Begriffe und Konzepte der kurdischen Freiheitsbewegung. Im ersten Teil wird die Akademie und das Institut vorgestellt. Im zweiten Kapitel werden die Leser*innen in das Konzept der Bildung eingeführt und welcher Wert diese innerhalb der Freiheits- und Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan beigemessen wird. Für diese spezielle Bildung kamen Frauen zusammen, die in Rojava arbeiteten. Ein Großteil dieser Frauen kommt ursprünglich aus Nordeuropa, andere aus Südeuropa oder dem Mittleren Osten. Das Zusammenkommen von Frauen aus unterschiedlichen Kulturen bietet die große Chance, voneinander zu lernen, eine gemeinsame Kultur des Teilens zu entwickeln und daraus alternative Persönlichkeiten, alternative Lebenskulturen aufzubauen.

Kollektives Leben

Die kurdische Bewegung war schon immer eine Bewegung, der sich Menschen aus anderen Ländern angeschlossen haben, da hier das Verständnis von Internationalismus geteilt wird, dass es keine wirkliche Veränderung und keine dauerhafte Revolution geben kann, wenn diese nicht global ist und Freiheitskämpfe weltweit nicht auch als die eigenen betrachtet werden. Die afroamerikanische Feministin Audre Lorde prägte diese Perspektive für den Feminismus mit dem Satz: »Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich!« In der Bildung war es möglich, sowohl die Praktiken eines kollektiven Lebens in einem alternativen System zu leben, als auch voneinander zu lernen und Erfahrungen zu teilen. Für Internationalistinnen aus den Metropolen der kapitalistischen Moderne stellen diese Räume eine Chance und eine Hoffnung dar, die sich in der Gefangenschaft der kapitalistischen Ideologie und Funktionsweise so selten bieten, aber gefühlt und gesucht werden. So schreiben sie auch selbst: »Wir glauben, dass die Zeiten, in denen wir le-

ben, die Energie zur Veränderung in sich trägt. Wir sind in der Hoffnung hergekommen, Wege zu finden, diese Energie voll auszuschöpfen. Hier entwickeln wir revolutionäre Liebe und radikale Kämpfe.«



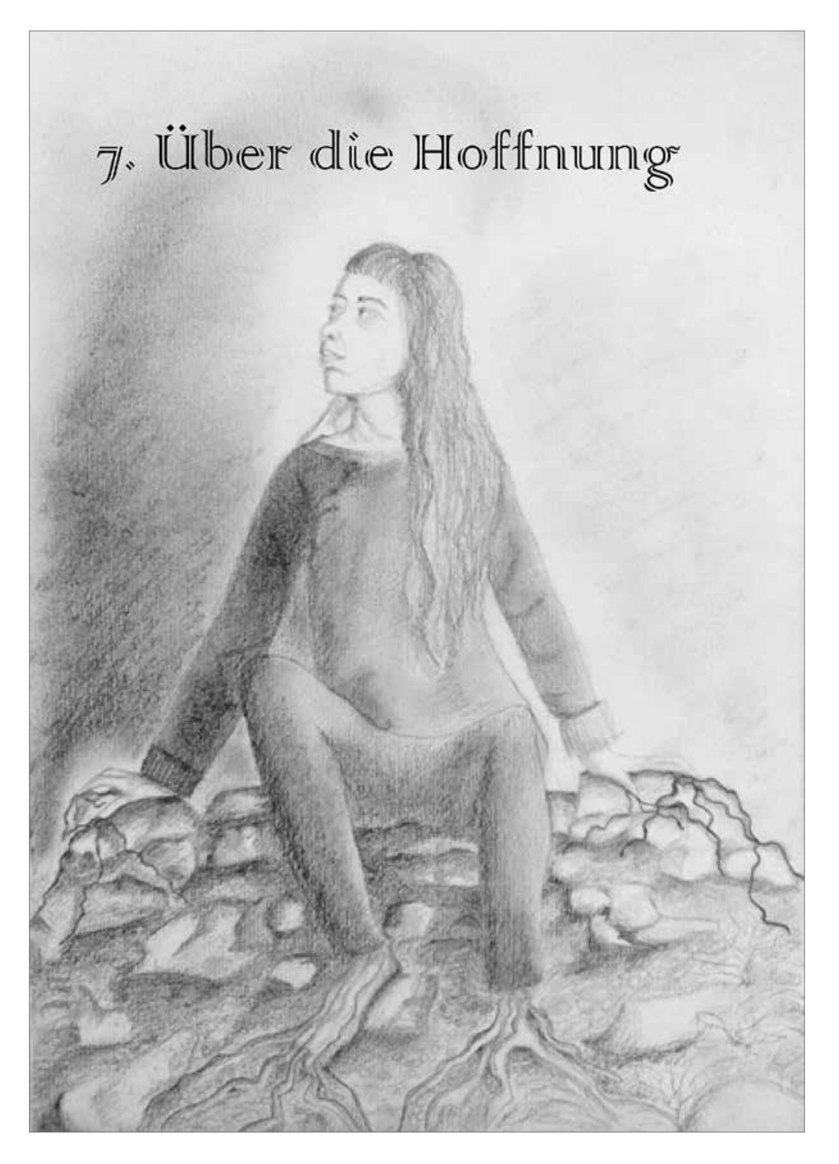
Bildung als kritische Reflexion

Im dritten Kapitel werden wichtige Gedanken einer Genossin aus dem Mittleren Osten geteilt. Sie teilt ihre Beobachtungen über die Erfahrungen, welche die Frauen aus den westlichen Ländern mitbringen. Ihrer Betrachtung nach mangelt es den Bewegungen im Westen insbesondere an Kontinuität, welche sich insbesondere in der Trennung zwischen politisch und privat ausdrückt. Letztere Trennung wurde wiederholt auch von westlichen feministischen Bewegungen kritisiert und immer wieder auch angegangen. Jedoch hat das kapitalistische System gut verstanden, wie es Widersprüche zumindest oberflächlich absorbiert und sich aneignet, oder zumindest verschleiert. Umso wichtiger, Bildung auch als kritische Reflexion von allen Aspekten des Lebens zu begreifen – »die Hauptdimension unserer Bildung war das Leben selbst«.

Die Erkenntnis, dass wir alle voneinander abhängig sind und der Mensch nicht autonom lebt, sondern sowohl mit anderen Menschen, als auch mit all den anderen Formen des Lebens, ist etwas, was durch Individualisierung und Entfremdung in den westlichen Metropolen verschleiert werden soll. Im vierten Kapitel wird beschrieben, dass die Bildung auch selbst in Kommunen organisiert war. Die Praktiken des Gemeinschaftslebens konnten somit direkt erfahren werden. Zudem wird beschrieben, welche Rolle Rituale einnehmen können. Dabei gilt es jedoch Rituale stets kritisch zu betrachten, denn ohne sich ständig auch selbst zu (hinter-)fragen »Wieso mache ich das?«, »Welche Bedeutung gebe ich diesem Moment?«, droht ein Verlust der Ernsthaftigkeit und Bedeutung von ritualisierten Praktiken wie beispielsweise dem Gedenken.

Die eigene Geschichte kennen und sich als Teil davon sehen

Der Hauptteil der Broschüre setzt sich aus der inhaltlichen Wiedergabe der verschiedenen Seminare der Bildung zusammen. Behandelt werden: Wahrheitsregime; Geschichte des Mittleren Ostens und Orientalismus; Nation, Staat, Religion und Familie in Europa; Liberalismus; Jineolojî, Hevjiyana



Azad;[3] demokratische Nation und demokratischer Konföderalismus. Auf eine Wiedergabe des Inhalts wird an dieser Stelle zugunsten des Aufrufes verzichtet, die Broschüre gemeinsam zu lesen und die dort benannten Punkte zu diskutieren. Das Bedürfnis zu verstehen schließt ein, die eigene Geschichte zu kennen und sich als Teil dieser zu sehen. Aus vergangenen Fehlern gilt es zu lernen und bisher ungenutzte Potenziale zu entfalten und sich anzueignen. Doch auch Utopien oder Vorstellungen einer auf Solidarität basierenden Zukunft, müssen formuliert werden. Diese Formulierungen lassen sich jedoch nicht von der Gegenwart trennen, denn auch in alltäglichen Praktiken gilt es, sowohl bedeutungsvolle Beziehungsformen alltäglich (wieder-)herzustellen, als auch für die materiellen Grundlagen einer kollektiven Gestaltung des Lebens zu kämpfen.

Kritik und Selbstkritik

Die beiden abschließenden Teile umfassen eine Beschreibung der sogenannten Plattformen und abschließende Worte einer Teilnehmerin »Über die Hoffnung«. Eine Plattform lässt sich als eine Methode der Kritik und Selbstkritik verstehen, geht jedoch noch tiefer in die persönliche Lebensgeschichte einer jeden Person ein und dient der Analyse der eigenen Persönlichkeit. Sich gegenseitig zu kritisieren ist eine solidarische, fürsorgliche Praxis und sollte auch als solche aufgefasst und wertgeschätzt werden. Kritiken fungieren zudem als Spiegel von Geschichte und Gesellschaft, da das Individuum nicht isoliert betrachtet werden kann.

Im Oktober 2019 fiel der türkische Staat in weitere Teile von Nord- und Ostsyrien ein und hält diese Gebiete bis heute besetzt. Vielmehr hat sich der Krieg noch weiter intensiviert, die kurdische Freiheitsbewegung in Südkurdistan steht unter der permanenten Bombardierung durch die türkische Luftwaffe, die Repression in Nordkurdistan gegenüber der demokratischen Opposition und der kurdischen Zivilbevölkerung hält unvermindert an. Die Worte am Ende der Broschüre wurden kurz nach der Invasion 2019 verfasst und heben die Bedeutung der Hoffnung inmitten all dieser Brutalität hervor: »Die Hoffnung war schon immer die am schwersten zu ziehende Saat. Sie fühlt sich zu zart und zerbrechlich an, um in dieser Welt zu existieren. Manchmal dämpfen wir sie mit Fleece und Netzen, um sie vor der Härte unserer Umgebung zu schützen. Aber damit sie wachsen und bestäubt werden kann, muss sie vom Wind geschüttelt werden. Sie muss lernen, sich gegen Vögel zu verteidigen und starke Wurzeln zu bilden, damit sie sich an der Erde festhalten kann. Sie wird verwittert und zäh werden, sie wird Blätter und Äste verlieren. Aber, meine Freund_innen, wenn der Sommer kommt, werden ihre Früchte die süßesten von allen sein.«

Die Broschüre »Revolutionäre Bildung am Andrea Wolf-Institut« als PDF-Datei: https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2020/05/Revolutionary-education-deutsch.pdf ♦

3 Hevjiyana Azad – Kurmancî für hev – zusammen, jiyan – Leben und azad – frei. Es ist ein Konzept der Philosophie von Abdullah Öcalan und bedeutet »Zusammenleben in Freiheit«. Laut Abdullah Öcalan kann dies nur durch kollektive Befreiung und kommunale Formen des Zusammenlebens erreicht werden, nicht nur unter Menschen, sondern auch mit der Erde, der Natur und allen Lebewesen.

Unser Kampf richtet sich gegen das Patriarchat und damit verbunden gegen den Kolonialismus und den Rassismus

Feministische Revolution in Abya Yala

Ein Interview mit Adriana Guzmán vom Antipatriarchalen Kommunitären Feminismus in Bolivien

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich in den Territorien von Abya Yala[1] diverse feministische Bewegungen mit unterschiedlichen politischen Zielsetzungen gebildet. Eine dieser Bewegungen ist der Kommunitäre Feminismus, der in mehreren Ländern vertreten ist und sich im Rahmen einer breiteren kontinentalen Strömung indigener Bewegungen auf traditionelle Formen der Weltanschauung und des Gemeinschaftslebens beruft. Die Kommunitären Feministinnen verfolgen einen dekolonialen, antikapitalistischen und antisystemischen Ansatz. Mónica Grados und Tamara Candela der Initiative für Basisbewegungen in Abya Yala (INAY) führten für den Kurdistan Report ein Interview mit Adriana Guzmán aus La Paz über die Bewegung und über die aktuelle politische Situation unter der Putschregierung. Adriana ist Angehörige der Volksgruppe der Aymara und internationale Sprecherin des Antipatriarchalen Kommunitären Feminismus in Bolivien.

1 Abya Yala, aus der Sprache der Kuna aus Panama, ist die postkoloniale Bezeichnung für den fälschlicherweise »Lateinamerika« genannten Kontinent. Sie wurde von den organisierten indigenen Bevölkerungen übernommen.

Adriana, was kannst Du uns über den Antipatriarchalen Kommunitären Feminismus und Eure Kämpfe in den vergangenen Jahren erzählen?

Als Feministinnen organisierten wird uns zuerst während der Gasmassaker im Jahr 2003.[2] Das große Problem, das wir auf dieser Seite der Welt haben, ist der Extraktivismus, sind die transnationalen Unternehmen, die Ausbeutung der Gasvorkommen und anderer Ressourcen. Damals ging es um den Verkauf der bolivianischen Gasvorkommen an die USA. Der Präsident entsandte Soldaten in verschiedene Regionen, hauptsächlich nach El Alto, um dort Massaker an der protestierenden Bevölkerung zu verüben. Wir nahmen an den Mobilisierungen teil und bemerkten, dass wir Frauen zwar den gleichen Kampf führten wie die Männer, aber nicht unter den gleichen Bedingungen. So wurden zum Beispiel viel mehr Männer ermordet als Frauen. Der Machismo ließ unsere Brüder denken, die Kugeln würden sie nicht töten. Wir Frauen jedoch durften nicht sterben, denn wir waren diejenigen, die die Kinder aufziehen mussten. Es bedurfte also einer Diskussion der Frauen. Und diese musste berücksichtigen, dass wir aus verschiedenen Klassen kommen, dass es indigene, schwarze und nicht schwarze Frauen gibt, dass wir nicht gleich sind. Es ging um eine politische Positionierung, deswegen nannten wir uns Feministinnen. Dies half uns, mit den Männern in einen Dialog zu treten und am politischen Prozess teilzunehmen, denn sie waren es, die zu dem Zeitpunkt den Indianismus, den Kommunismus und den Sozialismus vertraten. Später nannten wir uns Kommunitäre Feministinnen, weil wir uns als Aymaras und Quechuas verstanden, womit wir die kolonialen Pakte durchbrachen, die dazu führen, dass wir unsere Mütter und Großmütter verleugnen. Auch mussten wir einen Vorschlag erarbeiten und dieser war und ist die Gemeinschaft.

2 Im »Gas-Krieg« 2003 hatten tausende Bewohner der Armenstadt El Alto gegen die Entscheidung der De-Lozada-Regierung protestiert, bolivianisches Flüssiggas weit unter Weltmarktpreis ins US-amerikanische Kalifornien zu exportieren. Straßenblockaden hatten die Hauptstadt eingekesselt und von der Außenwelt abgeschnitten. Bei den Protesten waren 67 Menschen ums Leben gekommen, rund 400 wurden verletzt. Siehe auch https://amerika21.de/nachrichten/2011/09/39728/urteil-gas-krieg



Adriana Guzmán

2008 gründeten wir den Kommunitären Feminismus, 2016 fügten wir »Antipatriarchal« hinzu, denn manchmal reproduzieren sich innerhalb der Selbstorganisationen die Logiken der Macht, so dass wir das Patriarchat innerhalb und außerhalb der Organisationen bekämpfen müssen.

Der Antipatriarchale Kommunitäre Feminismus ist ein Symbol des Kampfes, nicht nur der Feministinnen, sondern auch der allgemeinen gesellschaftlichen Kämpfe, zum Beispiel gegen den Einfluss von internationalen Organisationen in den Ländern. Was sind Eure Ziele?

Unser Kampf richtet sich gegen das Patriarchat und damit verbunden, gegen den Kolonialismus und den Rassismus, denn wir wollen in Würde leben. Unser Kampf ist für das Vivir Bien, das Erbe der Völker − verstanden als das Leben in der Gemeinschaft − zwischen den Menschen und mit der Natur, ohne Akkumulation von Reichtum, ohne Ausbeutung. Wir kämpfen darum, dass dies jeden einzelnen Tag geschieht. Uns als Feministinnen zu bekennen hat uns dazu geführt, uns der Gewalt zu stellen, gewalttätige Beziehungen zu verlassen, eine eigene Stimme in der Politik zu haben, über Gesundheit zu diskutieren. Das ist das Vivir Bien. Es bedeutet, das Leben zu transformieren, das uns Frauen in eine untergeordnete Position setzt, ohne Stimme und ohne Worte.

Beinhaltet euer Vorschlag eine neue kommunitäre Ideologie?

Wir haben das Leben in der Gemeinschaft nicht erfunden. Sie ist die Lebensweise, die den individualistischen, patriarchalen, frauenfeindlichen und rassistischen Kapitalismus überdauert hat. Sie hat andere Formen der Wirtschaft, eine eigene Form der Justiz, der Organisation, ein anderes Prinzip der Verteilung von Macht. Unser Vorschlag ist ein Vorschlag für das Leben, für die Politik, für die Kultur. Es gibt nicht nur eine Weise die Welt, die Beziehung zur Natur, zur Musik oder zum Essen zu verstehen, auch wenn das System uns das glauben machen will. Die Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, wie nützlich die ländliche Gemeinschaft ist. Denn dort zirkulieren die Nahrungsmittel, sie organisiert sich, um Diversität zu produzieren und muss nicht vom herrschenden System abhängig sein. Das Problem sind die Städte, die ihre Nahrung nicht selbst produzieren und Ausbeutung verursachen. Auch sind wir im Austausch mit anderen Selbstorganisationen, wir

nehmen an der öffentlichen politischen Diskussion teil und wir hinterfragen die universitäre Akademie, die Universalität der Inhalte.

In den andinen Gemeinschaften[3] in Peru und Bolivien gelten besondere Werte wie die Solidarität und die Geschwisterlichkeit der Völker und Gemeinschaften. Die drei Grundsätze sind Ama Sua, Ama Llulla, Ama Quella (Sei kein Dieb, sei kein Lügner, sei nicht untätig).

Ja, die Justiz basiert auf diesen Grundsätzen und die Gemeinschaft entscheidet geschlossen, nicht zu lügen, nicht zu stehlen und zu arbeiten. Denn wenn wir alle arbeiten, müssen wir niemanden ausbeuten. Die Wiederherstellung dieser Grundsätze betrifft auch die Bildung, Gesundheit, Ernährung und Politik. In Bolivien wurde versucht, das durchzusetzen. Und natürlich sind wir mit Peru ein gemeinsames Territorium, wir sind ein Volk und ohne diese Werte und diese Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hätten wir nicht überlebt.

Was wäre die angemessene politische Lösung der aktuellen Probleme in Bolivien? Seht ihr diese bei Evo Morales Partei, der Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS), oder in der Gründung einer neuen Partei?

Die Gemeinschaft ist eine Form der Selbstorganisation, der Selbstregierung und der Selbstbestimmung. Es ist für uns fundamental, diese Autonomie nicht zu verlieren, denn der Staat sorgt weder für das gesundheitliche noch für das wirtschaftliche Wohlergehen der Bevölkerung. Es ist ein mörderisches System und der Staat ist für uns nicht die Lösung. Mit der de facto Regierung in Bolivien haben wir ein dringendes Problem, das gelöst werden muss. Denn erst dann wären wir frei von Repression und politischer Verfolgung. Auch verfolgt die de facto Regierung keine angemessene Gesundheitspolitik. Um überleben zu können, muss diese Regierung weg und das bedeutet bei den nächsten Wahlen, die MAS zu wählen. Wir glauben nicht, dass die de facto Regierung die Wahlen respektieren wird. Und wir glauben auch nicht, dass die Wahlen und die Demokratie die Konflikte lösen, mit denen wir konfrontiert sind. Dafür muss ein anderes Lebensmodell geschaffen werden. Andererseits ist die MAS keine Partei wie alle anderen. Sie ist ein politisches Instrument, das von den Völkern geschaffen wurde. Der Staat hat die MAS verschlungen. Er ist eine bourgeoise kapitalistische Maschinerie, die alles verschlingt, auch die Träume und die Kämpfe. Wir müssen die Putschregierung absetzen und dann keine weitere Partei schaffen, sondern die Autonomie und Selbstbestimmung der Völker stärken.

Uns mit den kurdischen Schwestern zu solidarisieren bedeutet daran zu erinnern, dass es keine Grenzen gibt, dass der Kampf gegen das Patriarchat von Abya Yala bis nach Kurdistan reicht.

Ihr solidarisiert euch mit der kurdischen Bewegung, vor allem mit der autonomen Frauenbewegung in Rojava. Was ist es, das eure Kämpfe verbindet?

Ausgehend vom Gedächtnis unserer VorfahrInnen glauben wir, dass die Autonomie und Selbstbestimmung der Völker die Basis der Würde und der Revolution sind. Der Kampf der KurdInnen für Autonomie und die Wiederherstellung ihres Territoriums ist ein Kampf, den auch wir führen. Es ist auch unser Kampf, denn wir können nicht gut leben, wenn es einem anderen Volk schlecht geht, wenn es unterdrückt und unterworfen wird. Wir sind mit den kurdischen Schwestern aufgrund ihrer Positionierung gegenüber dem Patriarchat vereint, aufgrund ihrer Überzeugung, dass wir keine andere Welt aufbauen können, wenn es kein Verständnis für die Frauen und wenn es weiterhin Verletzungen und Gewalt gibt. Wichtig sind für uns hier die Kenntnisse der Frauen in der Jineolojî und die Selbstbestimmung in Rojava, die es beispielsweise ermöglicht haben, dort ein Frauendorf aufzubauen.

Unsere Ansätze ähneln sich und im Austausch mit den kurdischen Schwestern treffen wir uns als Geschwister, als alte und weise Völker. Auf dieser Grundlage möchten wir heute in dieser Welt leben können, doch das wird ohne Kämpfe nicht möglich sein. Uns mit den kurdischen Schwestern zu solidarisieren bedeutet daran zu erinnern, dass es keine Grenzen gibt, dass der Kampf gegen das Patriarchat von Abya Yala bis nach Kurdistan reicht.

Vielen Dank für euren Kampf und für die Solidarität mit den Frauen nicht nur in Bolivien und Abya Yala, sondern auch darüber hinaus. Vielen Dank für die Beantwortung unserer Fragen. ♦

3 Indigene Gemeinschaften in den Anden

Die britische Gewerkschaftsbewegung kann auf eine lange Geschichte internationaler Solidarität zurückblicken

Gewerkschaften in Großbritannien und die Freiheit von Abdullah Öcalan

Interview mit Simon Dubbins, Unite the Union

Simon Dubbins, Leiter des Bereichs Internationalismus und Forschung der britischen Gewerkschaft »Unite the Union«, im Gespräch mit dem Kurdistan Report über den Einsatz britischer Gewerkschaften für die Freiheit Abdullah Öcalans

Hallo Simon, danke für deine Zeit! Wir möchten mit Dir über die Kampagne »Freiheit für Öcalan« der Gewerkschaften in Großbritannien sprechen. In der kurdischen Gemeinschaft in ganz Europa und Kurdistan findet diese Kampagne große Aufmerksamkeit. Kannst du uns kurz die Kampagne vorstellen? Wann hat sie begonnen? Wer unterstützt sie? Und was waren die bisher wichtigsten Etappen der Kampagne?

Die Kampagne »Freiheit für Öcalan« wurde im April 2016 von zwei Gewerkschaften gestartet und wird inzwischen von den 15 größten und einflussreichsten Gewerkschaften Großbritanniens getragen. Sie wird vom gewerkschaftlichen Dachverband in Großbritannien, dem Trades Union Congress (TUC) voll und ganz unterstützt.

Die britische Gewerkschaftsbewegung kann auf eine lange Geschichte internationaler Solidarität zurückblicken. Sie stand in zahlreichen Kämpfen an der Seite vieler Völker. Sie setzte sich gegen die Apartheid in Südafrika ein, unterstütze das kubanische Volk und war in jüngster Zeit solidarisch mit dem palästinensischen Volk.

Was die Türkei und die Kurden betrifft, so hat es immer Solidaritätsbekundungen der britischen Gewerkschaften mit der kurdischen Gesellschaft und all denjenigen gegeben, die in der Türkei gegen Unterdrückung kämpfen. Aber nach den Ereignissen in Kobanê und der aktiven Unterstützung des türkischen Staates für den »Islamischen Staat« (IS) war klar, dass mehr getan werden musste.

Angesichts der sich rapide verschlechternden Lage in der Türkei, in Syrien und im gesamten Nahen Osten war man nach einigen tiefgreifenden Diskussionen der Ansicht, dass der beste Weg darin bestand, eine Solidaritätskampagne aufzubauen, die sich zentral um die Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan dreht. Es war uns klar, dass viele der Konflikte in der Region mit der kurdischen Frage verknüpft sind und dass eine Lösung nur durch Verhandlungen erzielt werden kann. Der Schlüssel zur Schaffung von Frieden und zur Beendigung des Leids und Blutvergießens liegt in Verhandlungen. Solch ein Verhandlungsprozess kann nur erfolgreich sein, wenn Abdullah Öcalan frei ist und seine Rolle voll ausspielen kann. Außerdem ist es für uns auf rein humanitärer Basis äußerst entsetzlich, dass Herr Öcalan seit über 20 Jahren inhaftiert ist und davon die meiste Zeit in Einzelhaft, ohne Zugang zu den Anwälten und Anwältinnen oder der Familie, verbringen muss. Das ist eine empörende Verletzung der elementarsten Menschenrechte, die zu jedem möglichen Zeitpunkt angefochten werden muss.

Wo siehst du den bisherigen Erfolg der Kampagne? Konntet ihr mit Euren Erklärungen die breitere Gesellschaft erreichen? Und wie sieht es mit den Politikern in Großbritannien aus? Habt ihr zum Beispiel Reaktionen von der Labor Party erhalten?

Die Kampagne »Freiheit für Öcalan« ist seit ihrem Beginn 2016 immer stärker geworden und hat sich zweifellos zu einer etablierten Kampagne in der britischen Gewerkschaftsbewegung entwickelt. Wir betrachten es als wichtigen Erfolg, dass es uns gelungen ist, das Tabu um Herrn Öcalan zu brechen, und dass 15 der größten Gewerkschaften Großbritanniens und der Zentralverband die Kampagne nun aktiv unterstützen. Es war auch ein großer Erfolg, dass die Öcalan-Kampagne als internationales Thema für zwei der größten Gewerkschaftsveranstaltungen im Vereinigten Königreich ausgewählt wurde − die Durham Miners Gala´ 2018, an der über 200.000 Menschen teilnahmen und die Tolpuddle Martyres-Veranstaltung 2019, an der ebenfalls Zehntausende aus dem ganzen Land zusam-



TUC-Kongress 2019: Alle 700 Kongressdelegierten zeigen ein Plakat mit dem Gesicht von Herrn Öcalan in der Hand und verpflichteten sich zur Solidarität und zur Fortsetzung der Kampagne für seine Freiheit. Foto: https://www.freedomforocalan.org/

men kamen. Darüber hinaus veranstaltete der TUC-Kongress 2019 eine äußerst wichtige Solidaritätsveranstaltung, bei der alle 700 Kongressdelegierten ein Plakat mit dem Gesicht von Herrn Öcalan in der Hand hielten und sich zur Solidarität und zur Fortsetzung der Kampagne für seine Freiheit verpflichteten.

All dies war enorm wichtig, um das Bewusstsein zu schärfen und die Kampagne im Vereinigten Königreich aufzubauen. Aber es ist wahr, dass es noch ein sehr langer Weg ist, um weitere Unterstützung zu gewinnen. Wir wissen, dass es in der breiten Bevölkerung immer noch an Bewusstsein fehlt und dass noch viel Arbeit zu tun bleibt. Wir sind uns darüber im Klaren, dass es in dieser Zeit der Corona-Pandemie sehr schwierig ist, die Aufmerksamkeit und das Interesse der Menschen zu wecken. Aber wir haben keinen Zweifel daran, dass nun eine viel bessere Grundlage besteht, auf der wir aufbauen können, um so die Pläne schneller umsetzten zu können.

In der politischen Arena gibt es noch viel zu tun und wir müssen uns dem großen Problem der sehr engen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen der britischen und der türkischen Regierung stellen. Aber es ist auch klar, dass die äußerst aggressiven Militäraktionen der Türkei, ihre Unterstützung für die Dschihadisten und ethnischen Säuberungen die Dinge für die türkische Regierung erschweren. So müssen wir weiter daran arbeiten die Kriegsverbrechen der Türkei aufzudecken und gleichzeitig Unterstützung für eine Lösung des Konflikts durch Verhandlungen zu gewinnen, die Herrn Öcalan einschließt. Wir haben eine sehr gute Unterstützung von vielen Mitgliedern der Labour Party, den schottischen und walisischen Autonomiebewegung sowie der Sinn Fein im Norden Irlands. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Labour Party die Ziele der Kampagne offiziell unterstützt.

Du machst deutlich, dass Öcalan nicht nur der wichtigste politische Gefangene in der Türkei und der Repräsentant der kurdischen Gesellschaft ist, sondern dass seine Ideen und seine Vision auch für eine Demokratisierung des Nahen Ostens wichtig sind. Kannst du das etwas näher ausführen?

Es war immer klar, dass Herr Öcalan und die kurdische politische Bewegung so viele Werte mit der Gewerkschaftsbewegung gemeinsam haben, die der Inklusivität, der Toleranz, der Demokratie, der Antidiskriminierung, der Frauenrechte, des Umweltschutzes und so weiter. Dies sind genau die Werte, die Erdoğan und die Dschihadisten auszulöschen und zu zerstören versuchen. Es ist wichtig, dass wir sie in diesem kritischen Moment noch energischer vertreten. Öcalans demokratisch-konföderalistischer Ansatz bietet eine Vision davon, wie ein neu konstituierter Naher Osten für alle Gesellschaften aussehen könnte und wie der barbarischen Gewalt und dem Töten ein Ende gesetzt werden könnte.

Aber es ist von entscheidender Bedeutung, dass mehr Menschen wirklich verstehen, dass Öcalans Ideen nicht einfach nur Theorien sind, die auf dem Papier existieren. Sondern dass diese Ideen, da wo sie in die Realität umgesetzt wurden und man

ihnen die Chance gegeben hat sich in der Praxis zu behaupten, bewiesen haben, dass sie funktionieren können.

Das Beispiel Nord- und Ostsyriens (Rojava) strahlt wie ein Leuchtfeuer, das mehr Menschen bewusst gemacht werden muss. Eine integrative Gesellschaft aufgebaut zu haben, die jeden ungeachtet seiner Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit oder seines Geschlechts wertschätzt, ist eine wirklich erstaunliche Leistung nach dem entsetzlichen Schaden, den der IS und seine Unterstützer der Region zugefügt haben.

Herrn Öcalans Schriften und seine Ansätze geben Hoffnung und eine Vision für eine neue Zukunft im Nahen Osten – eine Zukunft frei von künstlich geschaffenen Nationalstaaten sowie Spaltungen und Hass. Stattdessen schlägt er ein System vor, in dem alle Ethnien, Religionen und Völker friedlich zusammenleben könnten. Ich denke, diese Botschaft wird immer populärer und mächtiger – vor allem unter Frauen und jungen Menschen – und das erklärt wahrscheinlich, warum so viele reaktionäre Kräfte so sehr versuchen das zu zerschlagen, was in Rojava aufgebaut wurde.

Kannst du uns etwas über die nächsten Schritte der Kampagne sagen? Gibt es Überlegungen, die Kampagne internationaler zu gestalten, z. B. indem man die Gewerkschaften in anderen Ländern davon überzeugt die Kampagne zu unterstützen?

Wir wollen die Kampagne im Vereinigten Königreich unter den Beschäftigten in den Betrieben und in der breiteren Öffentlichkeit weiter ausbauen und den politischen Druck aufbauen, um die britische Regierung dazu zu bewegen, die Freilassung von Herrn Öcalan zu fordern. Wir wissen, dass dies im veränderten Kontext von Covid-19 und den vielen anderen Problemen, mit denen das Vereinigte Königreich konfrontiert ist, wie z. B. der Brexit, nicht einfach sein wird, aber wir sind zuversichtlich, dass wir trotz der neuen Herausforderungen weiterhin eine breitere Unterstützung aufbauen können.

Auf internationaler Ebene konzentrieren wir uns absolut darauf zu versuchen, die Unterstützung anderer Gewerkschaftsbewegungen in Europa und darüber hinaus international zu gewinnen. Bei unserer jüngsten Online-Kundgebung erhielten wir Videobotschaften von Kollegen der französischen, italienischen und spanischen Metallarbeitergewerkschaften sowie vom Vorsitzenden des irischen Gewerkschaftsbundes und eine Unterstützungsbotschaft des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes.

Wir haben das Thema so oft wie möglich in unseren europäischen und internationalen Gewerkschaftsverbänden zur Sprache gebracht und werden dies auch in den kommenden Monaten tun. Ich habe keinen Zweifel daran, dass es bereits eine sehr große Unterstützung seitens vieler Gewerkschaftsbewegungen gibt, aber wir müssen diese Unterstützung nutzen und weiter ausbauen. ♦



Gewerkschaftsdemonstration für die Freiheit Abdullah Öcalans in Großbritannien. Foto: UnionNews.co.uk

Unsere Geschichte zu kennen bedeutet, die Kämpfe fortführen zu können

Die Initiative »Geschichte und Widerstand« stellt sich vor

Wer sind die demokratischen Kräfte in der Geschichte des deutschsprachigen Raumes? Welche Spuren haben sie uns hinterlassen? Wie lebten und organisierten sich die Menschen vor der Nationalstaatwerdung, die hier vergleichsweise spät stattfand?

Dies und noch viel mehr sind Fragen, mit denen wir uns als Initiative »Geschichte und Widerstand« seit geraumer Zeit beschäftigen. Immer wieder fällt auf, wie wenig wir und unsere Freund_innen die Geschichte und Geschichten dieser Gegend kennen. Dabei dürften viele schon einmal von der Zeit der Hexenverfolgung, von den sogenannten Germanen oder von den Bauernkriegen gehört haben. Doch wie stehen diese Entwicklungen, Menschen und Veränderungen in der Gesellschaft miteinander in Verbindung? Und wo sind Auswirkungen auf unser heutiges (Zusammen-)Leben womöglich noch spürbar?

Wenn wir uns einmal von der klassischen Geschichtsschreibung lösen, die sich an sogenannter Ereignisgeschichte orientiert und von einem stetigen Fortschritt ausgeht, können wir Zusammenhänge erkennen, die wichtig sind, um die Gesellschaft, in der wir leben, zu verstehen. Die Ideen und Analysen Abdullah Öcalans sind für uns dabei wegweisend. Wie sieht der Fluss der demokratischen Kräfte im heutigen Deutschland aus? Wo gab es Brüche? Was ist die Geschichte des Patriarchats, des Kapitalismus, des Kolonialismus? In welchen Zeiten wurde die Gesellschaft in ihrer eigenen Ethik, in ihrer Kraft sich selbst zu organisieren, geschwächt? Wenn wir begreifen, dass einer jeden Gesellschaft ein ureigener Drang innewohnt nach Gemeinschaft, nach (Selbst-)Organisierung – nennen wir es Gesellschaftlichkeit basierend auf Ethik und Selbstbestimmung – dann können wir in der Geschichte erkennen, dass es immer ein Ringen um diese Gesellschaftlichkeit gab. Auch wenn der Staat im heutigen Deutschland sehr tief in die Gesellschaft eingedrungen ist, so hat er es doch nie gänzlich geschafft, sie zu zerstören.

Öcalans Analysen folgend ist es wichtig, dorthin zurückzugehen, wo wir unsere Freiheit verloren haben. Und wenn wir uns Geschichte nicht bloß als einzelne Ereignisse, die sogenannte Ein-Personen-Geschichte, vorstellen, sondern mehr als ein stetiges Ringen zwischen der demokratischen Gesellschaft und ihren ethischen Werten einerseits und staatlicher, zentralistischer Macht andererseits, so können wir Muster und Kontinuitäten erkennen. Dies ermöglicht uns aus der Geschichte zu lernen, unsere Analysen zu vertiefen und Ansatzpunkte für unsere gegenwärtigen und zukünftigen Kämpfe zu finden und auf dieser Grundlage eine freie Gesellschaft aufzubauen.

Die Geschichte des Patriarchats

Der erste große Bruch in den Gesellschaften stellt der Übergang von der natürlichen Gesellschaft zum Patriarchat dar. Wir sprechen hier von einer Übergangsepoche vor 6.000 Jahren. Wie sah dieser Übergang aus? Wie konnte sich das Patriarchat nach so langer Zeit gemeinschaftlichen Zusammenlebens durchsetzen? Wo finden wir Spuren matriarchaler Gesellschaften?

Wenn wir uns die Geschichte von heute bis zu diesem ersten Bruch anschauen, so schauen wir uns eigentlich die Geschichte des Patriarchats – und später des kapitalistischen Patriarchats – an.

Öcalan und die Jineolojî sprechen in dem Zusammenhang auch von Wahrheitsregimen. Die Geschichte wird nicht länger in Ereignisse eingeteilt, sondern in Epochen, in denen jeweils ein bestimmtes Werte- und Denksystem vorherrschte, welches das Patriarchat aufrecht erhielt: Mythologie, Philosophie, Religion und Wissenschaft. Natürlich existierten immer auch verschiedene Systeme neben- und ineinander, jedoch hatte immer eins die Vorherrschaft. Und auch wenn es zu einem scheinbaren Bruch kam, weil ein System das andere ablöste, so dienten sie doch immer der Aufrechterhaltung des Patriarchats. So ist klar ersichtlich, dass die kapitalistische Moderne, welche in der Phase der Frühen Neuzeit eingeläutet wurde, durch den Wandel von dem Wahrheitsregime »Religion« zu »Wissenschaft« ermöglicht wurde. Die positivistische Wissenschaft baute ihr Fundament aus Sexismus und Rassismus. Sie lieferte den herr-



Ein 1555 im niedersächsischen Derneburg verteiltes Flugblatt. Foto: Archiv

schenden Klassen die Legitimierung für Kolonisierung und Hexenverfolgung. Wir können hier eine Veränderung im System der Macht erkennen: Sie musste nicht mehr zwangsläufig von oben und außen hergestellt werden; vielmehr wurden mit Sexismus und Rassismus Systeme von Macht erschaffen, die sich in die Köpfe eingebrannt haben, wodurch sie sich immer wieder selbst reproduzieren – Patriarchat blieb aber auch hier weiterhin die Grundlage dieser Systeme und wurde durch den Wechsel des Wahrheitsregimes noch weiter institutionalisiert.

Dies war eine Phase, deren Auswirkungen bis heute weltweit spürbar sind; in kolonialen Kontinuitäten, im gesellschaftlichen Sexismus und Rassismus und im Angriff auf die ethischen Grundlagen der Gesellschaften, nicht zuletzt der Gesellschaft des heutigen Deutschlands.

Weiterhin lässt sich beobachten, wenn wir uns die »long durée«[1], also nicht einzelne Ereignisse, sondern eine große, lange Zeitspanne – Geschichte aus Vogelperspektive sozusagen – anschauen, dass es bestimmte Faktoren gibt, welche Herrschaft als solche ausmachen. Diese sind es, von denen Öcalan als Zivilisation spricht: die Monopolisierung und Zentralisierung der Macht in politischen, ideologischen, militärischen Bereichen und die Aneignung der Reichtümer einer Gesellschaft.

Es wird ersichtlich, dass diese Zentralisierung von Macht immer einhergeht mit Angriffen auf die gesellschaftliche Rolle der Frau. Na klar, wir sprechen auch vom Patriarchat, aber wie genau sahen diese Angriffe aus? Und wie haben sich die Menschen dagegen gewehrt? Was waren die Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes?

Wir wissen mittlerweile, dass in der Frühen Neuzeit, also zur Zeit der Hexenverfolgung, der Kolonisierung und der Bauernaufstände, über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten Aufstände organisiert wurden, bei denen das Tragen von Kleidung, die dem jeweils anderem Geschlecht zugeordnet wurde, eine wesentliche Rolle spielte. Wir wissen z. B. von den »Mères

1 Longue durée (deutsch lange Dauer) bezeichnet einen geschichtswissenschaftlichen Fachbegriff, der die Geschichtswissenschaft auf eine neue, strukturalistische Grundlage stellt. Dieser Begriff ist von Fernand Braudel aus der Annales-Schule geprägt worden.

et ses enfants« (die Mütter und ihre Töchter) aus Frankreich oder der Rebecca und ihren Töchtern aus England. Immer gab es eine anführende »Mutter«, deren »Töchter« ihr symbolisch, aber auch tatkräftig und ganz real den Weg freikämpften, da »der Großen Mutter nichts im Wege stehen darf«. Könnten diese Aufstände Ausdruck einer Rebellion gegen das hierarchische Zwei-Geschlechterverhältnis gewesen sein? Gegen den gesellschaftlichen Sexismus, der durch die Hexenverfolgung zu jener Zeit brutal durchgesetzt werden sollte? Sind sie vielleicht Ausdruck von nicht-binären Geschlechtsentwürfen vor der Hexenverfolgung? Oder knüpfen sie sogar an Göttinnen-Kulte der »Großen Mutter« an?

Wir wissen darüber hinaus auch, dass Bewegungen aus England wie die Levellers und Diggers durchaus einen Zusammenhang zwischen Enteignung, Kolonisierung und Sklaverei analysierten. Und dementsprechend wurde auch die Praxis ausgerichtet: Das System der Kolonisierung wurde zu Beginn an allen erdenklichen Stellen angegriffen. So gab es eine beständige Kommunikation und Austausch über Kämpfe und Aufstände, welcher hauptsächlich durch die Seeleute hergestellt wurde.

Um eine Gesellschaft zu verändern nach Werten wie Ökologie, Basisdemokratie und Geschlechterbefreiung müssen wir verstehen, was die spezifischen Probleme dieser Gesellschaft sind, woher sie kommen und wie sie entstanden sind. Wie wurde gesellschaftliche Ethik durch staatliche Gesetzgebung ersetzt?

Ein weiteres erkennbares Muster der gleichbleibenden Macht mit wechselnden Masken ist der Zusammenhang von der Festschreibung der Rolle der Frau und der Verdrängung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten. Im gleichen Maße wie Sexualität und Liebe Gegenstand von Gesetzen wurden, kam es zu Angriffen auf Geschlechtsentwürfe, die sich einer Einteilung in Mann und Frau widersetzten. Wir können dies sowohl in der Antike zur Zeit der ersten Stadtstaaten als auch im Übergang zur Frühen Neuzeit beobachten. Was bedeutet dies für unser Verständnis von Geschlecht? Welche Rolle hatten Frauen und nicht-binäre Menschen innerhalb der Gesellschaft vor dem Patriarchat? Und zu welchen Zeitpunkten wiederhol(t)en sich Muster?

Zur Zeit der Antike war es beispielsweise die Aufgabe von intergeschlechtlichen Personen, also Personen deren Geschlechtsmerkmale weder ausschließlich dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können, und nicht-binären Personen, den Kult der Großen Mutter-Göttin zu pflegen. Priesterinnenschaften bestanden zum Teil ausschließlich aus Personen, die eine Kastration durchlaufen und damit aus heutiger Sicht eine uneindeutige Geschlechtsidentität angenommen hatten, zum Teil arbeiteten sie gemeinsam mit Frauen als Priesterinnen. Zudem ist auffällig, dass viele der ältesten Darstellungen von Mutter-Gottheiten diese als intergeschlechtlich darstellen.

Die freie Gesellschaft aufbauen

Um eine Gesellschaft zu verändern nach Werten wie Ökologie, Basisdemokratie und Geschlechterbefreiung müssen wir verstehen, was die spezifischen Probleme dieser Gesellschaft sind, woher sie kommen und wie sie entstanden sind. Wie wurde gesellschaftliche Ethik durch staatliche Gesetzgebung ersetzt? Wir müssen dies insbesondere in Deutschland gut und ausführlich analysieren, um zu verstehen, wie sich der Staat und die staatliche Mentalität in der Gesellschaft entwickeln konnte. Denn hier liegt auch der Ausgangspunkt des deutschen Faschismus. Dieser war kein einzelnes Ereignis in der Geschichte, sondern vielmehr Ausdruck der Durchsetzung eines Systems, das versucht, die gesamte Gesellschaft zu durchdringen, ins Geflecht der Macht zu integrieren und alles Gesellschaftliche, alle Unterschiedlichkeit der Gesellschaften zu vernichten. Es ist unabdingbar, dass wir diese Mechanismen tiefgehend begreifen. Und wenn wir die Gesellschaft heute in Deutschland sehen, was müssen wir dann daraus ableiten? Wie muss unsere Praxis aussehen?

In den Schriften der kurdischen Bewegung, gerade in den Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan, werden bereits einige grundlegenden Analysen und Entwicklungen der Gesellschaften in Mitteleuropa gegeben. Sie betten sich ein in ein ganzheitliches Verständnis der Welt, sind Teil eines Denksystems die Welt und den Menschen darin zu begreifen. Das Gedankengerüst der kurdischen Bewegung begreifen auch wir als Grundlage unserer Arbeiten. An vielen Stellen ist es unsere Aufgabe, diese theoretischen Überlegungen zu ergänzen und zu konkretisieren, wenn wir die Realität der kapitalistischen Moderne und ihrer historischen Entwicklung in Mitteleuropa verstehen wollen. Dafür ist es wichtig, den Widerstand der demokratischen, ethischen Gesellschaft mit ihren Ideen, Aufständen, Rebellionen, Revolutionen, Hoffnungen und organisatorischen Strukturen und Lebensweisen zu verstehen.



»Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun. Wie kann es die Länge gut werden? So ich das sage, muss ich aufrührerisch sein.« Thomas Müntzer

Jineolojî – eine Wissenschaft aus Perspektive der Frau

Die kurdische Frauenbewegung hat mit der Jineolojî konkrete Methoden für eine Wissenschaft entwickelt, die dem Aufbau des freien Lebens dient. Wenn wir die Entwicklung des Patriarchats als ersten Bruch begreifen, so ist es von großer Wichtigkeit eine Analyse aus der Perspektive der Frau, welche seitdem versucht wird zu unterwerfen und permanenten Angriffen ausgesetzt ist, zu entwickeln. Die Jineolojî möchte eine Soziologie der Freiheit entwickeln. Sie fügt dabei zusammen, was durch die patriarchale Erzählart und insbesondere durch die positivistische Wissenschaft zerstückelt wurde: Geschichte, Ökologie, Politik, Gesundheit, Ethik und Ästhetik sowie Selbstverteidigung.

Für uns stellt die Jineolojî und insbesondere ihre Methoden die Grundlage für unsere Geschichtsarbeiten dar. Wie nähern wir uns Geschichte an? Welche Quellen nutzen wir? Wessen Perspektive nehmen wir ein? Eine fundamentale Kritik an der positivistischen Wissenschaft und ihren Methoden ist dabei essentiell. Wir möchten denjenigen Spuren folgen, die innerhalb der Gesellschaft überdauert haben: den Liedern, Tänzen, Bräuchen und Geschichten. Den Märchen und Legenden, ja selbst der Natur und den Landschaften. Was können sie uns erzählen über Widerstand und Verlust? Über Göttinnenkulte oder vielleicht die Industrialisierung? Auch wenn durch die Angriffe der Hexenverfolgung ganze Wissensarchive zerstört wurden, so hat dennoch einiges überdauert, was es gilt aufzuspüren und der Gesellschaft zurückzugeben.

Jineolojî ist eine Wissenschaft, die der Gesellschaft dient und nicht bloß Wissen in einer Liga von Experten anhäuft – auch das ist ein zentraler Aspekt, welcher für uns eine wichtige Rolle spielt. Wie können wir die Geschichten in Erinnerung behalten? Wie kann Geschichte Teil unseres alltäglichen Lebens und unseres Kampfes werden? Und wie kann das Wissen um die Geschichte der Widerständigen, ihrer Hoffnungen und der fortdauernden Kämpfe – die demokratische Linie – der Gesellschaft zurückgegeben und lebendig gehalten werden?

Darüber hinaus bilden auch dekoloniale und indigene Methoden eine wichtige Grundlage unserer Arbeitsweise: Wie setzen wir uns in Bezug zu dem Erforschtem? Zu den Menschen, die darin eine Rolle spielen? Welche Verantwortung bringt das erlangte Wissen mit sich? Wie können wir gewährleisten, dass dieses Wissen dem Aufbau eines freien und guten Lebens dient? Wie können wir das Wissen auch mit Humor vermitteln? Und dabei gilt auch für uns: Wir haben nicht das Recht, alles zu wissen.

Viele offene Fragen

All dies sind Fragen zu denen wir uns zusammen und gemeinsam auseinandersetzen. Recherchieren, Reisen und Wandern, Geschichten lauschen, Nachspüren und in uns hinein horchen, uns erinnern – all dies begreifen wir als Teil dessen. Uns den Rücken stärken, mit all dem, was vor uns war. Und dann: Verantwortung übernehmen. Oder um es mit dem Zitat einer Freundin während der letzten Geschichtsbildung zu sagen: »Ich gehe mit vielen offenen Fragen heraus, die ich aber auch als eine Handlungsanweisung für mich verstehe.« All dies und noch viel mehr bedeutet für uns Geschichtsarbeit. ♦

Neuerscheinung: Broschüre zum würdevollen Gedenken an Halim Dener

»Halim Dener – Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen«

Interview mit der Kampagne Halim Dener

Zum 26. Jahrestag des Mordes an Halim Dener habt ihr als Kampagne eine umfangreiche Broschüre mit dem Titel »Halim Dener – Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen.« veröffentlicht. Könnt ihr, bevor wir auf die Neuerscheinung zu sprechen kommen, auf eure Kampagne näher eingehen? Seit wann ist die Kampagne aktiv und wie wertet ihr ihren Verlauf? Habt ihr es geschafft, dieses Thema in Hannover in die Öffentlichkeit zu rücken?

Die Kampagne Halim Dener hat sich im Jahre 2014 gegründet, zunächst mit dem Ziel, zum 20. Todestag von Halim am 30. Juni mehr Aufmerksamkeit für sein Schicksal in der Öffentlichkeit zu erreichen. Zu diesem Zeitpunkt dachte noch niemand daran, eine mehrjährige Kampagne zu starten. Traditionell hatte die kurdische Bewegung an Halims Todestag immer kleine Gedenkkundgebungen veranstaltet, die allerdings nur wenige Menschen erreichten. Der 20. Todestag schien ein guter Anlass zu sein, dies zu ändern und die Erinnerung an Halim Dener mehr in die Stadtöffentlichkeit zu tragen. Zuerst galt es aber, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Was uns aus heutiger Sicht in Hannover selbstverständlich scheint – eine enge und solidarische Verbindung zwischen der deutschen radikalen linken Szene und der kurdischen Bewegung – existierte damals nicht, jedenfalls nicht mehr. Im Vorfeld der Demonstration 2014 mussten die Kontakte deshalb völlig neu aufgebaut werden. Einladungen zu gemeinsamen Festen und Veranstaltungen halfen beim Kennenlernen und trugen dazu bei, über persönliche Bekanntschaften Vertrauen aufzubauen. Darüber hinaus verband – wie so oft – auch die Auseinandersetzung mit staatlicher Repression. Vor allem waren uns kurdische Jugendliche bekannt, die von staatlichen Sicherheitsbehörden drangsaliert wurden. Die Kontakte zu ihnen waren über gemeinsame Antirepressionsarbeit mit anderen linken Aktivist*innen und Gruppen entstanden. An diese ersten Erfahrungen von Solidarität konnte im Zuge des gemeinsamen politischen Prozesses angeknüpft werden. Schnell stand fest: Beide Seiten hatten großes Interesse daran, politisch zusammenzuarbeiten und sich in diesem Prozess genauer kennenzulernen. Der 20. Todestag Halims verknüpfte dabei als Ereignis viele relevante politische Themen. Ohne diese Themen lassen sich Halims Leben, die Umstände seines Todes und die Art, wie mit diesem Ereignis umgegangen wird, nicht erklären. Krieg, Flucht, Verfolgung, der Kampf des türkischen Staates – in den 1990er Jahren genau wie 2014 und bis heute – gegen die kurdische Befreiungsbewegung, rassistische Polizeigewalt hierzulande u.v.m. sind Themen, die auch 26 Jahre nach seinem Tod nichts an Aktualität eingebüßt haben.

Eine Stärke der Kampagne in diesem ersten Jahr war es, eine große Bandbreite von regionalen Akteur*innen einzubeziehen. Hierzu gehörten neben verschiedenen linken Gruppen mit Schwerpunkten besonders im Bereich Antifaschismus und Antirassismus und Gruppen innerhalb der kurdischen Bewegung auch verschiedene antirassistische Initiativen wie zum Beispiel der Flüchtlingsrat Niedersachsen und die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sowie Gliederungen verschiedener politischer Parteien (Piratenpartei, Die Partei, Grüne, die Linke). In der Zusammenarbeit ist es möglich geworden, den wichtigen Kampf um eine würdevolle Erinnerung an Halims Schicksal mit aktuellen politischen Kämpfen und Auseinandersetzungen zu verbinden. Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen sowie Veranstaltungen usw. wurden nun regelmäßig von der Kampagne organisiert. In der Broschüre werdet ihr auf einen Artikel stoßen, der sich intensiv mit der Reflektion dieser Arbeiten auseinandersetzt. Unsere Hauptforderung der letzten Jahre war es, in Richtung einer Erinnerung und Auseinandersetzung mit dem Tod Halim Deners in der Stadtgesellschaft hinzuarbeiten. Dabei sollten die Stadtpolitik und -verwaltung in Hannover ein klares Zeichen setzen, mit dem sie Halim auch nach außen als einen wesentlichen Teil der Stadtgeschichte anerkennen, und ihren Willen zu einem öffentlichen Gedenken dokumentieren. Diesem Ziel waren wir 2017 im Zuge der Auseinandersetzung um die Benennung des Halim-Dener-Platzes sicherlich am nächsten. Die Reaktion der Stadt auf die Initiative des Bezirksrates, die vehemente Weigerung und die Ausschöpfung weitreichender juristischer Mittel zu diesem Zweck, hat uns aber auch klare Grenzen aufgezeigt. Wir müs-

sen festhalten: Trotz teilweise anderslautender Lippenbekenntnisse weigert sich die Stadt Hannover bis heute hartnäckig, ihrerseits einen Beitrag zu einem würdevollen Gedenken an Halim zu leisten. Zusammenfassend lässt sich sagen: Wir haben auf Halims Schicksal und die damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Fragen auf vielfältigste Art und Weise aufmerksam gemacht: mit Demonstrationen, Gedenktafeln und zahlreichen anderen Aktionen. Wir haben die Auseinandersetzung mit der Stadtpolitik auf verschiedenen Wegen gesucht, in Gesprächen mit dem Oberbürgermeister, mit Diskussionsveranstaltungen, in der Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat Linden-Limmer. Aber all diese Angebote und Formate, all die Aufmerksamkeit und die Unterstützung von so vielen Menschen, die mit uns auf der Straße waren, konnte die Front der Ignoranz und Untätigkeit in der herrschenden Stadtpolitik nicht aufbrechen. Einem der wesentlichen Ziele jedoch, mit dem das Vorhaben 2014 antrat, nämlich der stärkeren Verbindung zwischen kurdischer Bewegung und deutscher Linker, sind wir mit dem Prozess in der Halim-Dener-Kampagne mit Sicherheit einen großen Schritt näher gekommen.

> Unsere Hauptforderung der letzten Jahre war es, in Richtung einer Erinnerung und Auseinandersetzung mit dem Tod Halim Deners in der Stadtgesellschaft hinzuarbeiten.

Wie ist die Idee zur neuen »Halim Dener«-Broschüre entstanden?

In erster Linie ist diese Broschüre ein Beitrag zum würdevollen Gedenken an Halim Dener. Wie bereits erwähnt, konnten wir dies nicht in Zusammenarbeit mit der Stadt erreichen. So entstand die Idee, als Kampagne selbst eine Dokumentation auszuarbeiten. Die Broschüre ist aber auch ein Ergebnis unseres gemeinsamen Prozesses. Sie dient als Selbstverständigung, weil wir Revue passieren lassen, was seit Halims Tod geschehen ist, und führt uns vor Augen, in welchem Zusammenhang sein persönliches Schicksal steht. Und weil wir auf fünf Jahre Kampagnenarbeit zurückblicken, auf deren Erfolge, aber auch Rückschläge. Diese Broschüre entstand aber nicht nur für uns, sie richtet sich auch nach außen. Sie dient − wie auch die anderen Aktivitäten der Kampagne − dazu, Halims Geschichte weiter bekannt zu machen, indem wir sie erstmals umfassend publizistisch aufarbeiten. Nicht zuletzt dokumentieren und reflektieren wir hier auch unseren politischen Kampf mit dem Ziel, all denjenigen, die ähnliche Gedanken und Motive haben, mahnendes Beispiel und inspirierendes Vorbild zugleich zu sein. Viele Erfahrungen müssen im politischen Aktivismus immer wieder von neuem gemacht werden, und trotzdem können wir voneinander und von unseren vergangenen Kämpfen lernen − das ist unsere Überzeugung.

Welchen Themen widmen sich die Beiträge?

Diese Broschüre besteht aus zwei Teilen, von denen der erste sich mit der Geschichte Halim Deners und seinem Tod sowie den Verhältnissen und Ereignissen in den 1990er Jahren beschäftigt. Die hier versammelten Beiträge befassen sich mit der historischen und aktuellen Situation in Kurdistan, die Grund für Halims Flucht im Jahr 1994 waren. Ein zweiter Beitrag beleuchtet die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, zu denen auch Halim einst gehörte. Neben den Gefahren auf der Flucht selbst, geht es auch um die Rahmenbedingungen in Deutschland und deren Verschlechterung in den letzten Jahren. Über die Repression der kurdischen Bewegung in Deutschland, namentlich das erlassene PKK-Verbot, informiert ein weiterer Artikel. Die überregionalen politischen Proteste, die der Tod Halims bereits 1994 auslöste, und die ersten Initiativen für ein Gedenken und Erinnern, die lange vor der Kampagne Halim Dener entstanden, werden in einem eigenen Beitrag beleuchtet. Den Abschluss des ersten Teils bilden zwei Prozessberichte zum Gerichtsprozess gegen den Polizeibeamten, der Halim 1994 erschoss. In diesen historischen Dokumenten beschreiben Rolf Gössner, der als Anwalt der Nebenklage Halims Familie vertrat, sowie eine anonyme Beobachterin den teils absurd anmutenden Prozessverlauf und ihre Eindrücke vom Geschehen rund um das Verfahren. Der zweite Teil der Broschüre widmet sich den Aktivitäten und Ereignissen rund um die Kampagne Halim Dener seit 2013. Der erste Beitrag präsentiert Überlegungen zu einer Erinnerungskultur rund um das Schicksal Halim Deners, wobei sowohl eine kritische Bestandsaufnahme als auch die politische Vision Platz finden. Zur Einschätzung der Medienberichterstattung zum Fall Halim Dener gibt es in einem zweiten Beitrag ein Interview mit dem Sozialwissenschaftler Christian Hinrichs, der sich in einer Abschlussarbeit mit der Erinnerungskultur zu Halim Dener beschäftigte. Es folgt ein weiteres Interview mit einem Aktivisten der Kampagne Halim Dener. Darin geht es um die Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und der deutschen Linken, die während der Arbeit in der Kampagne gesammelt wurden. Diese Zusammenarbeit wurde von den deutschen Behörden offenbar äußerst skeptisch beäugt. In einem eigenen Beitrag informieren wir über die diversen Repressionsversuche gegen die Kampagne (und ihr Scheitern). Einen eigenen Beitrag widmen wir ebenfalls einer der einflussreichsten − wenn auch letztlich bisher erfolglosen − politischen Initiative der Kampagne, dem Kampf um die Benennung eines Platzes in Hannover nach Halim Dener. Den Abschluss dieses Bandes bildet ein Text über

die Entstehung und Aktivitäten der Kampagne von 2014 bis 2019, den wir mit einer vorläufigen Bilanz und einem Ausblick beenden.

Welche Rolle spielt der Fall Halim Dener eurer Meinung nach heute noch und welche Perspektiven hat die Kampagne Halim Dener für die Zukunft? Gibt es weitere Projekte?

Der Fall Halim Dener ist wie auch bereits erwähnt kein Einzelfall. Die politischen Themen, die mit seinem Fall verknüpft sind – Krieg, Flucht, Polizeigewalt, Repressionen gegen die kurdische Befreiungsbewegung u. v. m. –, haben an Aktualität nichts verloren. Halims Geschichte von Folter, Flucht und sein Ankommen hier in Europa sowie der Umgang staatlicher Institutionen mit Geflüchteten ist nur ein Beispiel für Tausende von Menschen, die ähnliches auch heute noch durchmachen. Zudem kann der Fall ohne die Berücksichtigung des Verhältnisses Türkei-Deutschland nicht verstanden werden. Damals wie auch heute ist die Bundesrepublik Deutschland Mitunterstützer des Krieges gegen Kurd*innen, in Form von finanzieller Unterstützung und Waffenlieferung, aber auch der Verfolgung von kurdischen Aktivist*innen hier im Lande. Weiterhin ist der Fall eng verbunden mit der Geschichte der linken Bewegung sowie auch mit der Geschichte der Polizei. Die Zunahme rassistischer Polizeigewalt sowie die Kriminalisierung alternativer Bewegungen heutzutage zeigen die Aktualität des Falls Halims eindeutig.



Halim Dener
Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen
Broschur, 200×200 mm
226 Seiten, 10,00 Euro
ISBN 3-9809970-0-6
Neuerscheinung Juli 2020
Verlag Gegen den Strom

Für die nächste Phase haben wir uns vorgenommen, mit der Broschüre bundesweit auf Lesereise zu gehen. So kann zum einen Halim Deners Fall bekannter gemacht und zum anderen aufgezeigt werden, mit welchen politischen Themen dieser Fall verknüpft ist − und entsprechend − wie aktuell dieser Fall noch ist. Leser*innen, die sich eine Lesung in ihrer Stadt wünschen und dies mit uns gemeinsam gestalten wollen, können uns gerne per E-Mail kontaktieren. Ein weiteres Projekt bzw. zunächst noch eine Idee ist es, auf den Beschluss der Stadtverwaltung zu pochen, eine Dokumentation über Halim Deners Geschichte als Alternative für die Platzbenennung zu erstellen und mit der Stadt gemeinsam zum Beispiel an einer mobilen Ausstellung zu arbeiten. Aber auch die Thematik um die Platzbenennung könnte im Zuge der Wahl eines grünen Oberbürgermeisters in Hannover wieder interessant werden. Wir können uns auch beispielsweise Schulprojekte vorstellen, die die Möglichkeit bieten, dass kurdische und nichtkurdische Jugendliche gemeinsam an einem Thema arbeiten. Wir sehen das nicht als etwas Trennendes zwischen Türk*innen, Kurd*innen und Deutschen, sondern als etwas verbindendes und mutiges.

Wie können Interessierte eure Aktivitäten verfolgen und wo und wie ist die Broschüre erhältlich?

Interessierte können unsere Aktivitäten über unseren Blog (http://halimdener.blogsport.eu/) verfolgen und uns per E-Mail (halim.dener@riseup.net) erreichen. Die Broschüre besitzt eine ISBN-Nummer und kann somit in allen Buchhandlungen bestellt werden. Sie ist darüber hinaus aber auch in Hannover im Annabee-Buchladen, Infoladen Kornstraße, bei NAV-DEM Hannover sowie bundesweit in weiteren kurdischen und linken Buch- und Infoläden für 10 € erhältlich. Zudem kann sie über den Literaturvertrieb der Roten Hilfe bezogen werden (literaturvertrieb@rote-hilfe.de). ♦

»Das Buch schrieb mein Schicksal, und nun muss ich es erneut schreiben«

Aslı Erdoğan: Das Haus aus Stein

Buchbesprechung von Susanne Roden

Bereits 2009 erschien in der Türkei das Buch »Das Haus aus Stein« (Originaltitel: Taş Bina). Es wurde 2010 mit einem der bedeutendsten Literaturpreise, dem Sait-Faik-Preis, ausgezeichnet. Den Preis nahm Aslı Erdoğan seinerzeit persönlich von Yaşar Kemal entgegen.

»Sansaryan Han« steht im Zentrum der Stadt. Es war im Ursprung erbaut für die Erziehung und Ausbildung von armenischen Kindern und wurde am 24. Mai 1929 durch Ağa Muğradiç Sanasaryan, dem Gründer der »Sanasaryan Stiftung«, in der armenischen Gemeinde eingetragen. Es ist ein sehr schönes Haus, ein imposantes Gebäude.

Das »Haus« Sansaryan wurde in Sirkeci (Istanbul) 1895 erbaut und 1944 zur Polizeidirektion von Istanbul umgewandelt. Viele Linke und Oppositionelle wurden dorthin verschleppt und schwer gefoltert. In einem der vielen Interviews, die mit Aslı Erdoğan geführt wurden, berichtete sie, dass sie in den 80er-Jahren einmal in dem Gebäude zu einer Zeugenaussage war. Sie war erstaunt, dass die Folterzellen ganz oben waren; man hätte sie wie üblicherweise bei Polizeistationen im Keller vermutet. Das Gebäude hat vier Stockwerke und einen Innenhof. Die Istanbuler Anstalt »Sansaryan Han« existiert noch immer und ist in der Türkei ein Symbol für die Folter politischer Gegner in der Türkei.

Seit 2014 gibt es Forderungen der armenischen Gemeinschaft, das Gebäude vom Staat zurückzuerlangen. Es ist eines der historischen »hans« (han=Herberge) in Istanbul.

Das Buch »Das Haus aus Stein« (Taş Bina) entstand 2009 auf Grundlage einer dreiseitigen Kurzgeschichte und der sensiblen Beobachtungsgabe von Aslı Erdoğan. Durch die eigene Inhaftierung am 16. August 2016, nach dem Militärputsch, wurde es zu einem sehr persönlichen Buch. Es ist ein Versuch der Aufarbeitung des Erlebten.

Wer nun jedoch persönliche Notizen aus der Haft oder gar Folterszenen erwartet, der wird enttäuscht. Es geht Aslı Erdoğan darum, wie man das, was Folter bewirkt und mit einem Menschen macht, in der Literatur thematisieren und eine Sprache für das Trauma finden kann. Sie beschreibt in Metaphern, verbildlicht mit einer ihr eigenen poetisch-dunklen Sprache die Figuren und erspart dem Leser genaue Beschreibungen von Qualen der Folter. Spürbar ist es dennoch.

Das Vorwort zur Deutschen Erstausgabe »Das Haus aus Stein« schrieb Aslı Erdoğan im Januar 2019.

»Das Haus aus Stein« - Der Anfang

»Fakten sind unverblümt, unharmonisch, grob. Reden gerne lautstark. Liegen da wie Felsbrocken. Ich überlasse sie lieber jenen, die sich mit wichtigen Dingen befassen. Mich interessiert auch nur, wie sie untereinander tuscheln. Kaum hörbar doch wie besessen. Ich stochere darin herum auf der Suche nach ein bisschen Wahrheit – wie man es früher nannte, heute gibt es dafür keinen Namen mehr« ... »Heute werde ich vom Haus aus Stein erzählen, dem das Schreiben gern ausweicht, dem es nur aus sicherer Entfernung zusieht, durch die Wörter hindurch.«

Es ist ein schwieriges Unterfangen, dem sich die Autorin stellt. Sieben Jahre nach der Veröffentlichung des Buches, nachdem sie selber in das Frauengefängnis Bakirköy-Istanbul kam, nicht wissend für wie lange und ob sie es jemals lebend wieder verlassen würde.

Sie selbst sagt, dass traumatisierte Häftlinge keine guten Geschichtenerzähler sind; das Gedächtnis ist wie ein Sumpf. Man erinnert sich wenig. Die meisten Häftlinge seien verwundert, wie viel sie vergessen; aber es muss absterben, damit etwas anderes überleben kann. Manche Bilder sind wie Stein, sie kann sie nicht aus dem Gedächtnis löschen, sie sind grau, schwarz-weiße Bilder. Das Trauma redet in Form von Steinen zu ihr.

Ihre Erinnerung des Traumas, im Gefängnis gewesen zu sein, entspricht einer Wolke; nichts ist klar. Sie traf zufällig

in Deutschland eine Mitinsassin, aber diese konnte sich nicht mehr an die Zellennummer erinnern. Das Gedächtnis hat seine eigene Sprache. In diesem Sinne befindet Aslı Erdoğan ihr Buch erfolgreich. Aber sie sieht das Buch nicht als einen Triumph – es ist ein Armutszeugnis. Einer der Hauptsätze in dem Buch lautet: Ich höre einen Ton, aber immer wenn ich versuche, ihn zu singen, kann ich ihn nicht treffen. Es scheitert, weil es nichts gibt, was das Trauma beschreiben kann, man kann nur versuchen, sich diesem zu nähern und einzukreisen. In einem Folterraum ist kein Platz für Literatur. Man kann nur versuchen, wie weit der Ausdruck von Literatur und der Erfahrung von Trauma, sich annähern. Die Erfahrung von Folter kann man nicht mitteilen. Wenn man es sich selber nicht sagen kann, weil das Gedächtnis es verweigert, wie sollte man es anderen Personen mitteilen können. Die Foltererfahrung ist dazu verdammt, verloren zu gehen.

Aslı Erdoğan nutzt viele verschiedene Metaphern in ihrem Buch, die sich in ihren Bedeutungen verändern: Wind, völlig frei, leicht und in Bewegung und der Stein, unbeweglich, schwer, grau, immer dort. Die physische Welt kommt in Kontakt mit ihnen. Sie setzt bewusst Gegensätze ein: der alte verrückte Mann »A« und der Engel; gefolterte Kinder und der heilige Chor. Die Metaphern verwendet sie für die menschliche Seele, das menschliche Herz.

Es gibt keinen klassischen Ich-Erzähler; der Erzähler ist keine Einzelperson, sondern wie eine wechselnde Maske. Der verrückte Mann »A«, der vor dem Haus aus Stein hausiert, ist anonym. Es ist ein Mensch, über den wir nichts wissen. Einst lebte er im »Haus aus Stein«, nun davor. Es macht für ihn keinen Unterscheid mehr. Aslı Erdoğan erlaubt es der Leserin und dem Leser ganz bewusst nicht, sich mit der Figur zu identifizieren und somit ist er keine typische literarische Figur. Literatur setzt auf Identifikation.

Er ist »Wir« und er ist das »Ich« der Autorin; er wird zur Metapher für die Autorin, wenn er in das Schaufenster klettert und seine lange Rede hinausschreit. Die Grenzen zwischen Erzähler und Erzähltem fließen. Alle Figuren verschwimmen im Buch und es ist kein Zufall, dass der Engel die gleiche Narbe trägt, wie der Verrückte »A«.

In dem »Haus aus Stein« gibt es keine greifbaren Verbrechen oder Anklagen. Jeder Einzelne ist einer diffusen Angst ausgesetzt. Verunsicherung und Verzweiflung beherrschen die Menschen im Gefängnis, die der Willkür und dem Schrecken ausgesetzt sind.

Das Buch wurde in Deutschland als Roman veröffentlicht, ist aber eher wie ein Prosa-Gedicht. In der Türkei ist Aslı Erdoğan als Autorin von poetischer Prosa bekannt und nicht als politische Schriftstellerin. Für sie selbst ist es eine besondere Situation, dass sie nun zur politischen Person wurde, einfach, weil sie eine Ex-Gefangene ist.



Sanasaryan Han Foto: Archiv

Hintergrund:

Aslı Erdoğan, geboren 1967 in Istanbul, studierte Informatik und Physik an der Bosporus-Universität in Istanbul. Von 1991 bis 1993 arbeitete sie als Physikerin am CERN, der Europäischen Organisation für Kernforschung, in der Schweiz. Schon damals schrieb sie literarische Texte.

Danach unterbrach sie ihre naturwissenschaftliche Laufbahn und lebte zwei Jahre in Rio de Janeiro, um Anthropologie zu studieren. Die ersten Romane wurden veröffentlicht: »Kabuk Adam« (dt. etwa Der Muschelmann) und »Mucizevi Mandarin« (dt. 2008 »Der wundersame Mandarin«). Noch in Brasilien verfasste Aslı Erdoğan den Roman »Kirmizi Pelerinli Kent« (1998; dt. 2008 »Die Stadt mit der roten Pelerine«), der sie international bekannt machte.

Aslı Erdoğan schrieb Kolumnen für Özgür Gündem, eine türkischkurdische Zeitung und war eines von sechs Mitgliedern im beratenden Gremium der Zeitung. Nachdem die Zeitung per Notstandsdekret schließen musste, wurde sie in der Nacht zum 17. August 2016 festgenommen.

Der Vorwurf: terroristische Propaganda für eine illegale Organisation, in ihrem Fall die kurdische PKK, Mitglied einer illegalen Organisation, Volksverhetzung. Die Forderung der Staatsanwaltschaft: lebenslänglich.

Der Prozess gegen sie und weitere acht Mitangeklagte begann Ende Dezember 2016; am 29. Dezember 2016 wurde Aslı Erdoğan nach ihrer Anhörung, schwer krank, überraschend und unter Auflagen freigelassen. Sie bekam Ausreiseverbot, das am 22. Juni 2017 jedoch aufgehoben wurde.

In der Tat. Dass Aslı Erdoğan sieben Jahre nach Veröffentlichung des Buches »Haus aus Stein« selber ins Gefängnis kam, macht das Buch zu dem Buch ihres Lebens. »Ich komme da nicht mehr raus; das Buch schrieb mein Schicksal und nun muss ich es erneut schreiben: das Gefängnis, all das«, sagte Aslı Erdoğan in einem Interview des Börsenvereins.[1]

Für den Rest ihres Lebens sieht sie sich in dem »Steingebäude«. So fühlt sie es. Das ist es, was sie beschreiben möchte: Trauma ist etwas, wo du nicht selbst herauskommst, es ist endlos. Weiter sagt sie: »Ich erinnere mich an das Gefängnis ganz genau so, wie in dem Buch; eine große Wolke und ein paar wenige solide Bilder die nicht ausgelöscht werden können. Sie sind unausrottbar. Du willst diese aus deinem Gehirn löschen, aber es geht nicht.« In der Hinsicht befindet sich Aslı Erdoğan in Frieden mit ihrem Buch. Sie könnte inzwischen wohl direkter sein an gewissen Punkten, wenn sie es jetzt versuchen würde. Aber zu der Zeit, schrieb sie nur Poesie.

Ausgelöst durch eine Veröffentlichung in entstellender und nicht genehmigter Übersetzung in der belgischen »Le Soir« eines Artikels aus »La Repubblica« sowie einer weiteren Veröffentlichung in den russischen Medien, griff dann die Türkei das Thema im November 2019 auf und es begann eine Hetzkampagne mit Drohungen gegen Aslı Erdoğan, die sich zu der Zeit bereits in Deutschland befand sowie gegen ihre in der Türkei lebende Mutter.[2]

Aslı Erdoğan ging danach davon aus, dass sie ihre Chance auf einen Freispruch verloren habe.

Im Januar 2020 nahm sich dann ein neuer Staatsanwalt der Sache an und das Verfahren wurde am 13. Januar 2020 wieder aufgenommen. Dies betraf den Prozess gegen Aslı Erdoğan und die Menschenrechtsanwältin Eren Keskin. Demnach sollte Keskin zu einer Haftstrafe von bis zu fünfzehn Jahren verurteilt werden, Aslı Erdoğan zu einer Haftstrafe bis zu neun Jahren.

Während der Prozess zuvor Jahre lang auf Eis lag, sollte nun das Urteil schon in zwei Wochen, am 14. Februar, gesprochen werden. Aslı Erdoğan vermutete, diese Eile sollte verhindern, dass sich Unterstützer und nennenswerter Widerstand formieren könnten. Doch die Schriftstellerin sieht sich nicht nur selber bedroht. Es gehe nicht mehr nur um Rede- und Meinungsfreiheit. Die Türkei habe den Menschenrechten den Krieg erklärt, der Literatur sowie dem Gewissen eines jeden und einer jeden. Dagegen müssen alle ihre Stimme erheben, so ihre Forderung.

Aslı Erdoğan sagt von sich selber, dass sie keiner kurdischen Partei angehört und auch nicht politisch aktiv sei. »Özgür Gündem« ist schon oft verdächtigt worden, PKK-Propaganda zu betreiben, aber sie war nie in Verfahren mit eingebunden. Sie sei weder Kurdin, noch eine bedeutende Journalistin. Sie vermutet, dass sie vielleicht ja sogar deshalb ins Gefängnis musste. Sie sei Schriftstellerin, und kein Mensch in der Türkei nähme sie politisch ernst. Die Botschaft der Regierung würde dann lauten: Es kann jeden Intellektuellen treffen, sogar eine der berühmtesten türkischen Autorinnen. Vielleicht sei ihre Verhaftung aber auch nur ein blöder Zufall gewesen. Auf jeden Fall lag keine rationale Entscheidung zugrunde. ♦

---

1 Interview im Börsenblatt anlässlich der Buchmesse: https://www.boersenblatt.net/2019-05-07-artikel-interview_mit_asl___erdo__an_.1651759.html

2 https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/gespraech-mit-asli-erdogan-schlechter-journalismus-ermoeglichte-die-kampagne-16485821.html

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild: Die HDP in Istanbul protestiert gegen die Zwangsverwaltung weiterer fünf Gemeinden.

Rückseite: Die katalanische Malerin Andrea Michaelsson Btoy malte in Wien zum Jahrestag der Revolution von Rojava das Bild einer YPJ-Kämpferin.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Einladung zur Regionaltagung gegen die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Bremen und Niedersachsen

Spätestens seit dem Kampf um Kobanê in Nordsyrien und dem Genozid an der êzîdischen Gemeinschaft in Şengal im Nordirak in 2014 steht die kurdische Frage erneut auf der internationalen Tagesordnung. Die ausbleibende kulturelle, politische und soziale Anerkennung sowie der Krieg gegen ihr Streben nach Selbstbestimmung treiben allerdings seit Jahrzehnten Kurd*innen zur Flucht. In Deutschland leben ca. 1,2 Millionen Kurd*innen, viele von ihnen in Bremen und Niedersachsen.
Diejenigen, die sich für eine Lösung der kurdischen Frage engagieren, werden auch hier kriminalisiert: Verbote von Symbolen, Razzien in Privatwohnungen und Vereinen, strenge Auflagen für Versammlungen, Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse.

Mit einer regionalen Tagung wollen der Rechtshilfefonds **AZADÎ** e.V., **BIRATÎ** e.V. Bremen und **NAV-DEM** – Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd*innen in Hannover e.V. die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und der Kurdistan-Solidarität in Bremen und Niedersachsen zur Diskussion stellen und gemeinsam Gegenstrategien entwickeln.

27.09.2020, 10.00 Uhr Einlass / 11.00 Uhr Beginn
Kulturzentrum Pavillon (Lister Meile 4, 30161 Hannover)

Programm und weitere Informationen unter:
https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/
Auf dieser Seite wird im Vorfeld über die Corona-Schutzmaßnahmen bei der Tagung informiert werden. Alle Teilnehmer*innen sind gebeten, bei der Ankunft Mund-Nasen-Bedeckungen zu tragen.
In Kooperation mit: Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.
Unterstützer*innen: Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, Buntes Haus Celle, Ermittlungsausschuss Hannover, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Frauenrat Ronahî Hannover, Grüne Jugend Niedersachsen, interventionistische Linke Hannover, ROTE HILFE Bremen, ROTE HILFE Hannover, YXK/JXK Hannover
Kontakt: AZADÎ e.V., Hansaring 82, 50670 Köln
Mobil: 0163 0436269, Telefon: 0221 12793945, E-Mail: azadi@t-online.de





ISSN 0935-5375